

**Staatliches Amt  
für Umwelt und Natur  
Schwerin**



**MECKLENBURG-VORPOMMERN**

**Jahresbericht 2004**



**MECKLENBURG-VORPOMMERN**

Staatliches Amt für Umwelt und Natur Schwerin

# Vorwort

*"Alles Vortreffliche ist ebenso schwierig wie selten."  
(Spinoza)*

Das Jahr 2004 bedeutete für die Staatlichen Ämter für Umwelt und Natur einen Einschnitt. Die fortwährende Personalknappheit zwang den Umweltminister dazu, das StAUN Lüz aufzulösen. Der Zuständigkeitsbereich wurde auf die Ämter Neubrandenburg und Schwerin aufgeteilt, so dass mit Wirkung zum 01. April 2004 der Landkreis Parchim zum StAUN Schwerin kam. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des StAUN Lüz wurden nach einer Befragung ihren Wünschen gemäß sozialverträglich umgesetzt und verstärken nunmehr das bewährte Team. Das Amt Schwerin ist damit im Rahmen seiner Aufgabenstellung für das Gebiet der Landkreise Nordwestmecklenburg, Ludwigslust und Parchim, sowie der kreisfreien Städte Wismar und Schwerin zuständig.

Es wird sich zeigen, ob die Reduzierung der Zahl der staatlichen Umweltämter ausreichen wird, um die Arbeitsfähigkeit der verbleibenden fünf StÄUN zu gewährleisten. Im Geschäftsbereich des Umweltministerium werden zumindest alle Anstrengungen hierfür unternommen, aber die vergangene Zeit hat gelehrt, dass bei der desolaten Finanzsituation unseres Bundeslandes eine verlässliche Vorhersage nicht zu treffen ist. Dankenswerterweise hat der Umweltminister Prof. Dr. Methling durch die Einrichtung einer Arbeitsgruppe Umweltverwaltung, der auch die beiden Amtsleiter aus Rostock und Schwerin angehören, erreicht, dass konzentriert und transparent an den anstehenden Aufgaben gearbeitet wird.

Inzwischen haben wir hinzunehmen, dass immer weniger Personal nicht nur die verbleibenden, sondern immer mehr Aufgaben meistern muss. Hierzu werden auch neue Wege beschritten, wie z.B. zur Abarbeitung der Aufgaben nach dem aktuell in 2004 in Kraft getretenen Zoogesetz die Einrichtung einer abteilungsübergreifenden Arbeitsgruppe. Über weitere, auch ämterübergreifende Bündelungen wird ebenfalls nachzudenken sein.

Die Gesamtsituation unserer angestellten Mitarbeiterinnen ist zunächst einmal durch den Tarifvertrag mit dem darin enthaltenen Kündigungsschutz bis 2009 als sicher zu bezeichnen. Danach sollen nach dem Willen der Regierung die Zuständigkeiten des Staates weitgehend auf die Landkreise übertragen werden, die ersten Weichen hierzu sind durch die Verabschiedung des Verwaltungsmodernisierungsgesetzes im Kabinett gestellt worden.

Wünschenswert wäre, dass die gesetzlichen Vorgaben zur Kreisgebietsreform und zur Überleitung des Personals vom Staat zu den Kreisen zeitgleich in Kraft treten. Dann wäre das Weihnachtsfest 2004 und die folgenden bei unseren Kolleginnen und Kollegen möglicherweise mit weniger Sorgen um die eigene Zukunft überschattet.

Ich bin stolz, trotz aller widrigen äußerlichen Einflüsse auch dieses Jahr wieder feststellen zu können, dass meine Kolleginnen und Kollegen ihre Aufgaben in gewohnter verlässlicher Weise und motiviert gemeistert haben. Ich hoffe, dass das Jahr 2005 für uns alle mehr Klarheit bringen wird.

Ich danke allen, die uns als Partner in guter Zusammenarbeit im Jahre 2004 begleitet haben und wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute für das kommende Jahr.

Ihr

  
Hans-Jürgen Engel  
Amtsleiter

## **Inhalt**

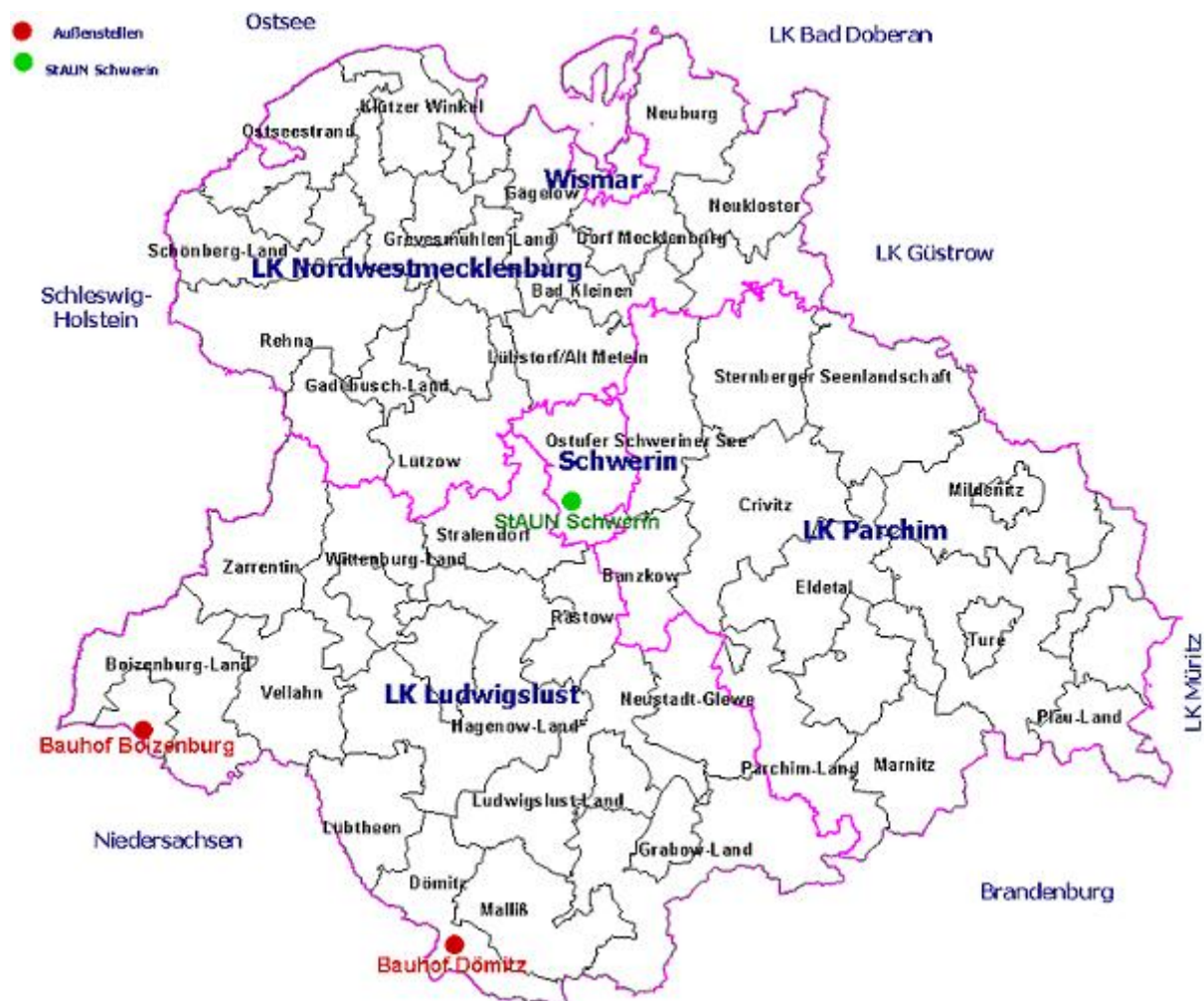
Vorwort	2
Zuständigkeitsbereich	4
Abteilung 1 Allgemeine Abteilung	5
Abteilung 2 Naturschutz und Landschaftspflege	13
Abteilung 3 Wasser und Boden	27
Abteilung 4 Immissions- und Klimaschutz, Abfall und Kreislaufwirtschaft	57
Personalrat	77
<u>Anhang</u>	79
Organisationsplan	
StAUN im Spiegel der Presse	

Impressum: V.i.S.d.P. Hansjürgen Engel  
Staatliches Amt für Umwelt und Natur Schwerin  
Pampower Straße 66  
19061 Schwerin  
Tel.: 0385 / 6433 - 0  
Fax.: 0385 / 6433 - 603  
e-mail: [poststelle@staunsn.mv-regierung.de](mailto:poststelle@staunsn.mv-regierung.de)  
[www.mv-regierung.de/staeun/schwerin/](http://www.mv-regierung.de/staeun/schwerin/)

## Amtsbereich StAUN Schwerin

Der Zuständigkeitsbereich umfasst die Landkreise Nordwestmecklenburg, Ludwigslust und Parchim, die kreisfreien Städte Schwerin und Wismar, 38 Ämtern mit 308 Gemeinden sowie 2 amtsfreie Gemeinden auf einer Gesamtfläche von 6.997 km<sup>2</sup>. Die Nord-Süd-Ausdehnung beträgt ca. 104,7 km und die Ost-West-Ausdehnung ca. 113,2 km. In diesem Gebiet leben rund 500.217 Einwohner.

Das Amt hat seinen Sitz auf der landeseigenen Liegenschaft in der Pampower Straße 66, in Schwerin – Süd. Die von der Abteilung Wasser und Boden betriebenen Bauhöfe befinden sich in Boizenburg und Dömitz.



# 1. Allgemeine Abteilung

## 1.1 Allgemeine Angaben

Hinsichtlich der dringenden Sanierungsarbeiten am Dienstgebäude (Haus 1) warten die Amtsleitung und Mitarbeiter noch immer auf eine verbindliche Terminierung. Die fehlende Wärmedämmung an der Fassade und Dach und insbesondere die Wasserschäden bei Starkregenereignissen bilden ein großes Problem.

Im Zusammenhang mit den elektrischen Anlagen stellen die Mitarbeiter bei Regenereignissen immer häufiger die Frage, ob ihre persönliche Sicherheit noch gewährleistet ist. Hier ist der Betrieb für Bau und Liegenschaften M-V (BBL) gefordert, die Planungen zügig zu realisieren.

Die Ende 2003 vorgenommene Reduzierung auf zwei Dezernate in der Abteilung hat sich grundsätzlich bewährt.

Nach der Auflösung des StAUN Lütz sind in der Allgemeinen Abteilung nunmehr insgesamt 22 Mitarbeiter beschäftigt, und zwar im Dezernat 100 (Justitiariat, innerer Dienst, Organisation, Liegenschaften, Öffentlichkeitsarbeit) 16 Mitarbeiter und im Dezernat 110 (Personal, Haushalt, Fördermittelangelegenheiten) 6 Mitarbeiter.

Auch in der neuen Zusammensetzung versteht sich die Allgemeine Abteilung als Querschnitts- und Dienstleistungsbereich für die Fachabteilungen des Hauses.

Von Mitarbeitern der Abteilung werden neben den originären Aufgaben auch die Aufgaben

- der Haushaltsbeauftragten,
- des Sicherheitsbeauftragten,
- der Gleichstellungsbeauftragten,
- des Geheimschutzbeauftragten,
- des Korruptionsbeauftragten,
- des IT-Beauftragten und
- der Ausbildungsbeauftragten wahrgenommen.

Sowohl die Ansiedlung der Ausbildungsbeauftragten als auch die des IT-Beauftragten des Amtes in der Allgemeinen Abteilung hat sich im Berichtszeitraum als positiv erwiesen.

Neben der innerbetrieblichen Verwaltung des Hauptsitzes des Amtes in Schwerin, Pampower Straße, sind zur Zeit noch Liegenschaften in:

- Schwerin, Ziegelsee (Bootshaus),
- Boizenburg,
- Dömitz und
- Farpen

sowie weitere landeseigene Liegenschaften zu verwalten.

Zur Förderung der betrieblichen Zusammenarbeit und zur allgemeinen Weiterbildung fand im November eine Amtsexkursion zum Bundestag nach Berlin statt.

## 1.2. Personal, Haushalt und Fördermittel

### 1.2.1 Personal

Im Zuge der von der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern angestrebten Verwaltungsreform wurde mit Wirkung vom 01. April 2004 das StAUN Lütz aufgelöst und 19 Mitarbeiter und 10 Auszubildende an das StAUN Schwerin versetzt.

Die Personalstruktur im StAUN Schwerin stellt sich zum 31.12.2004 wie folgt dar:

	Insgesamt	Anteil in %	dar. Frauen	Anteil der Frauen in %
Beschäftigte	136	100,0	64	47,1
dar. Beamte	31	22,8	15	48,4
dar. Angestellte	83	61,0	39	47,0
dar. Arbeiter	6	4,4	-	-
dar. Auszubildende	16	11,8	10	62,5
dar. befristet Beschäftigte	28	20,6	13	46,4
dar. Teilzeitbeschäftigte	9	6,6	8	88,9
dar. Altersteilzeitbeschäftigte	5	3,7	-	-

#### Altersstruktur

Alter	Jahrgänge	Anzahl	Anteil in %	dar. Frauen	Anteil in %
60-65	1939-1944	7	5,1	1	14,3
55-59	1945-1949	15	11,0	8	53,3
50-54	1950-1954	27	19,9	12	44,4
45-49	1955-1959	23	16,9	9	39,1
40-44	1960-1964	21	15,4	8	38,1
35-39	1965-1969	14	10,3	10	71,4
30-34	1970-1974	3	2,2	1	33,3
25-29	1975-1979	1	0,8	1	100,0
20-24	1980-1984	7	5,1	3	42,9
Unter 20	>1984	18	13,3	11	61,1
Gesamt		136	100,0	64	47,1

Eine Analyse der Altersstruktur der Beschäftigten zeigt auch nach der Übernahme der Mitarbeiter aus dem StAUN Lütz eine Überalterung und das Problem der nicht nach zu besetzenden Dienstposten bei Ausscheiden von Mitarbeitern aufgrund ihres Eintritts in den Ruhestand. Mehr als ein Drittel der Mitarbeiter sind 54 Jahre und älter.

Bei den unter 20 Jahre alten Beschäftigten handelt es sich hauptsächlich um Auszubildende.

Zur weiteren Qualifizierung wurden durch die Beschäftigten 115 fach- und funktionsbezogene Fortbildungsveranstaltungen besucht.

### 1.2.2 Ausbildung Kauffrau / Kaufmann für Bürokommunikation

Im StAUN Schwerin wurden durch die Ausbildungsbeauftragte 10 Auszubildende vom 1. bis zum 3. Ausbildungsjahr in ihrer Ausbildung betreut.

Darüber hinaus konnten alle 10 Auszubildenden der Auszubildenden des ehemaligen Staatlichen Amtes für Umwelt und Natur Lütz weiterhin gesichert werden. Die Auszubildenden setzten den praktischen Teil ihrer Ausbildung in Fremdbetrieben fort.

Zwei der Auszubildenden konnten ihre Ausbildung direkt im StAUN Schwerin fortsetzen.

Mit allen 6 Auszubildenden des 3. Ausbildungsjahres „Kaufleute für Bürokommunikation“ wurde nach erfolgreich bestandener Prüfung ein befristeter Arbeitsvertrag abgeschlossen, der im Dezember 2004 nochmals verlängert wurde.

Sechs Auszubildenden konnte langfristig ein Praktikumsplatz zur Verfügung gestellt werden, in dem insbesondere Fertigkeiten und Fähigkeiten der Berufsbildpositionen: Kaufmännische Steuerung und Kontrolle, bereichsbezogenes Rechnungswesen sowie diverse Sacharbeitsgebiete vermittelt wurden.

Praktikumspartner waren u.a. die Sparkasse Schwerin, die Brauerei Lübz, das BB-Reifencenter Schwerin-Görries, die Zukunftswerkstatt Schwerin e.V., das IBS Schwerin und der Hoch- und Ingenieurbau Lübz.

Im Verlauf des Jahres wechselte die Trägerschaft für abH – ausbildungsbegleitende Hilfen. In Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt konnte die Schweriner Bildungswerkstatt e.V. sowie das IHK Bildungszentrum Schwerin den leistungsschwächeren Jugendlichen kostenlose ausbildungsbegleitende individuelle Hilfen anbieten.

Die Jugendlichen wurden befähigt, Lücken in Theorie und Praxis zu schließen.

Die Angebote wurden von sechs Auszubildenden bisher erfolgreich genutzt.

Bereiche des kaufmännischen Rechnungswesens wurden zusätzlich in Form eines praxisbegleitenden Unterrichts mit dem zweiten und dritten Ausbildungsjahr im StAUN Schwerin durchgeführt. Gleichzeitig wurden die Auszubildenden zielgerichtet auf die Zwischen- und Abschlussprüfung vorbereitet. Diese praxisbegleitenden Maßnahme wurden ebenso von der Schweriner Bildungswerkstatt unterstützt.

### **1.2.3 Haushalt**

Das Haushaltsvolumen im Jahr 2004 beträgt bei den

Einnahmen	1.800.000 EUR und bei den
Ausgaben	10.500.000 EUR.

Einnahmen werden erzielt durch Gebühren, Abgaben, Ausgleichszahlungen, Auslagenerstattungen, Miet- und Pachtzahlungen.

Ausgaben erfolgen u.a. für Maßnahmen des Küsten- und Hochwasserschutzes, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Naturschutzes, Ersatzvornahmen und sächliche Verwaltungsausgaben.

### **1.2.4 Fördermittelangelegenheiten**

Das Amt ist für nachfolgend aufgeführte 12 Förderprogramme Bewilligungsbehörde und hat für die Jahre 2004 bis 2006 für 214 Förderprojekte rund 24.500.000 EUR Fördergelder bewilligt:

- Ökologische Schwerpunkte Lokaler Agenden
- Naturschutz im Dorfbereich
- Verbesserung von Söllen und Kleingewässern in der freien Landschaft
- Naturschutzgerechte Grünlandnutzung
- Extensive Ackernutzung im Bereich von Rastplatzzentren wandernder Vogelarten
- Förderung von Randstreifen an Feldhecken
- Maßnahmen des Biotop- und Artenschutzes
- Minderung von Ertragsausfällen
- Förderung wasserwirtschaftlicher Vorhaben

- Unterhaltungsmaßnahmen an Gewässern zweiter Ordnung
- Untersuchung und Sanierung kommunaler Altablagerungen und Altstandorte
- Umweltverträgliche Beseitigung von Abfällen.

Davon wurden allein im Bereich Siedlungswasserwirtschaft 18.220.000 EUR, im Bereich Wasserbau 2.370.000 EUR und für die naturschutzgerechte Grünlandförderung 2.810.000 EUR bewilligt.

### **1.3 Organisation / Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)**

Die Ende 2003 vorläufig in Kraft gesetzte Organisationsstruktur (Aufbau- und Ablauforganisation) wurde zum 1.4.2004 (Auflösung des StAUN Lübz) umgesetzt. Mit der Zusammenlegung von Dezernaten, Aufgabenumverteilungen und Umsetzungen hat das Amt auf die aktuelle Personalsituation, und damit eng verbunden die Aufgabenerfüllung des Amtes, reagiert.

Im Rahmen des Verwaltungsmodernisierungsprozesses wurden umfangreiche Datenerhebungen auf der Grundlage der Kosten- und Leistungsrechnung durchgeführt. Bei der Bewertung ist zu berücksichtigen, dass es sich nicht um langjährige Datenreihen handelt, sondern um Daten, die erst seit Anfang des Jahres erhoben werden.

Im Jahre 2004 wurde das 2003 begonnene –KLR - Pilotprojekt fortgesetzt.

Der Produktkatalog aus der Erprobungsphase wurde unverändert angewendet, die Erfassung und Weiterverarbeitung der Zeitaufschreibung konsequent weitergeführt. Kritisch anzumerken ist, dass die Zeiterfassungsmaske keine Plausibilitätsprüfung enthält und somit durch die Vertrauensperson eine zeitaufwendige Fehlerkorrektur erfolgen muss.

Auch müsste die Maske benutzerfreundlicher gestaltet werden, um eine größere Akzeptanz zu erreichen.

Schwerpunktaufgaben waren die Bildung von Kennzahlen und der Aufbau des Berichtswesens.

Da die abrufbaren Standardberichte zur Steuerung nur bedingt geeignet sind, wurde Mitte des Jahres damit begonnen, ein Berichtswesen aufzubauen. Angefangen wurde damit, das Berichtswesen der Bedarfserfassung der Kostenstellenverantwortlichen anzupassen. Hier waren die unterschiedlichsten Probleme zu bewältigen.

Erste Ergebnisse zeigen, dass die Berichte nicht in allen Fällen dazu führen, entscheidungsnotwendige Informationen zu erhalten.

Bestehende Problemfelder (systemunabhängig und systemabhängig) wie:

- fehlende Zielvereinbarungen, d.h. Formulierung von Zielen, die konkret und möglichst messbar sind
- Produktstruktur
- Reduzierung des programmbedingten hohen Aufwandes zur Bereitstellung und Auswertung der Berichte
- fehlende Anlagenbuchhaltung für wasserwirtschaftliche Anlagen sind einer kurzfristigen Lösung zuzuführen.

### **1.4 Technische Ausrüstung**

Es sind 118 Arbeitsplätze mit Personalcomputern ausgerüstet und mit dem Ressortbereich des Umweltministeriums vernetzt. Darüber hinaus sind in den Außenstellen 8 weitere PC-Arbeitsplätze, von denen zwei über einen Internetzugang verfügen.

Durch das Rollout im September diesen Jahres wurden 36 neue PC zur Verfügung gestellt, sodass kein Arbeitsplatzrechner weniger als 500MHz aufweist. Das Betriebssystem wurde arbeitsplatzseitig komplett auf „Windows 2000“ und serverseitig auf „Windows Server 2003“ umgestellt.



Ein neuer Backup-Server für die tägliche Datensicherung wurde installiert.

Die gespeicherte Datenmenge in Bezug auf den Datenträger ist auf ein Drittel zurückgegangen. Zur Zeit ist eine 700 % größere freie Mediengröße vorhanden. Unter Bezugnahme auf das Verhältnis zwischen Speicherkapazität und belegtem Speicher beträgt die derzeitige Nutzung etwa das Doppelte des Vorjahres.

Auch für Praktikanten, Referendare und Auszubildende stehen leistungsmäßig ausreichende Computer mit Standardsoftware zur Verfügung.

Vier neue Kopierer als Leasinggeräte wurden aufgestellt und dienen gleichzeitig als Etagendrucker. Darüber hinaus stehen drei weitere Etagendrucker zur Verfügung.

Alle Mitarbeiter haben eine eigene E-mail-Adresse (z.B. Hans.Müller@staunsn.mv-regierung.de).

Ein unmittelbarer Zugang zum Internet steht jedem Mitarbeiter zur Verfügung.

Die IT-Technik wird von einem zentral durch das Umweltministerium gebundenen Partner betreut.

Der Bereich Boizenburg und Dömitz mit den Schaltzentralen Boizenburg und Dömitz verfügt über ein modernes Informations- und Schaltsystem zu den wasserwirtschaftlichen Anlagen.

Für die elektronische Arbeits-Zeiterfassung wurde ein neues System erfolgreich eingeführt.

## **1.5 Öffentlichkeitsarbeit**

### **1.5.1 Pressearbeit**

Zu den sonstigen umweltrelevanten und umweltpolitischen Aktivitäten des Amtes wurden zahlreiche Pressemitteilungen herausgegeben, die in der Regel in der lokalen Tagespresse veröffentlicht wurden. Hinsichtlich des Presseechos wird auf die Zusammenstellung im Anhang verwiesen.

### **1.5.2 Internetpräsentation**

Ständig aktualisierte Informationen und eine Übersicht über das Amt können im Internet unter [www.mv-regierung.de/staeun/schwerin/](http://www.mv-regierung.de/staeun/schwerin/) abgerufen werden.

Es besteht die Möglichkeit, Vordrucke zur Abwasserabgabe über das Internet abzurufen.

### **1.5.3 Ausstellungen**

Das Amt bot auch im Jahr 2004 Künstlern wieder ein Forum, ihre Werke mit folgenden Ausstellungen zu präsentieren:

- wechselnde Fotoausstellung mit unterschiedlichen Motiven von Wolfgang Wendland, Schwerin (ehemaliger Mitarbeiter des Amtes)
- Fotoausstellung des Berufsschullehrers Egbert Buchberger
- Handzeichnungen Christof S. Bernitt

Anfragen zur Nutzung der Ausstellungsflächen des Hauses können jederzeit an das StAUN Schwerin gerichtet werden.

Ansprechpartnerin: Catherine Zeiler

E-mail: [Catherine.Zeiler@staunsn-mv-regierung.de](mailto:Catherine.Zeiler@staunsn-mv-regierung.de)

Tel.: 0385-6433-105

### 1.5.4 Publikationen

Folgende eigene Publikationen können beim Amt angefordert werden:

- Elbe – Hochwasser im August 2002 und Januar 2003
- Faltblatt LIFE - Projekt „Wiederherstellung der Flusslandschaft Sude-Schaale“,
- Broschüre zum Naturschutzgebiet Löcknitz-Tal und Elbtaldünen bei Klein Schmölen,
- Videofilm Fischadlerprojekt,
- Broschüre zum Videofilm Fischadlerprojekt am Rande der Landeshauptstadt Schwerin,
- Broschüre Hochwasserschutz Elbe,
- Hochwasserschutz Dömitz,
- Faltblatt Sturmflutschutz Dassow und
- Faltblatt Agenda-Büro.

### 1.5.5 Agenda 21-Büro

Nachdem das Agenda – Projektbüro zum 31.12.2002 geschlossen wurde, wird die Agenda – Aufgabe nunmehr von Frau Sombrowski aus der Allgemeinen Abteilung im Rahmen der Förderung „Ökologische Schwerpunkte Lokaler Agenda“ mit wahrgenommen.

4 Maßnahmen mit einem Volumen von 14.400 €, tw. kofinanziert durch die EU, wurden gefördert. Fördermittel erhielten die Naturschutzstation Zippendorf, die Stadt Gadebusch (Zertifizierung Stadtwald), die Caritas mit ihrer Ausstellung Menschen und Landschaft im Amt Wittenburg Land sowie der Landkreis Nordwestmecklenburg mit einer Dokumentation zu den Agenda-Aktivitäten.

### 1.6 Rechtsangelegenheiten

Die Rechtsberatung der Beschäftigten bei der Bearbeitung von Verwaltungsvorgängen stellt einen wesentlichen Schwerpunkt dar, aber auch die Mitwirkung an Erörterungsterminen. Mit dem zum 01.08.2004 in Kraft getretenen Zoogesetz und der Rückgabe der Widerspruchsbehördenkompetenz vom Umweltministerium auf die Ausgangsbehörde hat sich das Tätigkeitsfeld für die Juristen im Amt erheblich erweitert. Widersprüchen, denen fachlich nicht abgeholfen werden kann, werden nunmehr durch das Justitiariat abschließend entschieden.

Im Jahr 2004 waren 20 Verwaltungsentscheidungen, denen fachlich nicht abgeholfen werden konnte, zu entscheiden.

Diese Entscheidungen hatten u.a. naturschutzrechtliche Verbotsüberschreitungen, illegal errichtete Bootsstege sowie die Versagung von unbegründeten Informationsbegehren nach dem Umweltinformationsgesetz zum Gegenstand.

Rechtsprobleme bei der Genehmigung von Windkraftanlagen / Windfarmen verzeichnen aufgrund der Gesetzeslage und der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts eine stark steigende Tendenz.

Nach der Auflösung des StAUN Lübz stellt die rechtliche Abgrenzung der sachlichen Zuständigkeit zwischen dem Amt und den kommunalen Behörden bei havariebedingten Bodenverunreinigungen ein großes Problem dar. Seit Jahren fordert der Vollzug hierzu eine klare Regelung durch das Umweltministerium, damit ein schnelles Handeln im Havariefall vor Ort gewährleistet werden kann.

Im Berichtszeitraum ist zudem ein erheblicher Zuwachs von verwaltungsgerichtlichen Klagen (8) aus den Bereichen Wasser und Boden sowie Naturschutz- und Landschaftspflege zu verzeichnen.

Die grundsätzlichen Fragen im Zusammenhang mit der Altlastenhaftung sind immer noch beim OVG Greifswald anhängig. Hinsichtlich der Verletzung von Verkehrssicherungspflichten (umgestürzter Baum an einem Gewässer 1. Ordnung) ist das Land vom Landgericht

Schwerin zur Zahlung verurteilt worden. Wegen der grundsätzlichen Relevanz dieser Entscheidung für den wasserwirtschaftlichen Vollzug wird eine Berufung erwogen.

Der Vollzug des Zoogesetzes des Landes Mecklenburg – Vorpommern (Zoo G M-V) wird das Amt als zuständige Entscheidungsbehörde befristet bis zum 01.08.2007 erheblich beschäftigen.

Zur Umsetzung des ZooG M-V ist im Amt eine Projektgruppe bestehend aus fünf Mitarbeitern unterschiedlicher Abteilungen eingerichtet, die nun über ihren bisherigen Aufgabenbereich hinaus die Genehmigungsverfahren durchführen, und zwar unter Federführung des Justitiariats. Im Amtsbereich des StAUN gibt es 5 Zoos, denen bis zum 1. Februar 2006 eine Zoogenehmigung zu erteilen ist. Darüber hinaus sind ca. 20 Anträge auf Genehmigung eines Tiergeheges zu bearbeiten

Nach dem ZooG M-V ist ein Zoo eine „dauerhafte Einrichtung, in der lebende Tiere wild lebender Arten zwecks Zurschaustellung während eines Zeitraumes von mind. 7 Tagen im Jahr gehalten werden“; ein Tiergehege ist eine „ortsfeste Anlage, in der lebende Tiere wild lebender Arten unabhängig von ihrer sonstigen Zweckbestimmung gehalten werden“. Das ZooG M-V verpflichtet alle Einrichtungen, auf die diese Voraussetzungen zutreffen, eine Zoo- bzw. Tiergehegegenehmigung zu beantragen.

Darin werden alle für Zoos und Tiergehege erforderlichen behördlichen Entscheidungen zusammengefasst, u. a. Baugenehmigungen, naturschutzrechtliche Entscheidungen sowie tierschutz- und seuchenrechtliche Entscheidungen.

### 1.7 Amtsstellungennahmen

Als Träger öffentlicher Belange und als fachtechnische Behörde hatte das Amt zu 373 Vorhaben Stellungnahmen abzugeben.

Diese Stellungnahmen fächern sich wie folgt auf:

<b>Beteiligungsverfahren (Stand 15.12.04)</b>	<b>Anzahl</b>
Regionale Raumordnungsprogramme	3
Raumordnungsverfahren	3
Einzelbauvorhaben	116
Flächennutzungspläne	42
Bebauungspläne	115
Vorhaben- und Erschließungspläne	3
Außenbereichs-, Abrundungs- und sonstige Satzungen	44
Rechtsetzungsverfahren	8
Landschaftspläne	3
Bodenordnungsverfahren	16
Planfeststellungsverfahren	12
Bergrechtliche Verfahren	8

### 1.8 Liegenschaftsverwaltung

Der Abschluss von Kaufverträgen zum "Rückständigen Grunderwerb" (RGE) in den Gemarkungen Dömitz (Löcknitzumfluter) und der Gemarkung Gülze (Ringdeich Gülze) steht bevor.

In einigen Einzelfällen gestalten sich die Verhandlungen wegen der komplizierten Sach- und Rechtslage als schwierig.

Der RGE zum Elde-Rögnitz-Überleiter kann teilweise (Gemarkung Glaisin u. Klein Krams) durch das BOV Glaisin geregelt werden.

Aus finanziellen Gründen wurde der RGE zum Seedeich Redewisch zurückgestellt.

Ein weiteres Problem ist der RGE in dem Landkreis Parchim (ehem. StAUN Lüz).  
Hierzu wurden die übergebenen Akten gesichtet.

An der Zusammenlegung der Datenbanken vom StAUN und vom UM wird weiterhin gearbeitet. Die Datenbank im StAUN wird ständig aktualisiert durch neue VZO-Bescheide, Grundbuchauszüge und Fortführungsmitteilungen.

Der Zeitpunkt des Abschlusses der Zusammenlegungen der Datenbanken ist noch nicht zu benennen, aber auch danach wird die Pflege der Datenbanken viel Zeit in Anspruch nehmen.

## **2. Naturschutz und Landschaftspflege**

### **2.1 Allgemeine Angaben**

Die Abteilung Naturschutz und Landschaftspflege nimmt für das StAUN Schwerin die Belange einer Fachbehörde für Naturschutz gemäß § 56 Landesnaturschutzgesetz M-V wahr. Dazu zählen als Hauptaufgaben

- die Verwaltung und naturschutzfachliche Betreuung von Naturschutzgebieten,
- naturschutzrechtliche Entscheidungen im Bereich der Küstengewässer,
- Stellungnahmen zu verschiedenen raumbedeutsamen Fachplanungen wie Flächennutzungspläne und Raumordnungsverfahren sowie
- die Vergabe und Kontrolle der Verwendung von Fördermitteln des Landes für Naturschutzzwecke.

Die Abteilung ist dabei fachlich verantwortlich für 7 Förderrichtlinien des Landes: Sollschutz, Vogelrastplatz, Feldhecken-Randstreifen, Naturverbundenes Dorf, Naturschutzgerechte Grünlandnutzung, Kommunale Landschaftsplanung, Arten- und Biotopschutz-Fördermittel.

Für die Förderung von Moorschutzprojekten werden Aufgaben einer begleitenden regionalen Fachbehörde wahrgenommen.

Darüber hinaus wurden Mittel des Alleenfonds und der Fonds für Ausgleichszahlungen durch die Abteilung verwaltet und naturverbessernde Maßnahmen aus Mitteln des Fonds für Ausgleichszahlungen geplant und realisiert.

Zusätzlich zu diesen Pflichtaufgaben wurde in diesem Jahr das Umweltministerium Mecklenburg-Vorpommern und das Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie (LUNG M-V) bei der Nachmeldung sogenannter FFH-Gebiete unterstützt. Mit der Meldung von insgesamt 231 Gebieten und einer Fläche von rund 470.000 ha sollen nunmehr alle Defizite für die Meldung von FFH-Gebieten behoben sein.

Weiterhin unterstützten 2 Mitarbeiter das Umweltministerium bei der Aufstellung eines modellhaften Managementplanes für das FFH- und EU-Vogelschutzgebiet „Wismarbucht“. Es wurden u.a. Kartierungen zur Erfassung des Erhaltungszustandes von FFH-Lebensraumtypen aller Landflächen des FFH-Vorschlagsgebietes nach einer neuen Methodik durchgeführt.

Dabei wurden auf 96 km Küstenlänge etwa 200 Flächen mit FFH-Lebensraumtypen mit einer Gesamtgröße von 350 ha erfasst und bewertet.



Naturnaher Spülsaum und Kiesstrand auf der Insel Poel



Quellerflur im NSG „Fauler See-Rustwerder/Poel“





Salzgrünland und Strandsee an der Fliemstorfer Huk bei Zierow



Strandwall im NSG „Tarnewitzer Huk“ (Boltenhagen)



Aktives Kliff bei Timmendorf/Insel Poel

Das aus EU-Mitteln kofinanzierte LIFE-Projekt „Wiederherstellung der Flusslandschaft Sude-Schaale“ im Elbetal wurde weitergeführt. Das dazu erforderliche Planfeststellungsverfahren soll Anfang 2005 abgeschlossen und anschließend die entsprechenden Maßnahmen realisiert werden.

Zusätzliche Aufgabe: Das StAUN Schwerin wurde mit der Koordinierung der LSG-Ausweisung im Bereich des Schweriner Sees aufgrund der Umsetzung der EU-Vogelschutz-Richtlinie durch das Umweltministerium M-V betraut. Die Ausweisung war notwendig, da es sich bei dem Gebiet um ein sogenanntes faktisches Vogelschutzgebiet handelt, dass aufgrund seiner Brut- und Rastvogelzahlen als Vogelschutzgebiet auszuweisen ist. Die einzelnen Rechtsetzungsverfahren für die Landschaftsschutzgebiete werden aufgrund ihrer Zuständigkeit von den unteren Naturschutzbehörden der Landeshauptstadt Schwerin und den Landkreisen Nordwestmecklenburg und Parchim durchgeführt.

Weiterhin wurden 2 Mitarbeiter durch das UM mit der Erstellung einer endgültigen Gebietskulisse für die Ausweisung von Vogelschutzgebieten in Mecklenburg-Vorpommern betraut. Die EU-Kommission hatte Ende 2003 auch das Land Mecklenburg-Vorpommern gemahnt, da es seiner Verpflichtung zur Meldung und Ausweisung geeigneter Vogelschutzgebiete auf Grundlage der EU-Vogelschutz-Richtlinie (von 1979!) bisher nicht ausreichend nachgekommen war.

### **2.1.1 Personal und Organisation**

Die Abteilung ist in drei Dezernate gegliedert:

- Dezernat 200:  
Landschaftsplanung, Eingriffe (sieben Beschäftigte und ein Beschäftigter, der in Boizenburg für das LIFE- Projekt befristet tätig ist);
- Dezernat 210:  
Arten- und Biotopschutz, Naturschutzgebiete (vier Beschäftigte);
- Dezernat 220:  
Naturschutzgerechte Landnutzung (fünf Beschäftigte).



### 2.1.2 Technische Ausrüstung

Das Dezernat 220 verfügt über ein Satellitennavigationsgerät (GPS).

Das LIFE-Projektbüro in Boizenburg verfügt über einen PC mit Internetzugang, eine Digitalkamera sowie über einen Laptop und Beamer für den mobilen Einsatz und für Präsentationszwecke. Die Finanzmittel stammen hierfür aus den LIFE-Fördermitteln (je 50 % EU- und Landesmittel).

### 2.1.3 Öffentlichkeitsarbeit

Zu den öffentlichkeitswirksamen Tätigkeiten im Jahr 2004 gehörten die Bereitstellung von Daten aus dem LINFOS sowie von Gutachten, Karten und Fachliteratur insbesondere für Planungsbüros, sowie diverse Gespräche mit betroffenen Bürgern und Verbänden im Rahmen der Realisierung des o. g. LIFE-Projektes.

Mitarbeiter der Abteilung erarbeiteten in einer Projektgruppe „Wismarbucht“ zusammen mit den in dieser Region aktiven Wassersportvereinen vorläufige Verhaltensvorschläge zum Schutz des EU-Vogelschutzgebietes „Küstenlandschaft Wismar-Bucht“. Damit soll eine freiwillige Nutzungsbeschränkung der Wassersportler in der Wismarbucht erreicht werden.

Bereits zum 11. Mal wurde am 07.12.2004 eine Informationsveranstaltung für die innerhalb des Amtsgebietes tätigen ehrenamtlichen Naturschutzmitarbeiter/innen organisiert. Erstmals waren am 07.12. auch Vertreter des Landkreises Parchim dabei. Es wurde u.a. über das neue Landeszoogesetz, den Aufbau des Naturparkes „Sternberger Seenland“ sowie die Arbeit der „Naturforschenden Gesellschaft Mecklenburg e.V.“ informiert. Das StAUN Schwerin ist damit das einzige Amt in M-V, das solche Veranstaltungsreihe für ehrenamtlich Tätige durchführt.

Das Amt unterstützt damit das ehrenamtliche Engagement von Bürgern im Sinne der Landespolitik.



Amtsleiter Hansjürgen Engel begrüßt die Ehrenamtler



Interessiert werden die Fachinformationen aufgenommen

Darüber hinaus wurde am 30. 03. 2004 eine gesonderte Zusammenkunft aller NSG-Betreuer des alten Amtsgebietes organisiert, bei der konkrete Aufgaben und Probleme der Schutzgebietsbetreuung diskutiert wurde.

Für zwei NSG wurde ein Faltblatt entworfen, für eines auch ein Entwurf für den Druck eines NSG-Faltblattes der Reihe beim Umweltministerium gestaltet.

(siehe Publikationsliste des UM: [http://www.um.mv-regierung.de/frame\\_public.htm](http://www.um.mv-regierung.de/frame_public.htm) )

#### **2.1.4 Zusammenarbeit**

Die Zusammenarbeit mit der Allgemeinen Abteilung bezieht sich vorwiegend auf die Beteiligung im Rahmen der Stellungnahmen des Hauses als Träger öffentlicher Belange, die rechtliche Unterstützung bei der Erarbeitung von Verwaltungsvorgängen sowie die Unterstützung im Rahmen der EDV-mäßigen Erfassung und Verwaltung von Vertragsdaten des Förderprogrammes zur naturschutzgerechten Grünlandnutzung.

In der Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen des Hauses sind die vorrangig durch diese vorzubereitenden Entscheidungen vielfach naturschutzrechtlich zu beurteilen oder zu begleiten. Dabei geht es aus der Sicht der Abteilung insbesondere um:

- Hinweise zur Betroffenheit der originären Zuständigkeiten (Naturschutzgebiete, Eingriffsvorhaben im Küstenbereich und Fördermaßnahmen des Naturschutzes),
- Entscheidungshilfen sowie naturschutzfachliche und –rechtliche Hinweise für die Genehmigungsbehörden zum Umgang mit EU-Vogelschutz- und FFH-Gebieten, Alleen und besonders geschützten Biotopen.

## 2.2.1 Arbeitsergebnisse 2004

- Dezernat 200:

Stellungnahmen zu:

Raumordnungsverfahren	12
Planfeststellungsverfahren	32
Umweltverträglichkeitsprüfungen	72
FFH – Vorprüfung	125
Flächennutzungspläne	46

sonstige Fachstellungnahmen 452

Realisierte Projekte des Ausgleichsmittelfonds 10

Bewirtschaftung des Alleenfonds:

Einnahmen	ca. 41 T€
Ausgaben (Pflanzungen, Baumpflege, Schutzstreifen)	ca. 170 T€

Folgende Maßnahmen wurden im Jahr 2004 durch den Ausgleichstitel des StAUN Schwerin finanziert:

*Im Landkreis Ludwigslust:*

- Naturnaher Gewässerausbau in OL Karenz,
- Naturnaher Gewässerausbau Meynbach, 7. BA
- Naturnaher Gewässerausbau Entrohrung Zuleiter Kaliß
- Naturnaher Gewässerausbau und Gestaltung des Kohlegrabens in Woosmer
- Rekonstruktion von 2 Trafohäusern
- Bau einer Amphibienleiteinrichtung an der B191 bei Dömitz

*Im Landkreis Nordwestmecklenburg*

- Pflanzung einer Feldhecke in Gr. Schwansee
- Pflegemaßnahmen im und am NSG Santower See

*Im Landkreis Parchim*

- Pflanzung von Eichen im Schweinehudewald Greven
- Verteilerbauwerk Rothen

### **LIFE-Projekt „Wiederherstellung der Flusslandschaft Sude-Schaale**

Die im Jahr 2003 abgeschlossene Erörterung wurde auf über 800 Seiten Wortprotokoll dokumentiert.

Im Februar 2004 wurde der planfeststellenden Behörde, (Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie M-V (LUNG), das Abwägungsprotokoll als Stellungnahme der Anhörungsbehörde übersendet. Damit ist das Anhörungsverfahren offiziell abgeschlossen und der Planfeststellungsbeschluss kann aufgestellt werden.

Dennoch führten Nachfragen und bisher noch nicht geklärte Detailfragen zu erneuten Verzögerungen im Verfahren. In einem engen Dialog mit dem LUNG wurden weitere Dokumente und Unterlagen zugearbeitet, die dazu dienen, bereits im Vorfeld des Beschlusses Verpflichtungen des Vorhabenträgers zu erfüllen, um die Rechtssicherheit des gesamten Verfahrens zu erhöhen oder durch eine parallele Abarbeitung eine möglichst zügige Realisierung des Projektes zu ermöglichen.

Beispielsweise wurde ein Gewässerunterhaltungsplan über die im Projektgebiet befindlichen Gewässer 1. und 2. Ordnung mit dem Wasser- und Bodenverband sowie mit der Abt. Wasserwirtschaft des Hauses verbindlich abgestimmt und eingereicht.

Ebenso wurde die Hydraulik der geplanten Sohlgleite in der Schaalemündung in Abhängigkeit des landwirtschaftlichen Vorfluters, der die östliche Polderhälfte entwässert, überarbeitet, um in jedem Falle einen Anstieg des mittleren Grundwasserspiegels im Bereich der Ortschaften zu vermeiden. Im Ergebnis kann nun die Schwelle der Sohlgleite ca. 20 cm tiefer angelegt werden, ohne dass es zu erheblichen Negativauswirkung auf die Projektziele kommen wird. Durch das LUNG wurde diese Überarbeitung der Hydraulik einer juristischen Überprüfung mit Hinsicht auf das laufende Verfahren unterzogen.

Damit dürfte der Beschlussfassung durch das LUNG nun nichts mehr im Wege stehen. Dies bedeutet, dass mit den Bauarbeiten im Polder im Frühjahr 2005 begonnen werden könnte.

Am 21. April 2004 lud der Umweltminister Prof. Dr. Methling zu einer Besichtigung des Projektes ein. Er ließ sich zusammen mit Vertretern des BUND über das Projekt informieren und nutzte nach einer anregenden Diskussion die Gelegenheit, das Gebiet in Augenschein zu nehmen (siehe Foto). Er äußerte sich zuversichtlich zum weiteren Verfahren des Projektes, zeigt sich aber auch besorgt über die vorgebrachten Probleme Dritter.

Im Rahmen des Flächenankaufes wurden noch einzelne Flächen erworben bzw. durch Tausch mit Flächen außerhalb des Polders der bestehende Flächenanteil arrondiert. So konnte mit Zustimmung der BVVG der ehemals privatisierte Wald südwestlich von Besitz auf das Land Mecklenburg – Vorpommern übertragen werden. Privatflächen im Sudevorland konnten nach Vorlage der Verkehrswertgutachten ebenfalls erworben werden.



Der Umweltminister Prof. Dr. Methling besucht gemeinsam mit Vertretern des BUND das Projekt vor Ort und lässt sich durch Mitarbeiter des StAUN Schwerin informieren



Blick über den Schaalekanal auf die Kirche von Blücher

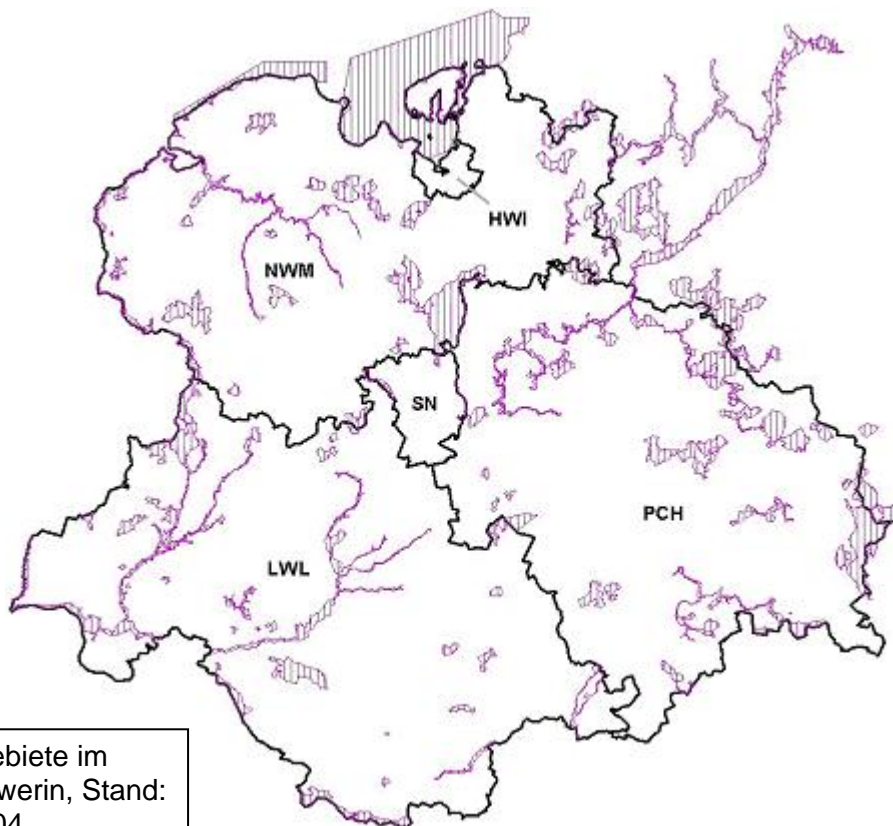
### **FFH-Gebietsmeldung und Managementplanung „Wismarbucht“**

Mit der Meldung einer dritten, abschließenden Liste (Tranche) wurde die Gebietskulisse für die Meldung der FFH-Gebiete für den landseitigen Bereich des Landes M-V im Sommer 2004 vervollständigt. In den Öffentlichkeitsbeteiligungen vom Herbst 2003 und März/April 2004 wurden die FFH-Gebiete in ihren Grenzen und den zu meldenden Lebensraumtypen und Arten vorgestellt. Mit dem Kabinettsbeschluss vom 25.5.2004 wurde die auf Grundlage der eingegangenen Stellungnahmen, der fachlichen Überprüfung der Gebietskulisse durch das Bundesamt für Naturschutz und der ständigen Informationserweiterung durch die StÄUN und das LUNG endgültigen Gebietsausweisungen beschlossen und an die Europäische Kommission übermittelt.

Damit ist für den landseitigen Bereich die Meldung abgeschlossen. Lediglich für die 12 Seemeilen-Zone der Ostsee werden noch Gebiete gemeldet. Es ist zu erwarten, dass für den Bereich des Amtes eine Erweiterung der Wismarbucht vorgesehen werden wird.

Zugleich wurde durch die Erweiterung des Zuständigkeitsbereiches des StAUN Schwerin um den Landkreis Parchim die Liste der zu betreuenden FFH-Gebiete erheblich vergrößert.





Die FFH-Gebiete im  
StAUN Schwerin, Stand:  
12. Juni 2004

<i>FFH-Gebiete im Zuständigkeitsbereich des StAUN Schwerin</i>				
	Anzahl Gebiete	FFH- Gebietsflächen	in %, bezogen auf die Landkreisflächen	
1.	70 (davon 4 Gebäude bzw. Gebäudeteile: Fledermausquartiere)	53.453,52 ha Landfläche (mit Binnengewässer)	7,6 %	707.766,15 ha
	davon:			
2.	Landkreis NWM: 29	18.448,93 ha	8,8%	208.473,02 ha
	Landkreis LWL: 27	15.223,97 ha	6,0%	254.990,91 ha
	Landkreis PCH: 20	19.438,95 ha	8,6%	227.247,70 ha
	Landeshauptstadt Schwerin: 4	315,70 ha	2,4%	12.931,86 ha
	Hansestadt Wismar: 1	25,98 ha	0,6%	4.122,67 ha
	(Mehrfachzählungen durch kreisübergreifende Gebiete)			
3.	Meeresflächen: 2	24.791,00 ha	--	
	Gesamtfläche:	78.341,00 ha		

Gegenwärtig werden für einige Gebiete Muster-Managementpläne entwickelt bzw. werden kurzfristig in Angriff genommen. Dies sind u. a. nachfolgende Gebiete:

- DE 1934-302 „Wismarbucht“ (Ein erster Abschnitt wurde über INTERREG IIIB bereits abgeschlossen)
- DE 2338-304 „Mildenitztal mit Zuflüssen und verbundenen Seen“
- DE 2634-301 „Schloßpark Ludwigslust“ (Als Ergänzungsplanung zum Pflegeplan des denkmalgeschützten Parkbereiches)

- DE 2733-301 „Lübtheener Heide und Trebser Moor“ (Vertragliche Vereinbarung mit der Bundeswehr).

Eine systematische Erfassung und Bewertung der Lebensraumtypen nach landeseinheitlicher Kartieranleitung ist für die kommenden Jahre vorgesehen.



Die Warnow im FFH-Gebiet „Warnowtal mit kleinen Zuflüssen“, hier im Durchbruchstal bei Karnin im gleichnamigen NSG „Warnowtal bei Karnin“, Landkreis PCH. Die Warnow repräsentiert in diesem Abschnitt den Lebensraumtyp „Flüsse der planaren bis montanen Stufe“, begleitet von wasserstandsbeeinflussten „Erlen-Eschenwäldern“ in nahezu idealtypischer Weise. Foto: L. Brockmöller, 10.3.2004.

- Dezernat 210:

Anzahl der betreuten NSG	83
Fläche (ha)	15.135
NSG-Vorgänge gesamt	225
davon NSG-Genehmigungsverfahren	85
Gutachten, Maßnahmen in NSG: Anzahl:	19
Summe (T€)	77
Aufwandsentschädigungen für ehrenamtl. Naturschützer: $\Sigma$ Aufträge:	21
$\Sigma$ HHM (T€)	3,6
Fachstellungennahmen	79
Förderanträge/Fördermittel:	

a) Biotop- und Artenschutz:

13 Anträge, 7 Bewilligungen, Gesamtsumme: ca. 29 T€

b) Ertragsausfälle für Schäden durch geschützte Großvogelarten:

13 Anträge, 6 Bewilligungen, Gesamtsumme ca. 11 T€

c) Moorschonende Nutzung:

2 Aufträge über 25,5 T€



d) FöRi Moorschutz:

Betreuung von 3 durch das Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie (LUNG) M-V bewilligten Projekten (Lewitz, Pötenitz, Wohlenberg) sowie 6 Projekten in Vorbereitung (Polder Redentin, Siebendorfer Moor, Polder Neuhof, Neuendorfer Moor, Golchen, Tessiner Moor)

Im Dezernat 210 erfolgte mit der Übernahme von Vorgängen des Landkreises Parchim leider kein Personalzugang. Gleichzeitig ist jedoch der Aufwand für ordnungsrechtliche Vorgänge zur Sicherung der Schutzziele der Naturschutzgebiete erheblich gestiegen. Insgesamt hat sich die Anzahl an Vorgängen innerhalb von Naturschutzgebieten im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt (von 117 auf 225 Vorgänge).

Neben der zusätzlichen Aufgabe der fachlichen Unterstützung bei der Ausweisung von FFH-Gebieten war im Dezernat auch die Bewertung von Lebensraumtypen in dem neu gemeldeten FFH-Gebiet „Wismarbucht“ für einen Managementplan und die Erarbeitung eines Fachkonzeptes zur Ausweisung von Vogelschutzgebieten in M-V für das Umweltministerium M-V zu leisten.

Die gesamten Aufgaben für das Dezernat waren nur durch eine äußerst effektive Arbeitsaufteilung und den unermüdlichen Einsatz aller Mitarbeiter möglich.

Als Besonderheit trat in diesem Jahr erstmalig ein Fall einer Vergiftung von Großvögeln in einem Naturschutzgebiet auf.

Am 29. März informierte der Förderverein „Grambower Moor“ erstmalig über mehrere verendete Kraniche am Schlafplatz der Kraniche. Es stellte sich später durch Untersuchungen am Institut für Zoo- und Wildtierforschung in Berlin heraus, dass die etwa 40 toten Kraniche durch das Zellgift Zinkphosphid getötet wurden. Dieses Gift wurde mit sogenannten Giftweizenkörnern aufgenommen, die vermutlich zur Abwehr von Nagetieren ausgebracht wurden. Trotz Einschaltung der Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft in Schwerin konnte der Verantwortliche nicht ermittelt werden.



Foto: Vergifteter Kranich am Rande des NSG „Grambower Moor“

Da im Zuge der Ermittlungen weitere vergiftete Tiere wie auch eine ganze Waldkauzfamilie gefunden wurden, sollte der Wirkstoff Zinkphosphid nicht mehr zur Nagerbekämpfung zugelassen werden. Einen entsprechenden Vorstoß wird die Initiative „Kranichschutz



Deutschland“ gegenüber der Zulassungsstelle für Biozide (Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin) vornehmen.

Im Grambower Moor hat die Vergiftung zu einer zeitweiligen Reduzierung der Anzahl dort schlafender Kraniche von über 100 auf unter 10 Tieren geführt. Der Gesamtpopulation der Kraniche, auch in Bezug auf die betroffene Region, hat der Verlust der Tiere zwar keinen nachhaltigen Schaden zugefügt, in Wiederholungs- und Nachahmungsfällen ist dies jedoch nicht ausgeschlossen.

- Dezernat 220

Das Dezernat wurde seit dem 01.04.04 durch eine Mitarbeiterin des aufgelösten StAUN Lüz ver­stärkt. Alle EU kofinanzierten Förderprogramme im Naturschutz, für die unser Amt die örtlich zuständige Bewilligungsbehörde ist (Landkreise Nordwestmecklenburg, Ludwigslust und Parchim sowie die kreisfreien Städte Wismar und Schwerin) werden seit 2003 federführend im Dezernat 220 fachlich betreut und durch das Dezernat 110 haushalts- bzw. verwaltungstechnisch abgewickelt. Durch die Neueinführung eines EDV-Programm-Moduls zur computergestützten Auszahlung der Fördermittel für die naturschutzgerechte Grünlandnutzung ergaben sich in diesem Jahr besonders hohe Arbeitsbelastungen für alle beteiligten Mitarbeiter, insbesondere auch im Dezernat 110. So mussten beispielsweise für alle vertraglich gebundenen Flurstücke der 271 Vertragspartner zusätzliche Daten zum Vertragsbeginn und Vertragstyp im Computer neu erfasst und geprüft werden. Abweichende Flurstücksangaben der Landwirte bei den Ämtern für Landwirtschaft überprüft und korrigiert werden, damit die Auszahlung ordnungsgemäß vorbereitet werden konnte. Auf diese Weise wurden insgesamt schätzungsweise 20.000 bis 30.000 Flurstücke bearbeitet.

Darüber hinaus wurden auch in diesem Jahr durch das Amt landesweit die meisten Projekte im Förderprogramm „Naturverbundenes Dorf“ gefördert:

**Förderprogramm „Naturschutzgerechte Grünlandnutzung“**

- Zahl der eingegangenen Anträge bis 15.Mai 2004:	77 T
- Zahl der abgeschlossenen Verträge:	111 T
- Zahl der insgesamt betreuten Verträge:	449 T
- Fördersumme gesamt (€/Jahr):	ca. 2,8 Mio. €

**Förderprogramm „Feldhecken-Randstreifen“**

- Zahl der eingegangenen Anträge bis 15.Mai 2004:	0
- Zahl der abgeschlossenen Verträge:	0
- Zahl der insgesamt betreuten Verträge:	1
- Fördersumme gesamt (€/Jahr):	ca. 670 €

**Förderprogramm „Vogelrastplatz“**

- Zahl der eingegangenen Anträge bis 31.01. bzw. 15.06.2004 :	3
- Zahl der abgeschlossenen Verträge:	1
- Zahl der insgesamt betreuten Verträge:	6
- Fördersumme gesamt (€/Jahr):	ca. 53.000 €

Förderprogramm „Naturverbundenes Dorf“

- Zahl der eingegangenen Anträge bis 31.12.2003:	49
- Zahl der Bewilligungen:	17
- Höhe der Bewilligungen (€):	ca. 377.000 €

**Förderprogramm „Sölle“**

- Zahl der eingegangenen Anträge bis 31.10.2004:	14
- Zahl der Bewilligungen:	5
- Höhe der Bewilligungen (€):	ca. 225.000 €

### **3. Wasser und Boden**

#### **3.1 Allgemeine Angaben**

Die Aufgaben der Abteilung Wasser und Boden beziehen sich auf folgende Schwerpunkte:

- die Gewässeraufsicht und den Vollzug der Wassergesetze,
- den Vollzug des Abwasserabgabengesetzes und des Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz Mecklenburg-Vorpommern,
- die Gewässerverwaltung der Gewässer erster Ordnung und den Hochwasserschutz im Bereich der Elbe und der Ostsee,
- die Siedlungswasserwirtschaft mit den Bereichen Trinkwasser und Abwasser und deren Förderung durch Landes- bzw. EU-Mittel,
- den Landesmessdienst mit der Erfassung und Auswertung gewässerkundlicher Daten einschließlich der Gewässerbeschaffenheit und
- den Bodenschutz und die Freistellung von der Altlastenhaftung.

In zunehmendem Maße sind die Umsetzung internationaler Abkommen und das EU-Recht bei der Erfüllung originärer Aufgaben zu berücksichtigen, d. h. die Anforderungen an die Beschäftigten nehmen an Quantität und Qualität in erheblichem Maße zu.

Eine besondere Herausforderung stellte die Integration des mit Auflösung des StAUN Lüz seit dem 01.04. zum Amtsgebiet des StAUN Schwerin gehörigen Territoriums des Landkreises Parchim dar.

##### **3.1.1 Personal und Organisation**

Die Abteilung ist in fünf Dezernate mit insgesamt 56 Beschäftigten wie folgt gegliedert:

- Geschäftsbereich AL 3/Dez. 300 – Allgemeine Angelegenheiten (sechs Beschäftigte),
- Dezernat 310 – Gewässeraufsicht, Wasserbehördlicher Vollzug, Bodenschutz und Altlasten (zehn Beschäftigte),
- Dezernat 311 – Zentrale Stelle für Abwasserabgabe/Wasserentnahme-Entgelt (fünf Beschäftigte),
- Dezernat 320 – Gewässerverwaltung, Küsten- und Hochwasserschutz (19 Beschäftigte, davon 3 befristete Stellen und 7 Arbeiter),
- Dezernat 330 – Siedlungswasserwirtschaft (sieben Beschäftigte),
- Dezernat 340 – Gewässerkundlicher Landesmessdienst (neun Beschäftigte),

##### **3.1.2 Technische Ausrüstung**

- Fernüberwachungsanlagen

Bestandteil der Hochwasserschutzsysteme an der Elbe sind die Fernüberwachungsanlagen in den Stützpunkten Boizenburg und Dömitz. Mit diesen Anlagen wird der Betrieb der Schöpfwerke und weiterer wichtiger wasserwirtschaftlicher Anlagen fernüberwacht. Wasserstände, Pumpmengen, Störungen sowie weitere Daten werden übertragen und mit Hilfe von Computern aufbereitet. Die Daten werden gebündelt und stehen für eine Fernabfrage zur Verfügung.

- PC-Arbeitsplätze

In der Abteilung sind umfangreiche Datenmengen zu verwalten. Das bedarf zur effizienten Verarbeitung und Nutzung der Daten der Ausstattung aller Arbeitsplätze mit Personalcomputern. Neben den Standardprogrammen WORD und EXCEL stehen auch fachspezifische Programme,

wie u. a. LOWO, OWO, DHA, HYDRAS 3, VPS-Ostseeküste, PEGUS, IMKWIN, WAB, NIBA zur Verfügung.

Insgesamt sind 44 Arbeitsplätze mit vernetzten PC'n ausgerüstet.

### **3.1.3 Öffentlichkeitsarbeit**

Die Öffentlichkeitsarbeit beinhaltet folgende Schwerpunkte:

- Vorbereitung und Durchführung von Pressegesprächen bzw. Presseinformationen zu aktuellen Ereignissen wie Extremsituationen (Hochwasser an der Elbe und an der Ostsee), Übergabe von wasserwirtschaftlichen Anlagen; Deichschauen (Hochwasserschutzdeiche im Einzugsgebiet der Elbe),
- Pressebeiträge zur Fertigstellung und Übergabe von wichtigen wasserwirtschaftlichen Objekten, z. B. Hochwasserschutz Elbe bzw. Ostsee, Hafen Boizenburg,
- Vorbereitung und Mitwirkung bei der Erstellung von Informationsblättern zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben:  
z. B. LIFE-Projekt „Wiederherstellung der Flusslandschaft Sude-Schaale“,
- Herstellung der Durchgängigkeit der Fließgewässer Warnow und Mildenitz für aquatische Lebewesen,
- Vorträge vor Schulklassen zu aktuellen wasserwirtschaftlichen Themen,
- Vorträge zum Hochwasserschutz Elbe, Sturmflutschutz Boltenhagen, naturnaher Gewässerausbau bzw. naturnaher Gewässerunterhaltung,
- Führungen an wasserwirtschaftlich bedeutsamen Vorhaben, wie z.B. Hochwasserschutz Dömitz und Boizenburg,
- Informationsveranstaltungen bei den Wasser- und Abwasserzweckverbänden und Kommunen sowie den Wasser- und Bodenverbänden,
- Informationsveranstaltung für Senioren.

## **3.2 Arbeitsergebnisse**

### **3.2.1 Geschäftsbereich AL 3, Dezernat 300**

#### **3.2.1.1 Grundsätzliche Angelegenheiten**

Zu besonderen Schwerpunktvorhaben wie

- Hochwasserschutzsystem Elbe
- Hochwasserschutz Ostsee
- Flutpolder Blücher
- Sicherung Hochwasserabfluss im Entwässerungssystem Ostorfer See/Burgsee/Schlossgarten

wurden die Entscheidungen vorbereitet.

#### **3.2.1.2 Planfeststellungsverfahren / förmliche Verfahren**

Bei durchzuführenden Planfeststellungsverfahren und förmlichen Verfahren ist gemäß § 108 LWaG Mecklenburg Vorpommern das Staatliche Amt für Umwelt und Natur (StAUN) als Anhörungsbehörde tätig. Erweitert wurde dieses Arbeitsgebiet durch sonstige wirtschaftliche Planungen gemäß § 131 LWaG Mecklenburg Vorpommern, z. B. der Durchführung eines Verfahrens mit Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit für die wasserwirtschaftliche Fachplanung „Konzeption Hochwasserschutz Elbe“.

- Planfeststellungsverfahren

Die auf der Grundlage des Sommerhochwassers 2002 erarbeitete Konzeption „Hochwasserschutz Elbe“ wurde im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

weiter verifiziert und hinsichtlich naturschutzrechtlicher Belange (Verträglichkeitsprüfung nach der FFH-Richtlinie) in Abstimmung gebracht.

Auf Grund des bisher verfolgten Planungsansatzes „Deichbau in alter Trassenführung“ war 2004 die Umsetzung der Hochwasserschutzmaßnahmen an der Elbe auf der Grundlage wasserrechtlicher „Plangenehmigungen“ möglich.

- Förmliche Verfahren

Folgende förmliche Verwaltungsverfahren wurden bearbeitet:

- Festsetzung des Trinkwasserschutzgebietes der Wasserfassung Dorf Mecklenburg im Landkreis Nordwestmecklenburg
- Festsetzung des Trinkwasserschutzgebietes der Wasserfassung Meierstorf im Landkreis Nordwestmecklenburg

Die Bearbeitung der vorgenannten Verfahren erfolgte unter Berücksichtigung des Erlasses des Umweltministeriums Mecklenburg-Vorpommern zur „Festsetzung, Änderung und Aufhebung von Wasserschutzgebieten, Veränderungssperren zur Sicherung von Planungen“ vom 29.07.2003. Für beide Trinkwasserschutzgebiete ist das Verwaltungsverfahren abgeschlossen. Das gesamte Abwägungsmaterial (Verhandlungsniederschrift, fachliche Stellungnahme StAUN Schwerin, schriftliche Zusammenfassung der Abwägung) ist seitens des StAUN als Anhörungsbehörde erstellt und wird letztendlich mit dem jeweiligen Zweckverband nochmals abgestimmt, was insbesondere die inhaltlichen Aussagen des „Katalogs der Verbote und Nutzungsbeschränkungen“ in seiner endgültigen Form anbelangt, bevor zu beiden Verwaltungsverfahren dem Umweltministerium M-V die Verfahrensunterlagen zum Erlass einer Rechtsverordnung übersandt werden. Die Übersendung der Unterlagen zu beiden Verfahren ist noch im Jahr 2004 vorgesehen.

Hinsichtlich der Trinkwasserschutzgebiete für die Wasserfassung Klütz bzw. Dassow / Teilwasserfassung Prieschendorf ist eine Vorhabensanzeige gegenüber dem Umweltministerium erfolgt.

Hinsichtlich der Festsetzung des Trinkwasserschutzgebietes Klütz konnte im Hinblick auf die im Sommer 2005 bevorstehende Ansiedlung der Firma Kamps (Großbäckerei im Gewerbegebiet Lüdersdorf) der konkrete Wasserbedarf zunächst noch nicht abgeschätzt werden.

Nach Abschluss der hydrogeologischen Untersuchungen und Übersendung der geänderten Antragsunterlagen an das StAUN Schwerin steht die Auslegung der Antragsunterlagen in den betroffenen Gemeinden und die Beteiligung und Anhörung der Träger öffentlicher Belange unmittelbar bevor.

Die erforderliche schriftliche Zustimmung des Umweltministerium Mecklenburg-Vorpommern zur Einleitung des förmlichen Verwaltungsverfahrens zur Festsetzung des Trinkwasserschutzgebietes Dassow erfolgte mit Schreiben vom 22.11.2004, so dass einer Einleitung des förmlichen Verwaltungsverfahrens nichts mehr im Wege steht.

### **3.2.1.3 Angelegenheiten des Vergabewesens**

Das Vergaberecht nach VOB/A ist traditionell spezieller Teil des öffentlichen Haushaltsrechts, welches auf die Rechtsvorschriften zur Aufstellung und Abwicklung des Etats einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft abhebt und das Ausgabeverhalten des Staates beim Erwerb der für ein Funktionieren erforderlichen materiellen Grundlagen steuert. Diese Regelungen haben das Ziel, die effektive Verwendung der Haushaltsmittel zu sichern und einen fairen Wettbewerb unter den sich um staatliche Aufträge bemühenden Unternehmen zu garantieren.

Auf der Grundlage der VOB/A wurden folgende Vorhaben zur Ausschreibung und bis zur Auftragserteilung vorbereitet und begleitet:

#### Zeitverträge:

1. Zeitvertrag Unterhaltungsleistungen Boizenburg / Dömitz
2. Zeitvertrag Unterhaltungsleistungen Nordwestmecklenburg und der Hansestadt Wismar

Das StAUN Schwerin ist Unterhaltungspflichtiger für die Hochwasserschutzanlagen und die Gewässer I. Ordnung im zugeordneten Amtsgebiet.

Im Rahmen dieser Zeitverträge werden Unterhaltungsleistungen, die zur Sicherheit und Funktionstüchtigkeit der Anlagen notwendig sind und aus Hochwasserereignissen, Sturmfluten und sonstigen Einflüssen resultieren, erfasst.

Der Ausschreibungsgegenstand umfasst die Ausführung von nicht vorhersehbaren, in der Regel jedoch in einem gewissen Umfang auftretenden Reparaturarbeiten an den Anlagen entsprechend dem im Leistungsverzeichnis ausgewiesenen Gewerkspektrum innerhalb der Vertragslaufzeit.

#### Investive Maßnahmen:

1. Sanierung rechter Löcknitzdeich
2. Sanierung linker Löcknitzdeich
3. Sanierung Elbedeich Horst
4. Sanierung Sudeabschlußwehr – Korrosionsschutz
5. Sanierung Sudeabschlußwehr - Brückenüberbau
6. Hochwasserschutz Dömitz – Abdichtung Elbedeich von B 195 bis Eisenbahnschutzdeich
7. Optimierung Stauhaltung Vorbeck/Warnow
8. Sanierung rechter Sudedeich im Polder Boizenburg
9. Verteilerbauwerk Rothen / Mildenitz - Fischaufstiegshilfe
10. Wehr Dobbertiner See / Mildenitz - Umgehungsgerinne am Mühlenwehr Dobbertin
11. Hochwasserschutz und städtebauliche Einbindung Hafen Boizenburg – 4. BA
12. Sanierung Röthdeich – 1. BA
13. Verstärkung Düne Timmendorf / Insel Poel
14. Krautziehplatz Mildenitz, Einlauf Dobbertiner See
15. Krautentnahme Rönkenhof / Warnow
16. Ringdeiche Gülze Bandekow - Baumeratzpflanzungen

#### Unterhaltungsmaßnahmen:

1. Herstellung einer Kopfweidenreihe
2. Unterhaltung Landesschutzdeiche Boizenburg / Dömitz
3. Unterhaltungsarbeiten Gewässer 1. Ordnung LK Nordwestmecklenburg
4. Unterhaltung Gewässer 1. Ordnung und Landesschutzdeiche im Raum Dömitz
5. Unterhaltung Gewässer 1. Ordnung im Bereich Boizenburg bis Redefin
6. Taucheruntersuchungen Löcknitzdüker
7. Unterhaltung Wehr Grönings
8. Uferaufhöhung Neddersee / Warnow
9. Unterhaltung Sude - Böschungssicherung
10. Ortung und Einmessung – Fernmelde- und Energiekabel PL Boizenburg
11. Gewässerunterhaltung Warnow
12. Gewässerunterhaltung Mildenitz

#### Planungsunterlagen:

1. Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie Ventschower See
2. Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie Dümmer See

Im Rahmen der Fördermittelausreichung für die Wasser- und Bodenverbände erfolgte die Prüfung von 17 eingereichten Vorhaben der Projektförderung.

#### **3.2.1.4 Förderung Nichtstaatlicher Wasserbau (Wasser- und Bodenverbände), Unterhaltung Gewässer 2. Ordnung**

Die Abteilung Wasser und Boden nimmt die fachliche Umsetzung und Begleitung der Fördermittelanträge des nichtstaatlichen Wasserbaus (Wasser- und Bodenverbände) wahr.

Die Förderung der Wasser- und Bodenverbände als Körperschaften des öffentlichen Rechts erstreckt sich auf das Gebiet der Gewässerunterhaltung der Gewässer zweiter Ordnung und investive Maßnahmen im Rahmen des nichtstaatlichen Wasserbaus. Das Aufgabengebiet umfasst die fachtechnische Betreuung und die Abwicklung der Förderung gemäß den Richtlinien zur Förderung wasserwirtschaftlicher Vorhaben (FöRiWas – korrigierte Fassung – vom 08.10.1997) des Umweltministeriums und die Umsetzung der Förderrichtlinien gemäß Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ für den Zeitraum 2002 – 2006 entsprechend den „Grundsätzen für die Förderung wasserwirtschaftlicher und kulturbautechnischer Maßnahmen“ nach dieser Richtlinie. Dabei ist gemäß FöRiWas des Umweltministeriums die Fördermittelantragstellung zu bearbeiten und in enger Abstimmung mit der Allgemeinen Abteilung die Projektliste für das Folgejahr vorzubereiten.

Fachtechnisch werden durch die Wasser- und Bodenverbände zahlreiche Anforderungen hinsichtlich Vergabewesen, fachtechnischer Stellungnahmen zur Schadensereignissen, Eingliederungsstatus Gewässer zweiter Ordnung, Refinanzierung von Investitionen an Gewässern, Gewässerschauen vor Ort, Baukontrollen und Bauabnahmen gestellt. Diese Aufgabe erfordert eine intensive Zusammenarbeit mit den Wasser- und Bodenverbänden in allen aufkommenden Fachfragen und trägt zu einer effektiven Arbeit der Wasser- und Bodenverbände im Amtsbereich bei. Hinzu kommen erhöhte Anforderungen, die sich aus der Förderung über den sogenannten EAGFL-Fonds ergeben, wie verstärkte Baukontrollen, Umsetzung des Vier-Augen-Prinzips, erweiterte Belegführung.

Aus Anlass der Auflösung des StAUN Lüz und der damit verbundenen Erweiterung der örtlichen Zuständigkeit wurde mit den Wasser- und Bodenverbänden am 22.06.2004 eine Arbeitsberatung durchgeführt, um alle Wasser- und Bodenverbände auf den gleichen Informationsstand zu setzen. Dabei wurden anstehende Fragen der praktischen Arbeit im Fördermittelbereich beraten, Modalitäten für die Abrechnung und die Verwendungsnachweisführung abgestimmt. Außerdem wurden aktuelle Fragestellungen aus dem Bereich der Vergabe nach dem Wertgrenzenerlass, zu Unterhaltungsplänen, zu der Abrechnung und Nachweisführung der Bauhöfe sowie zu Zeitverträgen beraten. Informiert wurde über die in Bearbeitung befindliche Novellierung der „Richtlinie zur Förderung von Unterhaltungsmaßnahmen an Gewässern zweiter Ordnung“ (FöRiUV).

Die Wasser- und Bodenverbände des Amtsbereiches erhielten im Rahmen der Förderung für die Unterhaltungskosten an Gewässern, Deichen und Anlagen sowie für die Betriebskosten an Schöpfwerken Fördermittel in Höhe von 432.080 €

Im Rahmen der Förderung des nichtstaatlichen Wasserbaus wurden 2004 Zuschüsse in Höhe von 2.287.500 € an 12 Vorhaben ausgereicht.

Schwerpunkte waren:

- Naturnaher Gewässerausbau Ludwigsluster Kanal in Ludwigslust,
- Schöpfwerksrückbau, Erneuerung der Bachverrohrung sowie Renaturierung des Flöter Baches in Wismar,
- Renaturierung der Schmaar in Hagenw,
- Naturnaher Gewässerausbau, Entrohrung Zuleiter Kaliß,
- Naturnaher Gewässerausbau Alte Elde von Eldena bis Landesgrenze,
- Renaturierung der Schilde von Dodow bis Karft

Am 30.09.2004 trat die novellierte „Richtlinie zur Förderung von Unterhaltungsmaßnahmen an Gewässern zweiter Ordnung“ (FöRiUV) in Kraft. Im Zusammenhang mit der Novellierung

der Richtlinie wurden auch die Antrags- und sonstigen Formulare überarbeitet. Die schnellstmögliche Einweisung der Antragsteller / Zuwendungsempfänger war vordringliche Aufgabe im 4. Quartal.

### **3.2.1.5 Rufbereitschaft, Anti-Havarietraining**

Die Organisation der Rufbereitschaft zur Abwehr von besonderen Gefahrenlagen aus der Hochwasserentwicklung Elbe/Ostsee bzw. der Ölschadensbekämpfung bei Havariefällen an den Gewässern erster Ordnung wurde anhand der Vorgaben des Umweltministeriums Mecklenburg-Vorpommern wie

- der „Verordnung über die Errichtung eines Warn- und Alarmdienstes zum Schutz vor Wassergefahren vom 27. April 1993 (GVOBL M-V S. 512 – 514)“
- der „Aufgabenregelung des Alarmdienstes in den unteren Wasserbehörden für den Schutz der Gewässer vor Verunreinigungen vom 25. März 1996“
- der „Richtlinie für die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen im Zuständigkeitsbereich der StÄUN an der Ostsee vom 02. Juni 1997“

durchgeführt.

Durch das Dezernat 300 erfolgte die ständige Aktualisierung des Rufbereitschaftsplanes und die Einordnung der sonstigen Informationsmaterialien in den Bereitschaftskoffer. Zum Rufbereitschaftsdienst wurden alle verfügbaren Mitarbeiter der Abteilung herangezogen. In Folge der strukturellen Änderung in der Abteilung (Ausscheidung von Mitarbeitern, aber auch Personalzugänge mit Auflösung des StAUN Lüz) erfolgte eine Erweiterung des Teilnehmerkreises für die Rufbereitschaft.

Um eine aktuelle Einführung zur Rufbereitschaft für den erweiterten Teilnehmerkreis zu gewährleisten und gleichzeitig aktuelle Veränderungen des Rufbereitschaftsdienstes zu vermitteln, wurde am 26.10.2004 eine Informationsveranstaltung zur Rufbereitschaft durchgeführt. Außerdem wurde ein Fortbildungsseminar Ölschadensbekämpfung in Hoya besucht. Auf dieser Schulungsveranstaltung wurde über aktuelle Rechtsgrundlagen, die Aufgaben des Diensthabenden, die Organisation der Rufbereitschaft, die Zuständigkeit der Landkreise und kreisfreien Städte bei der Gefahrenabwehr, den Hochwassermeldedienst der Ostsee und das Havarie-Kommando Cuxhaven informiert.

Die Rufbereitschaft beinhaltet:

- Organisation der Bekämpfung von Schadstoffunfällen auf der Ostsee,
- Mitwirkung bei der Bekämpfung von wassergefährdenden Stoffen auf den Gewässern erster Ordnung, insbesondere der Elbe,
- die Auslösung von Maßnahmen zur Abwehr von Gefahrenanlagen durch Hochwasserereignisse in der Ostsee.

Für das Antihavarietraining wurden die Handlungsdokumente laufend gehalten und aktualisiert.

Dies umfasst insbesondere:

- Information über die Jahresübungs- und Schulungspläne (JÜSP) der Sonderstellen des Bundes- und der Küstenländer zur Bekämpfung von Meeresverschmutzungen,
- Abstimmung der logistischen und kommunikativen Voraussetzungen für die Gefahrenabwehr mit den unteren Wasserbehörden der Landkreise Ludwigslust und Nordwestmecklenburg sowie der kreisfreien Städte Schwerin und Wismar,



- Information über neue Aspekte der Gefahrenabwehr aus der Arbeit der IKSE und der Arbeitsgemeinschaft Elbe (ARGE),
- Mitwirkung bei der Umsetzung der Bund-Länder-Vereinbarung zur Bekämpfung von Meeresverschmutzungen und der Vereinbarung über die Errichtung des Havariekommandos zur Verbesserung des gemeinsamen Unfallmanagements,
- Abstimmung der Meldewege für Havarien mit wassergefährdenden Stoffen nach den Vorgaben der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe (IKSE) und zur Verbesserung des Ausbildungsstandes hinsichtlich Unfallmanagement nahmen zwei Mitarbeiter an einem 1-tägigen Lehrgang zur Arbeit mit dem computergestützten Programm „Vorsorgeplanung Schadstoffunfallbekämpfung (VPS)“ teil.

### **3.2.2 Dezernat 310 - Gewässeraufsicht, wasserbehördlicher Vollzug, Bodenschutz und Altlasten**

#### **3.2.2.1 Wasserbehördlicher Vollzug**

Für 34 Gewässerbenutzungen wurden wasserrechtlichen Erlaubnisse erteilt. Darunter waren zum Beispiel die für die Umverlegung des Ablaufes der Kläranlage Bad Kleinen in den Wallensteingraben, für die Erweiterung der Kläranlage in Mühlen-Eichsen und für die Kläranlage Alt Farpfen sowie mehrere Einleitungen von Abwasser aus biologischen Kleinkläranlagen sowie für diverse Niederschlagswassereinleitungen. 6 industrielle oder gewerbliche Indirekteinleiter erhielten die Genehmigung zur Ableitung ihres vorbehandelten Abwassers in eine öffentliche Kanalisation.

Unter den sonstigen wasserrechtlichen Entscheidungen waren u. a. solche zur Bestimmung von Inhalt und Umfang eines alten Wasserrechts und zur Festsetzung der Uferlinie. Ferner wurden Genehmigungen zur Lagerung wassergefährdender Stoffe in Hochwassergebieten und Deichvorländern (Heizanlagen für Eigenheime) ausgesprochen. 15 Genehmigungen zur Befahrung von bestimmten Gewässern mit Motorbooten wurden erteilt.

67 Genehmigungen bzw. Einvernehmenserklärungen an die zuständige Bauordnungsbehörde für Bauwerke an Gewässern wurden erteilt. Diese betrafen insbesondere Steganlagen und Bootsanleger, Bootshäuser, Brücken, sowie Kreuzungen bzw. Dükerungen von Gewässern erster Ordnung mit Versorgungsleitungen.

#### **3.2.2.2 Stellungnahmen als technische Fachbehörde**

Für die unteren Wasserbehörden bei den Landräten, Bürgermeistern der kreisfreien Städte sowie für das Umweltministerium, für Zweckverbände und private Vorhabensträger sind 150 fachtechnische Stellungnahmen erarbeitet und fachliche Beratungen erfolgt.

Schwerpunkte waren:

- Gewässerbenutzungen an Gewässern zweiter Ordnung und Benutzungen des Grundwassers, z. B. Brunnen für landwirtschaftliche Betriebe in Wangelin, Wendisch Priborn, Neuhof,
- Vorhaben, die Auswirkungen auf das Grundwasser haben können, z. B. Erdwärme Neustadt-Glewe und diverse kleine Wärmepumpenanlagen,
- Beurteilung von bestehenden oder beabsichtigten Nutzungen in Trinkwasserschutzgebieten (TWSG), z. B. Bauvorhaben, Wasserentnahmen, Kleinkläranlagen,
- Vorbereitung der Aufhebung von 45 nicht mehr benötigten TWSG in den Landkreisen Parchim und Ludwigslust

- Anpassung der TWSG-Unterlagen an die aktuellen Fachvorschriften, insbesondere WF Dorf Mecklenburg, WF Walsmühlen, WF Perlin, WF Klein Trebbow, WF Dassow-Prieschendorf, WF Wotenitz, WF Klütz, WF Groß Brütz, WF Parchim I und III, WF Ortkrug
- Mitwirkung bei der Erkundung und Sanierung von Boden- und Grundwasserverunreinigungen infolge des Umganges mit wassergefährdenden Stoffen, z. B. bei ehemaligen Tankstellen- bzw. Tanklagerstandorten und ehemaligen Gewerbebetrieben in Schwerin, Wismar, Hagenow und Ludwigslust,
- Mitwirkung in Verfahren aufgrund des Bundesimmissionsschutzgesetzes, z. B. mechanisch-biologische Abfallbehandlung Selmsdorf, Asphaltmischwerk Wismar, diverse Tierhaltungs- und Biogasanlagen
- Prüfung der von den abwasserbeseitigungspflichtigen Körperschaften vorgelegten Abwasserkonzepte bzw. deren Fortschreibungen, Beratung der Gemeinden und Zweckverbände in konzeptionellen Angelegenheiten und zu Fragen bei der Abwasserbeseitigungspflicht,
- Beteiligungen in bergrechtlichen Verfahren, insbesondere bei der Gewinnung von Kiessand, Erteilung des Einvernehmens nach § 109 LWaG für Kiessandentnahmen unter Herstellung eines Gewässers,
- Bewertung von über 70 Grundwasseruntersuchungsprogrammen und mehr als 150 Grundwasserbeobachtungsstellen, Kontrollbegehungen von Kiessandabbauflächen,
- Fachtechnische Begleitung von vier Torfabbauvorhaben und Vorhaben des Moorschutzprogramms M-V.

### **3.2.2.3 Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange**

Für 373 Stellungnahmen des Amtes in der Funktion als Träger öffentlicher Belange und als fachtechnische Behörde erfolgte eine Zuarbeit aus wasserwirtschaftlicher und bodenschutzrechtlicher Sicht. Neben zahlreichen Einzelvorhaben sind vor allem folgende Beispiele zu nennen:

- Flächennutzungspläne oder deren Änderungen waren z. B. zu beurteilen für Boltenhagen, Brüsewitz, Grabow, Grebbin, Hagenow, Holthusen, Klütz, Lüdersdorf, Selmsdorf, Wöbbelin und Zarrentin,
- Bebauungspläne wurden zum Beispiel vorgelegt von den Städten und Gemeinden Bobitz, Boltenhagen, Grieben, Hagenow, Leezen, Lehsen, Lübberstorf, Neukloster, Pingelshagen, Retgendorf, Schönberg, Selmsdorf, Utecht und Warsow,
- Bodenneuordnungsverfahren Glaisin, Rampe, Marnitz, Passow, Warsow, Werle u. a.,
- Andere Planungsrechtliche Verfahren: Planfeststellungsverfahren im Zusammenhang mit den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit (Ausbau von Bundesfernstraßen, z. B. Ortsumfahrung Schwerin und Ortsumfahrung Pampow, BAB 14 Magdeburg-Wittenberge-Schwerin).

### **3.2.2.4 Gewässeraufsicht und Störfälle**

200 Gewässerkontrollen wurden von den Mitarbeitern durchgeführt. Darin eingeschlossen ist die Überwachung und Abnahme baulicher Anlagen, z. B. Kleinkläranlagen einschließlich deren Einleitungsbauwerken und Anlagen zur Vorbehandlung von Abwasser. Ferner sind im Rahmen der Zuwendung von Fördermitteln für siedlungswasserwirtschaftliche Vorhaben in 110 Fällen Vor-Ort-Kontrollen durchgeführt worden.

20 Störfälle ereigneten sich insbesondere auf den Bundeswasserstraßen Elbe und Ostsee. Die Aufklärung erfolgte im engen Zusammenwirken mit anderen Ordnungsbehörden. In den meisten Fällen waren die Gewässerverunreinigungen auf ausgetretenes Öl und landwirtschaftliche Abprodukte, sowie häusliche Abwässer zurückzuführen. Bei den durchgeführten Ermittlungen wurde festgestellt, dass es in keinem Fall zu schwerwiegenden und nachhaltigen Schäden an Gewässern gekommen war. Eine Bekämpfung war wegen der

geringen Mengen ausgetretener wassergefährdender Stoffe nicht möglich oder nicht erforderlich. In Folge der lang anhaltenden hohen Temperaturen im Sommer kam es wegen Sauerstoffmangels im Wasser zu einigen örtlich und im Umfang begrenzten Fischsterben im Unterlauf rückgestauter Gewässerabschnitte und in Seen.

### **3.2.2.5 Behördliche Überwachung von Abwassereinleitungen**

Dem Dezernat 310 obliegt die Überwachung von 166 Abwassereinleitungen, eingebunden sind 4 Labore. Hierzu sind Verträge mit staatlich anerkannten Untersuchungsstellen abgeschlossen und Überwachungsaufträge erteilt worden. Die Überwachungsprogramme und -ergebnisse waren zu kontrollieren. Soweit es zu Überschreitungen von Überwachungswerten kam, waren ordnungsrechtliche Maßnahmen zu prüfen oder, bei Gewässern zweiter Ordnung, die zuständige Wasserbehörde zu informieren. Die Kosten der Überwachung waren den Abwassereinleitern aufzuerlegen. Hierzu sind 440 Kostenfestsetzungsbescheide erstellt worden.

### **3.2.2.6 Bodenschutz und Altlasten**

Die Arbeitsaufgaben im Bereich Bodenschutz/Altlasten konzentrieren sich im wesentlichen auf die

- Bearbeitung von Anträgen auf Freistellung von der Altlastenhaftung,
- Erstellung von Kostenerstattungsbescheiden im Rahmen der Altlastenhaftungsfreistellung
- Maßnahmen gemäß Freistellungsbescheiden und Kostenerstattungsbescheiden
- Einstellung von Freistellungsdaten in das AFM-Programm (Altlastenfreistellungsmanagement),
- Umsetzung des Bundes-Bodenschutzgesetzes entsprechend der Zuständigkeitsverordnung vom 24. Februar 1999,
- Bearbeitung von Fördermittelanträgen.

#### **Freistellung von der Altlastenhaftung**

Die Frist zur Stellung von Anträgen zur Freistellung von der Altlastenhaftung lief am 28. März 1992 ab. Die Zahl der eingereichten Freistellungsanträge bezifferte sich nach Übertragung der Zuständigkeit für den Landkreis Parchim auf 2275 Einzel- bzw. Sammelanträge. Bearbeitet wurden bisher 1692 Anträge, im Jahre 2004 46 Anträge. Die Reihenfolge der Bearbeitung erfolgte nach vorgegebenen Prioritäten.

#### **Kostenerstattungsbescheide**

Voraussetzung für eine Refinanzierung der anteiligen Kosten für die Beseitigung ökologischer Altlasten im Sinne von Gefahrenabwehrmaßnahmen ist ein positiver Freistellungsbescheid, der die Bedingungen entsprechend Verwaltungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den neuen Bundesländern erfüllt. Im Jahre 2004 wurden 8 Refinanzierungsbescheide mit einer Gesamtfinanzierungssumme von 152.000,00 € erstellt und umgesetzt.

#### **Fördermittelanträge**

Im Jahre 2004 wurden 3 Fördermittelanträge wie folgt mit einer förderfähigen Gesamtsumme von ca. 53.700 € bearbeitet:

1. Gefährdungsabschätzung Alte Feuerwache in Ludwigslust
1. Untersuchungen Altablagerungen im Territorium der LHS Schwerin
1. Monitoring im Bereich von Altstandorten und Altablagerungen Ludwigslust

Die endgültige Zustimmung zu den Anträgen obliegt dem Umweltministerium aufgrund einer Prioritätenliste auf Vorschlag der Bewilligungsbehörden.

#### Altlastenfreistellungsmanagement-Programm (AFM)

Das AFM-Programm wurde im Auftrag des Umweltministeriums von einem Ingenieurbüro erarbeitet. Hierbei wurde die bisher genutzte Datei der Freistellungsanträge ins neue Programm konvertiert. Im Bereich Bodenschutz/Altlasten werden laufend alle zur Freistellungsverwaltung notwendigen Daten in dieses Programm komplettiert. Insgesamt sind die Daten von 2272 Freistellungsanträgen bzw. Freistellungsbescheiden einzuarbeiten. Die Vervollständigung sämtlicher Angaben wird sich noch über einen längeren zeitlichen Rahmen erstrecken.

#### Bundes-Bodenschutzgesetz

Zweck dieses Gesetzes ist es, nachhaltig die Funktionen des Bodens zu sichern oder wieder herzustellen. Hierzu sind schädliche Bodenveränderungen abzuwehren, der Boden und Altlasten sowie hierdurch verursachte Gewässerverunreinigungen zu sanieren und Vorsorge gegen nachhaltige Einwirkungen auf den Boden zu treffen. Mit der zweiten Verordnung zur Änderung der Abfall-Zuständigkeitsverordnung vom 24. Februar 1999 sind die Staatlichen Ämter für Umwelt und Natur zuständig für die Durchführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes. Die auf Grund dieser Zuständigkeit im Dezernat bearbeiteten und betreuten Maßnahmen belaufen sich auf 31.

Weitere Arbeitsaufgaben sind:

- Mitarbeit zu den Amtstellungnahmen als Träger öffentlicher Belange zu Bauleitplänen,
- Erarbeitung von Werkverträgen mit Leistungsverzeichnis,
- Bearbeitung und Mitwirkung bei der Erfassung, Erstbewertung und Gefährdungsabschätzung von Altlastverdachtsflächen,
- Mitwirkung und Bearbeitung bei der Erfassung und Untersuchung von militärischen und Rüstungsaltlasten,
- Erstellung von Prioritätenlisten für die Sicherung, Sanierung und Überwachung von Altlasten in Zusammenarbeit mit kommunalen Gebietskörperschaften,
- fachliche Stellungnahmen zu Gefährdungsabschätzungen und Altlastensanierungen auf Antrag,
- fachliche Mitwirkung bei der Sicherung und Sanierung von Deponien,
- Beratung und Bereitstellung von Altlasteninformationen und anderen Datenträgern entsprechend § 25 Abfallwirtschaftsgesetz,
- Erarbeitung von Auskunftsdokumenten und Statistiken für Umweltministerium und LUNG und
- Überwachung von Altlastverdachtsflächen und Altlasten .

#### **3.2.2.7 Bedeutsame Vorhaben Bodenschutz und Altlasten**

##### Altlastenhaftungsfreistellung und Refinanzierung

Auch im zurückliegenden Jahr waren im Rahmen der Altlastenhaftungsfreistellung und Refinanzierung folgende Vorhaben in der weiteren Bearbeitung bedeutsam:

- Alubau Wismar
- REIKO Schwerin
- Total Deutschland GmbH (Tankstellen, Tankläger).

#### Bundes-Bodenschutzgesetz

Im Rahmen des Bundes-Bodenschutzgesetzes wurde 2004 folgende Vorhaben prioritär bearbeitet:

- Ehemalige chemische Reinigung Mergel
- Ehemalige WGT-Liegenschaft Gartenstadt (Schwerin)
- Ehemalige WGT-Liegenschaft Schwerin-Görries
- Ehemalige WGT-Liegenschaft Stern Buchholz.

### **3.2.3 Dezernat 311 - Zentrale Stelle Abwasserabgabe / Wasserentnahmeentgelt (ZStAbwAg/WEE)**

#### **3.2.3.1 Aufgaben der ZStAbwAg/WEE**

Der Zuständigkeitsbereich der ZStAbwAg/WEE umfasst das Gebiet Mecklenburg-Vorpommern. Zuständige Behörden für die Durchführung des Abwasserabgabengesetzes sowie des Ausführungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern zum Abwasserabgabengesetz sind gemäß § 13 Abs. 1 die Staatlichen Ämter für Umwelt und Natur bei Einleitungen in Gewässer erster Ordnung. Für die StÄUN Rostock, Neubrandenburg, Stralsund und Ueckermünde werden die Festsetzungsbescheide zur Erhebung der Abwasserabgabe durch die ZStAbwAg/WEE vorbereitet. Bei Gewässern zweiter Ordnung und Kleineinleitungen nehmen die Landräte und Bürgermeister (Oberbürgermeister) der kreisfreien Städte als untere Wasserbehörden die Abgabenerhebung vor. Ebenfalls werden durch die ZStAbwAg/WEE die Festsetzungsbescheide zur Erhebung des Wasserentnahmeentgeltes gemäß § 16 Wassergesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die weiteren StÄUN vorbereitet.

#### **3.2.3.2 Festsetzung der Abwasserabgabe, einschließlich Zulassung von Messprogrammen im Sinne des § 4 Absatz 5 AbwAG**

##### StÄUN Schwerin

Für das Einleiten von Abwasser in ein oberirdisches Gewässer oder in das Grundwasser ist eine Abgabe zu entrichten. Die Abwasserabgabe soll zur Reinhaltung der Gewässer beitragen. Die Höhe der festgesetzten Abwasserabgabe im Jahr 2004 für Einleitungen in Gewässer erster Ordnung beläuft sich auf 269.750,00 Euro. Aufgrund von umfangreichen Verrechnungsmöglichkeiten konnte eine Summe in Höhe von 263.282,00 Euro mit getätigten Investitionen verrechnet werden.

Ein Beispiel hierfür:

Der Zweckverband Wismar führte den Neubau der Abwasserbehandlungsanlagen Kirchdorf, Dorf Mecklenburg und Bobitz durch. Die Aufwendungen für diese Maßnahmen betrugen 2.445.202,00 €. Somit konnte der Zweckverband Wismar die geschuldete Abwasserabgabe gegen die entstandenen Aufwendungen der Veranlagungsjahre 1999 bis 2003 verrechnen. Von der festgesetzten Abwasserabgabe in Höhe von 72.045,00 € konnte der Zweckverband Wismar 70.362,00 € verrechnen. Die Differenz in Höhe von 1.683,00 € konnte auf Grund der nicht verrechenbaren Anteile der Abwasserabgabe nicht anerkannt werden.

### **3.2.3.3 Vorbereitung der Festsetzungsbescheide für die STÄUN Rostock, Stralsund, Neubrandenburg und Ueckermünde**

Für die in der Überschrift genannten Staatlichen Ämter für Umwelt und Natur werden die Festsetzungsbescheide, einschließlich Verrechnung entsprechend der folgenden Tabelle vorbereitet :

<b>STAUN</b>	<b>festgesetzte Abwasserabgabe in Euro (entsprechend den durchgeführten Anhörungsverfahren)</b>
Rostock	<b>1.538.211,00</b>
Stralsund	<b>689.424,00</b>
Neubrandenburg	<b>403.459,00</b>
Ueckermünde	<b>599.677,00</b>

Anzumerken ist, dass teilweise noch Festsetzungsbescheide bis ins Veranlagungsjahr 1996 rückwirkend vorbereitet werden mussten.

#### **Zulassung von Messprogrammen**

Das Abwasserabgabengesetz ermöglicht dem Abgabepflichtigen gegenüber der zuständigen Behörde zu erklären, dass er im Veranlagungszeitraum, der nicht kürzer als drei Monate sein darf, einen niedrigeren Wert als den im Bescheid festgelegten Überwachungswert oder eine geringere als die im Bescheid festgelegte Abwassermenge einhalten kann. Die Einhaltung des erklärten Wertes ist entsprechend den Festlegungen des Bescheides für den Überwachungswert durch ein behördlich zugelassenes Messprogramm nachzuweisen.

Wird die Einhaltung des erklärten Wertes im Rahmen des zugelassenen Messprogramms nachgewiesen, wird dies der Abgabeberechnung zugrunde gelegt. Im Ergebnis kann für den Abgabepflichtigen u.U. eine geringere Abwasserabgabe festgesetzt werden.

Insgesamt wurden 14 Messprogramme im Veranlagungsjahr 2004 für Gewässer I. Ordnung sowie 54 Messprogramme für Gewässer II. Ordnung im Zuständigkeitsbereich des StAUN Schwerin zugelassen.

### **3.2.3.4 Bearbeitung von Erstattungsanträgen**

Erstattungsanträge im Sinne des § 10 Abs. 3 AbwAG beinhalten einen Anspruch des Abgabepflichtigen auf Rückzahlung bereits gezahlter Abwasserabgabe, wenn dieser z.B. eine Abwasserbehandlungsanlage errichtet oder erweitert oder das Abwasser einer vorhandenen Einleitung einer Abwasserbehandlungsanlage zuführt, die den Anforderungen des § 18b Wasserhaushaltsgesetz (WHG) entspricht oder angepasst wird. Die Bearbeitung umfasst die sachliche und rechnerische Prüfung. Im Jahr 2004 wurden 25 Erstattungsanträge nach § 10 Abs. 3 - 5 AbwAG gestellt und davon 20 abgearbeitet. Eine Erstattung gegenüber den Abgabepflichtigen erfolgte in Höhe von 105.450,00 €.

### **3.2.3.5 Festsetzung der Kosten für entstandenen Verwaltungsaufwand bei den Landräten der Landkreise bzw. Oberbürgermeistern/ Bürgermeister der kreisfreien Städte**

Der durch den Vollzug des LWaG, des AbwAG und des Ausführungsgesetzes (AbwAG M-V) entstandene Verwaltungsaufwand wird aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe bzw. Wasserentnahmeentgelt gedeckt. Die Erstattung des Verwaltungsaufwandes erfolgt auf Antrag gegenüber den Landkreisen und kreisfreien Städten. Insgesamt wurden im Jahr 2004 18 Anträge zur Erstattung des Verwaltungsaufwandes Vollzug AbwAG/WEE gestellt, diese sind alle abschließend bearbeitet worden. Es wurde in Höhe von 28.016,00 € Verwaltungsaufwand gegenüber den Landkreisen und kreisfreien Städten erstattet.

### **3.2.3.6 Betreuung der Hard- und Software „ Berechnung der Abwasserabgabe“**

18 PC-Arbeitsplätze werden bei den unteren Wasserbehörden der Landkreise und kreisfreien Städte und 6 PC-Arbeitsplätze bei den StÄUN betreut. Günstig hat sich dabei der zunehmende Vernetztheitsgrad der PC-Technik ausgewirkt.

### **3.2.3.7 Stellungnahmen im Rahmen von Widerspruchsverfahren, Klageverfahren**

Das Umweltministerium M-V hat in einem Widerspruchsverfahren eine Stellungnahme von der ZStAbwAg/WEE angefordert. Im Rahmen der Amtshilfe wurden in diesem Jahr vier Stellungnahmen gegenüber den Landkreisen als untere Wasserbehörde abgegeben.

### **3.2.3.8 Festsetzung des Wasserentnahmeentgeltes**

Das Land erhebt von den Benutzer eines Gewässers ein Entgelt für folgende Benutzungen:

1. Entnehmen und Ableiten von Wasser aus oberirdischen Gewässern.
2. Entnehmen, Zutagefördern, Zutageleiten und Ableiten von Grundwasser.

Das festgesetzte Wasserentnahmeentgelt betrug im Jahr 2004 242.549.00 € für Gewässer I. Ordnung. Die notwendigen Festsetzungsbescheide wurden durch die ZStAbwAg/WEE vorbereitet.

### 3.2.4 Dezernat 320 – Gewässerverwaltung, Hochwasser- und Küstenschutz

#### 3.2.4.1 Kennziffern

Der Unterhaltungslast unterliegen folgende landeseigene Anlagen:

- Landesschutzdeiche, Gewässer erster Ordnung und wasserwirtschaftliche Anlagen
  - Landesschutzdeiche (km) 158,2
  - Gewässer erster Ordnung (km) 308,3
  - Wasserwirtschaftliche Anlagen (Anzahl) 116
  - davon: Schöpfwerke 11
  - Wehre 49
  - Talsperren 1
  - Fischaufstiegsanlagen 7
  - sonstige Hochwasserschutzanlagen 48
- Küstenschutzanlagen
  - Küstenschutzdeiche (km) 2,4
  - Buhnen (Anzahl) 17
  - Hochwasserschutzdünen (km) 4,8
  - Küstendeckwerk (km) 1,7
  - Küstenschutzwald (ha) 28,7

Das Amt hat einschließlich der Insel Poel insgesamt eine Küstenlänge von 132,2 km zu betreuen.

Mit der Zuordnung des Landkreises Parchim zum 01.04.2004 wurden die Gewässer Warnow und Mildenitz übernommen.

Von der Elbe und deren Rückstau in die Nebenflüssen wird unmittelbar ein Gebiet beeinflusst, dass in

- ungeschütztes Überschwemmungsgebiet mit 12.189 ha,
  - teilgeschützte Flächen (Flut- und Sommerpolder) mit 2.763 ha,
  - hauptdeichgeschützte Flächen mit 10.180 ha
- unterschieden wird.

Das Gesamtschadenspotential im Hochwassergefährdungsgebiet der Elbe beträgt ca. 350 Mio. EUR.

Zur Bestimmung der Wasserstände, Abflussmengen und der Belastung des Wassers werden

- 68 Pegel,
- 129 Grundwassermessstellen und
- 118 Gütemessstationen

betrieben. Das landeseigene Anlagevermögen beträgt ca. 300 Millionen EUR.



## Haushaltsinanspruchnahme (Angaben in TEUR)

	Inanspruchnahme 2003	Planansatz 2004	voraus. Ist 31.12.2004
Staatlicher Wasserbau	3.628,5	4.100,4	3.659,9
Aufbauhilfsfonds Bau Hochwasser Elbe	1.295,3	3.920,0	2.289,3
Technische Vorplanung Wasserbau	219,1	313,5	313,5
Aufbauhilfsfonds Technische Vorplanung HW Elbe	238,7	500,0	500,0
Küstenschutz	149,7	90,0	8,4
Technische Vorplanung Küstenschutz	0	0	0
Unterhaltung und Energie staatlicher Wasserbau	868,0	1.441,6	1.290,0
<b>Gesamt:</b>	<b>6.393,3</b>	<b>10.365,5</b>	<b>8.061,1</b>

Für die investiven Maßnahmen werden die finanziellen Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe Bund/Länder zur Förderung der Agrarstruktur und zum Küstenschutz und für die Unterhaltung aus dem Landeshaushalt bereitgestellt. Die Differenz zwischen dem Planansatz und dem voraussichtlichen Ist ergab sich aus erheblich geminderten Baupreisen. Alle geplante Maßnahmen wurden im wesentlichen realisiert.

### 3.2.4.2 Unterhaltung

Die jährlichen Arbeiten der Deichmahd und Gewässerkräutung werden in mehreren Teilaufträgen ausgeführt.

Die Deiche werden zweimal jährlich gemäht, das Mähgut entsorgt. Mit Schäferereien bestehen Verträge zur Schafhaltung auf den Deichen, zum größten Teil einschließlich der Deichpflege.

Die Sohlen und Böschungen der Gewässer werden meist einmal im Jahr gekrautet bzw. gemäht, auf einigen Abschnitten sind zwei Schnitte erforderlich. Wechselweise werden Teilbereiche aus ökologischen Gründen von der Kräutung und Mahd ausgenommen.

Da der Böschungsabtrag in der Sude oberhalb von Mahnkenwerder den Deich des Flutpolders Gothmann-Bandekow gefährdete, erfolgte nach 2003 ein weiterer Abschnitt zur Böschungsstabilisierung mit Schotter/Maschendraht-Paketen.

Beton- und Korrosionsschutzarbeiten erfolgten am Wehr Grönings im Wallensteingraben.

In Vorbereitung des Antrages zur Anlagen- und Leitungsgenehmigung wurde das Fernmeldemessnetz der Polderleitstelle Boizenburg eingemessen.

Der Bisamfang durch 4 private Fänger wurde in Gebieten fortgesetzt, in denen die Sicherheit der Deiche durch Bisambauten gefährdet werden kann. Der Fang entspricht mit ca. 800 Tieren in etwa dem des Vorjahres.

Auf den Frühjahrs- und Herbstdeichschau an der Elbe und im Rahmen der Küstenbereisung konnte durch die etwa 120 Teilnehmer ein ordnungsgemäßer Unterhaltungszustand der wasserwirtschaftlichen Anlagen, Gewässer, Deiche und Dünen bestätigt werden.

### 3.2.4.3 Staatlicher Wasserbau

Zwei Jahre nach der Elbeflut vom August 2002 wurden weitere Hochwasserschutzmaßnahmen realisiert, die sich als Schwachpunkte im Hochwasserschutzsystem erwiesen hatten.

Bisher war der Hochwasserschutz in den Ortslagen Bandekow und Gülze nur begrenzt durch die Deiche der Flutpolder Gothmann-Bandekow und Blücher gewährleistet. Hochwasser in der Elbe und dessen Rückstau in die Sudeniederung führten oftmals zur Flutung dieser

Polder. Dann waren die Wohnhäuser in diesen Orten gefährdet. Mit dem Bau der **Ringdeiche Gülze und Bandekow**, der im Herbst 2002 begann, wird zukünftig für die Orte ein sicherer Schutz gegen das eisfreie Bemessungshochwasser der Elbe gewährleistet. Die beiden Bauabschnitte gegenüber dem Flutpolder Blücher wurden bereits im Sommer 2003 fertiggestellt. Im Herbst 2003 begannen die Arbeiten an den restlichen zwei Bauabschnitten im Bereich des Flutpolders Gothmann-Bandekow. Die Rohbaudeichkörper wurden bis Ende 2003 hergestellt und im Juni 2004 wurde die Baumaßnahme abgeschlossen.

Die Bauabnahme erfolgte durch den Umweltminister am 3. Juni 2004. Insgesamt wurden mit diesem Vorhaben 4,2 km Deiche errichtet. Dazu wurden 73.000 m<sup>3</sup> Erdstoff eingebaut. Es wird in den Ortslagen Gülze und Bandekow eine Fläche von 53 ha geschützt. Durch das Land Mecklenburg-Vorpommern und den Bund wurden 2,86 Mio. EURO investiert.

Mit dem 3. Bauabschnitt im nördlichen Hafenbereich von Boizenburg wurde im August 2004 eine 280 m lange Hochwasserschutzwand fertiggestellt. Das Vorhaben **Hochwasserschutz Hafen Boizenburg** wird als gemeinsame Maßnahme mit der Stadt Boizenburg umgesetzt. Die Kommune ist für die städtebauliche Einordnung zuständig. Durch den Ministerpräsidenten wurde das Boizenburger Hafenforum am 12.08.2004 eingeweiht. Zwei weitere Bauabschnitte sind noch auszuführen, um die Maßnahme Hochwasserschutz Hafen Boizenburg abzuschließen. Mit dem 4. Bauabschnitt an der Stirnseite des Hafens wurde im Herbst 2004 begonnen.

Die Sanierung der **Löcknitzumfluterdeiche** bei Dömitz wurde mit zwei weiteren Bauabschnitten fortgesetzt. Der Kostenaufwand betrug 950 T€.

Während des August-Hochwassers der Elbe zeigten sich im Elbedeich oberhalb von Dömitz für die Standsicherheit des Deiches erhebliche und gefährliche Sickerströme. Mit einer **Dichtwand** von 8 m Tiefe auf einer Länge von 1,8 km wurde dieser Schwachpunkt im Hochwasserschutzsystem beseitigt.

Nachdem durch das Land Schleswig-Holstein der Elbedeich Lauenburg im Jahre 2003 saniert wurde, erfolgte die Sanierung des sich an der Landesgrenze anschließenden **Elbedeiches Horst** in diesem Jahr. Der Deich mit einer Länge von 2,6 km wurde verbreitert und erhielt auf der luftseitigen Berme einen Deichverteidigungsweg.

Am **Sudeabschlusswehr** in Boizenburg wurde ein weiterer Bauabschnitt zur Sanierung des Bauwerkes ausgeführt. Die Spundwand erhielt einen Korrosionsschutzanstrich und der Beton der Brücke über dem Wehr wurde behandelt.

Weitere Hochwasserschutzmaßnahmen, wie die Sanierung des rechten Sudedeiches im Polder Boizenburg, die Sanierung des Röthdeiches und des linken Sudedeiches Timkenberg wurden begonnen und werden im Jahre 2005 fertiggestellt. Die Bauarbeiten werden so gestaltet, dass bei Eintritt von Winterhochwasser in der Elbe keine zusätzliche Gefährdung entsteht.

Damit wurden aus dem seit 1992 laufenden **Hochwasserschutzprogramm Elbe** bis einschließlich 2004 49,3 Mio. € baulich umgesetzt.

An der Warnow und Mildenitz wurden mit dem Umgehungsgerinne an der Mühle Dobbartin und der Optimierung des Wehres Vorbeck weitere Maßnahmen zur Realisierung der biologischen Durchgängigkeit sowie zur naturnahen Gestaltung der Fließgewässer realisiert. Der Kostenaufwand beträgt 220 T€. In Zusammenarbeit mit dem Naturschutz, der die erforderlichen finanziellen Mittel für die Fischaufstiegsanlage Rothen/Mildenitz bereitstellte, wurde ein weiterer Abschnitt der Mildenitz ökologisch durchgängig gestaltet.

Die **technische Vorplanung** konzentrierte sich neben den o. g. Vorhaben auf:

- den Hochwasserschutz für Kaliß und Heiddorf,
- die Sanierung des linken Sudedeiches,
- die Sanierung des rechten und linken Löcknitzumfluterdeiches und
- auf weitere Maßnahmen zum Hochwasserschutz Boizenburg.

#### 3.2.4.4 Küstenschutz

Bauliche Maßnahmen erfolgten nicht. Die Kosten wurden für die Eigentumsregelungen von ausgeführten Maßnahmen eingesetzt. Mit der Auflösung des Amtes Gägelow gelang es nicht die Ersatz- und Ausgleichsmaßnahme für die Strandaufspülung Schwarzer Busch im Jahre 2004 umzusetzen.

#### 3.2.4.5 Genehmigungen und Stellungnahmen

Es wurden 180 Stellungnahmen als

- fachtechnische Stellungnahmen und als
- Beiträge zu Stellungnahmen des Amtes als Träger öffentlicher Belange und zu Gutachten bearbeitet.

Fachtechnische Stellungnahmen erfolgten zu Brückenbauten, Steg- und Bootsanlegern, Ausbau und Unterhaltung von Gewässern zweiter Ordnung, zu baulichen Anlagen und Einzelbauvorhaben sowie zu naturschutzfachlichen Maßnahmen in Küsten- und Überschwemmungsgebieten. Die Genehmigungen bzw. Einvernehmenserklärungen betrafen Kreuzungen bzw. Dükerungen von Gewässern erster Ordnung, Befahren von Landesschutzdeichen aus zwingenden Gründen sowie Bauten in Überschwemmungsgebieten.

#### 3.2.4.6 Hochwasserschutz

##### 3.2.4.6.1 Küste

Das Jahr 2003 war geprägt durch ruhige Sturmflutperioden der Ostsee. Es kam zu keinen wesentlichen Schäden an den Küstenschutzanlagen.

##### 3.2.4.6.2 Binnengewässer

Nachdem in den Jahren 2002 und 2003 extreme Hochwasserereignisse in der Elbe auftraten, mussten in diesem Jahr keine derartigen Ereignisse registriert werden.

An der Hochwasserschutzwand Hafen Boizenburg und am Absperrbauwerk Dove Elbe wurden Tafeln mit den extremen Wasserständen vom August 2002 und Januar 2003 sowie den Bemessungshochwasserständen angebracht. So können sich durch das Elbehochwasser betroffene Bürger und alle Interessenten sowie die für den vorbeugenden Hochwasserschutz und für die Hochwasserabwehr Zuständigen anschaulich informieren, wie hoch und gefährlich die Elbe in jüngster Vergangenheit angestiegen war und auf welchen Wasserstand mit einem Wiederkehrintervall von ca. 100 Jahren sich die Gesellschaft einstellt.

Die Konzeption Hochwasserschutz Elbe und deren Rückstaugebiete in Mecklenburg-Vorpommern wird überarbeitet und zum **wasserwirtschaftlichen Fachplan** erweitert.

Die öffentliche Auslegung hat stattgefunden und die FFH-Verträglichkeitsprüfung wurde für konzipierte Hochwasserschutzvorhaben durchgeführt. Derzeitig werden die noch offenen Vorhaben durch eine Projektgruppe im StAUN bearbeitet und soweit angearbeitet, dass dem Umweltministerium M-V Entscheidungsvorschläge vorgelegt werden können.

In Auswertung der Elbeflut musste festgestellt werden, dass sich die Rauigkeiten im Hochwasserabflussprofil der Elbe in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten erheblich erhöht haben. Es konnte ein Anstieg beim Bemessungshochwasser um ca 0,5 m nachgewiesen werden. Hauptproblem ist die zunehmende Verbuschung im Abflussprofil. Mit der Bearbeitung eines Gehölzmanagementplanes wurde begonnen.

Es ist vorgesehen, die Hochwasserschutzmaßnahmen bis zum Jahre 2010 abzuschließen. Dafür sind nach dem Jahre 2004 noch ca. 24 Mio.€ durch das Land mit Förderung des

Bundes zu investieren. Um diese Aufgaben absichern zu können, sind drei zusätzliche Sachbearbeiter befristet eingestellt.

Durch die Arbeitsgruppe Hochwasserschutz Elbe der IKSE wurde nach einvernehmlicher Abstimmung mit der tschechischen Delegation die Dokumentation des Hochwassers vom August 2002 im Einzugsgebiet der Elbe erarbeitet, an dem das Land Mecklenburg-Vorpommern mitwirkte. Diese Dokumentation bestätigte die Internationale Kommission zum Schutz der Elbe im Oktober 2004. Mit diesem Bericht über das dramatische Ereignis wird das gesamte Elbeeinzugsgebiet erfasst und alle Aspekte von der Entstehung des Naturereignisses bis hin zu seinen erschütternden Folgen dargestellt.

Ausgewählte Hochwasserschutzmaßnahmen:



Hochwasserschutzwand Boizenburg



Ringdeiche Gülze - Bandekow

### 3.2.5 Dezernat 330 – Siedlungswasserwirtschaft

Arbeitsschwerpunkte sind die Genehmigung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen gemäß § 38 Wassergesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern (LWaG) sowie die baufachliche Prüfung von Fördermittelanträgen nach ZBau zu § 44 VV-K der LHO M-V. Aufgaben als fachlich zuständige technische Prüfbehörde werden auch für das Wirtschafts- und Arbeitsministerium wahrgenommen, zum Beispiel bei der Förderung von Erschließungsmaßnahmen im Rahmen der Städtebauförderung und der gewerblichen Ansiedlung.

Weitere Arbeitsschwerpunkte sind:

- Fachliche Begleitung aller genehmigten und geprüften Bauvorhaben bis zur Inbetriebnahme,
- fachliche Mitwirkung bei der Erstellung von Amtstellungen für die Bauleitplanung und
- Bearbeitung fachtechnischer Stellungnahmen für Baumaßnahmen in der Zuständigkeit der unteren Wasserbehörden

### 3.2.5.1 Bedeutsame Vorhaben und Ergebnisse

- Wasserversorgung

Vorhaben / Baumaßnahmen	Einwohnerwerte im Versorgungsgebiet	
	(EW)	Bausumme T €
WW Carlow, Erneuerung Technologie und E-/MSR-Technik	7.300	1.000,0
Erneuerung Druckstation Schwerin-Gr. Dreesch Teil II	23.000	358,0
Wasserwerk Rehna Neubau	8.500	2.300,0
Erweiterung Gruppenwasserversorgung Plau – Anschluss Ganzlin an Plau		366,0
Wasserversorgung Gallin 1./2. BA		181,0
Kleinw.aufbereitungsanlage Stintenburg Insel	10	110,5
Trinkw.transport.ltg. + ORN Volzrade	150	188,0
Wasserwerk Rodenwalde Aus- + Umbau	7.206	600,3
Erneuerung RWB Wasserwerk Neustadt-Glewe	10.200	289,4

- Abwasserentsorgung

Vorhaben / Baumaßnahmen	Einwohnerwerte im Entsorgungsgebiet (EW)	Bausumme T €
Erweiterung des ZKW Radegast um 1 SBR und 1 Vorlagebehälter und 1 kompakten Vorreinigungsanlage	22.000	1.130,0
Errichtung der KA Badow	2.000	800,0
MW-Staukanal Schwerin, Sand- und von-Thünen-Straße	540	722,3
Abw.-entsorgung i. Raum Ventschow, ÜL z. KA Bad Kleinen	1.785	4.085,0
AW-Ents. Westlicher Teil des Amtes Rehna 1. und 2. BA	4.930	7.560,0
Bau der OE und KA Gammelin	350	1.350,0
Bau der OE und KA Kneese	350	1.200,0
SW-Entsorgung Stepenitztal 2. BA mit Erweiterung der KA Mühlen Eichsen um 1 Vorlagebehälter und 1 SBR	3.000	2.330,0
(Fertigstellung) KA Domsühl / Severin	1.800	1.552,0
Neubau KA Spornitz	1.600	996,0
Ortsentwässerung Brüel (Weg z. Roten See 2. BA)	103	424,0
Kanalisation Spornitz	1.098	1.251,0
Stadtentwicklung Sternberg 13. BA Pastin	180	610,0
AW Techentin	250	806,0
Sanierung Speicherbecken auf der KA Schwerin-Süd Vol. 11.000 m³	-	945,0
Erschließung Neue Gartenstadt (Mitte) in Schwerin	3.600	1.200,0
OE Goldebee / Gamehl	320	1.118,0
Sanierung MW-Kanali. Goethestraße in Schwerin	-	385,0
OE Bössow / Thostorf mit Neubau KA	225	687,8
OE Roggenstorf mit KA	280	802,1
OE Roduchelstorf mit KA	288	1.162,5
OE Niendorf mit KA	200	508,0
AW Dreilützow incl. DRL nach Wittenburg	516	1.240,0
AW Boizenburg 18. und 19. BA und Elbberg	573	2.215,0
AW Wittenburg Poststraße	52	207,0
AW Wittenburg Gartenweg, Amtsberg, Am Wall	129	342,0
AW Entsorg. Nord Lassahn, Neuhoof etc. bis KA Zarrentin	1.350	3.344,0
AW Ferdinand-Schill-Straße Lübz	100	301,0
KA Zierzow	1.800	846,0
OE Zierzow im Bereich L 08	300	730,6
OE Neustadt-Glewe, Thälmann-Str., Mittelstr., Sandstr. ...	400	273,4
OE Fahrbinde	360	414,5
OE Parum + SBR-KA	200	626,0
OE Retgendorf Oberdorf	150	330,8
OE Wessin + SBR-KA	500	650,0
KA Crivitz, Umbau zur SBR-Anlage	6.000	180,0
OE Ludwigslust, Pl.d.Friedens, 2. Wasserstr., Klenower Str.	340	392,1
OE Grabow Mühlenstr., Prisl.Str., Wasserstr., Grüner Steig	180	353,2

Die o. g. Maßnahmen werden dazu beitragen, den Anschlussgrad der Bevölkerung an die zentrale Abwasserentsorgung im Amtsbereich auf etwa 83 % zu erhöhen und gleichzeitig die Einstufung der Gewässer in die Güteklasse II und besser zu erreichen. Das ist auch die Zielstellung des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

- Siedlungswasserwirtschaft (§ 38 LWaG)



Vorhaben / Baumaßnahmen	Anzahl	Investitionen Bausumme €
Eingegangene Genehmigungsanträge	136	
Erteilte Genehmigungen	128	56.092.507,32
davon Wasserversorgung	31	14.739.180,00
davon Abwasserbeseitigung	97	41.356.327,30
Teilbaugenehmigungen	1	
Bauvoranfragen	3	
Prüfverzicht - genehmigungsfreie Vorhaben	29	
Vorgenommene Bauabnahmen		
Bauüberwachung / Baukontrollen / Zwischenabnahmen	261	

Die fertiggestellten Abwasserbehandlungsanlagen und die damit verbundenen beachtlichen Investitionssummen haben die Gewässerbeschaffenheit weiter positiv beeinflusst. Zur nachhaltigen Verbesserung der Wasserqualität der Schweriner Seen wurden seit der Wende über 81 Mio. EUR aufgewendet, davon rund 43 Mio. EUR für die Kläranlage Schwerin-Süd. Die aktuelle Badegewässergütekarte für Mecklenburg-Vorpommern unterstreicht die oben aufgeführten Erfolge in der Verbesserung der Wasserbeschaffenheit.

Im Oktober 2004 wurde die letzte Abwassereinleitung in den Schweriner See außer Betrieb genommen: Die Stilllegung der Ablauffeitung der Kläranlage Bad Kleinen (Kapazität 6.500 Einwohnerwerte). Die Abwässer wurden bis dahin in den Schweriner Außensee eingeleitet. Der Zweckverband Wismar hat mit einer Förderung durch das Umweltministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern eine neue Ablauffeitung verlegen lassen, die jetzt die Kläranlage Bad Kleinen mit dem Wallensteingraben verbindet. Ab diesem Zeitpunkt ist der gesamte Schweriner See abwasserfrei.

- Fachtechnische Stellungnahmen

	Anzahl
Fachtechnische Stellungnahmen an kreisfreie Städte und Landkreise	44
Stellungnahmen zur Bauleitplanung (F- und B-Pläne / Vorhaben- und Erschließungspläne / Änderungssatzungen)	59
DIN / DVGW / ATV-DVWK-Regelwerk (Stellungnahmen)	1
Sonstige (andere Fachabteilungen / Ing.-büros)	53
Konsultationen und Besprechungen i. R. der Vorbereitung von Planung und Baudurchführung mit Verbänden, Ing.-büros und Fachbehörden	163

### 3.2.5.2 Baufachliche Stellungnahmen zu Fördermittelanträgen und Prüfung der Verwendung bewilligter Zuschüsse



### 3.2.5.2.1 Fördermittel des Umweltministeriums und des Europäischen Garantie- und Ausrichtungsfonds für die Landwirtschaft sowie des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung

Für Baumaßnahmen der Siedlungswasserwirtschaft -Wasser und Abwasser - wurden insgesamt 51 Fördermittelanträge baufachlich geprüft.

Ausgereichte Fördermittel	21,3	Mio. EUR
darin enthalten sind Verpflichtungsermächtigungen		
für 2002 in Höhe von	11,6	Mio. EUR
mit vorgenannten Zuwendungen wurden Investitionen		
ausgelöst in Höhe von	39,8	Mio. EUR

Mit der Bewilligung der Zuschüsse war die Bearbeitung von insgesamt 105 Zahlungsanforderungen verbunden.

Ferner wurden 26 Stellungnahmen zu Änderungsanträgen erteilt, 24 Zwischennachweise und 71 Verwendungsnachweise geprüft. Darüber hinaus wurden 67 sog. begleitende und Vor-Ort-Kontrollen unter Beachtung des 4-Augen-Prinzips durchgeführt.

### 3.2.5.2.2 Fördermittel des Wirtschaftsministeriums zur Förderung von Maßnahmen aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“

Hier wird auf den Beitrag der Siedlungswasserwirtschaft an der Entwicklung der regionalen Wirtschaft im westlichen Teil des Landes hingewiesen. Von 6 eingereichten Anträgen wurden 5 geprüft. In den bearbeiteten Anträgen für die gewerbliche Wirtschaft wurden 2.205.620,00 EUR als angemessene Kosten festgestellt. Mit diesen Zuschüssen wurden für 2.470.300,00 EUR Investitionen ausgelöst. Es wurden weiterhin 5 Verwendungsnachweise geprüft und 2 Änderungsanträge bearbeitet. In der Bauüberwachung nach Nr. 8 ZBau wurden 15 Objekte begleitet.

Es sind folgende Maßnahmen von Bedeutung:

Baumaßnahmen	Bausumme T €
Kläranlage für die Tank- und Raststätte Fuchsberg an d. A 20	782,0
KA Hagenow 6. BA TO Schlammbehandlung	387,0
Erschließung GE Industriestraße Gadebusch	1.440,0
Erschließung GE Nienmarker Damm in Cramonshagen	119,0
OT Neues Dorf	
KA Domsühl / Severin	1.552,0
B-Plan Nr. 5 – Erschl. Industriegebiet Glasin an der BAB Neukloster	440,0
Erschließung „Alter Hafen“ Wismar 2. und 3. BA	1.347,0
Entwässerung L 12 Ortsdurchfahrt Wismar Inselstraße	281,8
KA Dassow 2. BA Erweiterung auf 20.000 EW	2.187,0
Trinkwasserdruckleitung Klütz-Tarnowitz-Wohlenberg	1.660,0
Erschl. B-Plan 12 Gewerbe- und Industriepark Lüdersdorf	1.007,0
Flughafen Parchim RKB I	448,8
Flughafen Parchim 2. Ausbaustufe RKB III	2.480,3
Erweiterung KA Boizenburg	4.349,0
Erschl. Industrie-u. Gewerbegebiet Lederwerk Neustadt-Glewe	1.535,1

### 3.2.5.2.3 Fördermittel des Ministeriums für Arbeit und Bau

Der Beitrag für die Städtebauförderung umfasste die Prüfung von 1 Antrag. Als festgestellte angemessene Kosten wurden darin 354 T EUR ausgewiesen. Damit konnten für 397 T EUR Investitionen ausgelöst werden.

Fünf Objekte wurden der Bauüberwachung nach Nr. 8 ZBau unterzogen. Hier aufzuführende Schwerpunktvorhaben aus der Städtebauförderung sind:

Baumaßnahmen	Festgestellte angemessene Kosten in T €
Erschließung Schweriner Altstadt	610,0
Sanierung Holzbau Sternberg	23,0
OE Wismar, Hinter dem Chor/Hundestraße	407,3
Wohnumfeldverbesserung Friedenshof Wismar	322,0
Ausbau u. Erschl. Grabow Wasserstr.	32,5

Im Rahmen eines im Amt durchgeführten Praktikums (19.07. bis 01.10.2004) wurde eine **Kläranlagen-Datenbank** für alle kommunalen Kläranlagen im Amtsbereich des StAUN Schwerin, also für die Landkreise Ludwigslust, Nordwestmecklenburg und Parchim sowie die kreisfreien Städte Schwerin und Wismar erarbeitet.

Die vorliegende Datenbank gibt über folgende Schwerpunkte umfassend Auskunft:

Größenklasse der KA'n, Art der Verfahrenstechnik, Kapazität, Ergebnisse der Eigen- und behördlichen Überwachung der Kläranlagen, sowie die Einhaltung der wasserrechtlichen Vorgaben.

Die Abteilung Wasser und Boden verfügt nun über ein Instrument, mit dem sie schnell und übersichtlich Zugriff auf alle wichtigen Parameter für Kläranlagen hat.

### 3.2.6 Dezernat 340 - Gewässerkundlicher Landesdienst

#### 3.2.6.1 Kennziffern

- Haushaltskennziffern

Titel	Ist 2003 T EUR	Plan 2004 T EUR	Ist 2004 T EUR
Gewässerkundliche Anlagen	31	30	30
Aufträge an Dritte (LWaG)	57	60	60,5
Aufträge an Dritte (Abwag)	174*	15	15
Untersuchung von Proben auf Schadstoffe	10	15	17,5
Aufträge für das Seenprojekt	28	20	17,5
Entgelt für Pegelbeobachter	28	40	40
<b>Gesamt</b>	<b>328</b>	<b>180</b>	<b>180,5</b>

\*Sanierung Tressower See

#### Kennziffern Messnetze

Die Datenerfassung und –auswertung des gewässerkundlichen Mess- und Beobachtungsdienstes erfolgte für die Messstellen im hydrologischen Beobachtungsnetz und im Beschaffenheitsmessnetz.

Im hydrologischen Beobachtungsnetz werden betrieben:

	Anzahl
- Pegelstationen im Oberflächenwasser	68
davon digitale Erfassung der Daten	39

- Durchflussmessstellen	35
- Grundwassermessstellen	129
davon digitale Erfassung der Daten	24
- Pegelstationen des Hochwassermelddienstes	
der Wasserstraßenverwaltung	9
davon Elbeinzugsgebiet	6
Ostseeküste	3
- Stationen des internen Messnetzes Küste	2
- Messstellen für den Betrieb der wasserwirtschaftlichen Anlagen	21

Zur Absicherung der umfangreichen termingebundenen Erfassung der Daten bestehen mit 68 Pegelbeobachtern und mit 60 Beobachtern von Grundwassermessstellen Verträge.

Im Beschaffenheitsmessnetz wurden 89 Messstellen beprobt. Davon fielen 9 Messstellen in die Kategorie 1, d.h. die Beprobung erfolgte alle 2 Wochen. 49 Messstellen gehörten zur Kategorie 2 und wurden entsprechend Überwachungserlass alle 4 Wochen untersucht. 31 Messstellen waren sonstige Messstellen des StAUN Schwerin, die ebenfalls alle 4 Wochen untersucht wurden. Sie dienen insbesondere der Beschreibung von kleineren Fließgewässern oder lokal bedeutenden Eintragsquellen. Weitere 29 Messstellen wurden im Rahmen von Gütelängsschnitten zusätzlich untersucht, um die Aussagen zur Wasserbeschaffenheit räumlich und/oder zeitlich zu verdichten. Diese zusätzlichen Untersuchungen wurden an anerkannte Labore vergeben. Es wurden 5 neue Probenahmestellen eingerichtet, um bestehende Lücken bei der Beschreibung der Wasserbeschaffenheit zu schließen. Dies betrifft vorrangig Einzugsgebiete mit einer Größe von 20 bis 40 km<sup>2</sup>.

Im Jahr 2004 wurden 41 Grundwassermessstellen beprobt. 15 dieser Messstellen sind dabei Bestandteil des Trendmessnetzes zur Erfassung diffuser Einträge, die anderen 26 Messstellen gehören zum Grundmessnetz des Landes.

Es wurden insgesamt 8 Seen mit zusammen 14 Messpunkten beprobt. Dazu gehörten die flächengrößten Seen im Gebiet: der Schweriner Innen- und der Außensee

### **3.2.6.2 Erfassung und Auswertung gewässerkundlicher Daten**

Die hydrologischen Daten wurden kontinuierlich auf der Grundlage der Pegelvorschrift und der Grundwasserrichtlinie erfasst und ausgewertet. Entsprechend dem Erlass des Umweltministeriums M-V zur Einführung des ETA-Verfahrens konnte die Durchflussstatistik für 35 Pegelstandorte nach dem Verfahren bearbeitet werden.

Die Datenerfassung des Beschaffenheitsmessnetzes ist durch die jährliche Fortschreibung des Erlasses zur Gewässerüberwachung in Mecklenburg-Vorpommern geregelt. Vorgegeben werden Messstellen und Untersuchungsprogramme. Bei den Untersuchungshäufigkeiten und den zu untersuchenden Parametern werden die Anforderungen aus den nationalen und internationalen Verpflichtungen berücksichtigt. Messstellen der Kategorie 1 werden 26 mal/Jahr beprobt, die Messstellen der Kategorie 2 werden 13 mal/Jahr beprobt.

### **Wesentliche wasserwirtschaftliche Ereignisse**

An der Wetterstation Schwerin wurde im Abflussjahr 2004 ein Niederschlag von  $P = 653$  mm gemessen und betrug damit 105 % des langjährigen mittleren Niederschlages. Wesentliche Überschreitung der Normalniederschläge traten im Monat Januar 2004 mit 161 % und Februar 2004 mit 164 % auf, eine wesentliche Unterschreitung dagegen im Monat November 2003 (51 %).

Am Pegel Boizenburg / Elbe traten über einen längeren Zeitraum Wasserstände deutlich unter dem des Mittelwassers der Reihe 1991/2000 auf. In den Monaten November und Dezember 2003 lagen sie im Bereich des Niedrigwassers der Reihe 91/00.

In cm	Aktuell	Reihe 91/00 MW	Reihe 91/00 NW
November	77	166	75
Dezember	101	190	91
Januar	146	250	132
Februar	289	271	138
März	289	301	136
April	224	295	118
Mai	172	198	83
Juni	156	149	72
Juli	105	132	66
August	74	109	64
September	69	119	56
Oktober	88	124	66

In den Fließgewässern zur Elbe traten ebenfalls Wasserstände im Bereich des NW der Reihe 1991/2000 ein.

	Aktuell	Datum	MW 1991/2000	NW
Garlitz / Sude	57	10.11.03	87	54
Laave / Rögnitz	120	04.06.04	140	109
Kl.Bengerstorf/ Schaale	58	15.11.03	103	49
Schwartow / Boize	105	31.05.04	113	95

Die Wasserstände der Ostsee überschritten im zurückliegenden Abflussjahr kurzzeitig einmal die Alarmstufe III (> 1,50 m über normal), und zwar

#### **am 06. Dezember 2003**

	Gewässer	Wasserstand in cm
Wismar	Wismarer Bucht	666
Boltenhagen	Ostsee	658
Dassow	Dassower See	655

und einmal die Alarmstufe I ( 1,0 bis 1,24 m über normal )

#### **am 22. Dezember 2003**

Boltenhagen	Ostsee	624
-------------	--------	-----

### **3.2.6.3 Fachtechnische Stellungnahmen und gewässerkundliche Auskünfte**

Als technische Fachbehörde wurden 165 Stellungnahmen für die unteren Wasserbehörden der Landkreise Ludwigslust, Nordwestmecklenburg und Parchim sowie der kreisfreien Städte Schwerin und Wismar erarbeitet. Zusätzlich wurden gewässerkundliche Auskünfte an Dritte erteilt. Schwerpunkte sind u. a. die Bearbeitung von Wasserständen und Abflüssen für Vorhaben an Fließ- und Standgewässern, Aussagen zu Grundwasserstandsschwankungen an beobachteten Messstellen für Bauvorhaben, die Beurteilung von Fließgewässern in Bezug auf die ökologische Verträglichkeit von Abwassereinleitungen, die Beurteilung der Gefährdung von Oberflächen- und Grundwasser durch Altlasten und Unfälle mit

wassergefährdenden Stoffen sowie die Beurteilung einer Vielzahl von Analyseergebnissen aus Oberflächengewässern, Grundwasser und Abwasser.

Entsprechend der Hochwassermelddienstverordnung – HwMDVO - vom 27.04.1993 wurde der Hochwassermelddienst für die Elbe und die Ostsee durchgeführt und umfasst folgende Aufgaben:

1. Beobachten und Melden von meteorologischen Einflussgrößen, Wasserständen und Durchflüssen.
2. Auswerten dieser Beobachtungen zu Hochwassermeldungen und deren Weitergabe nach Meldeplänen.
3. Auslösen von Alarmstufen und den Beginn von Hochwasserdiensten bei Erreichen oder Überschreiten von festgelegten Richtwasserständen.

Die Wahrnehmung des Hochwassermelddienstes erfolgte dabei täglich in folgendem Zeitraum:

Ostsee            06./07.12.03 und 22./23.12.03

#### **3.2.6.4 Hydrologische Vorhaben**

Zur Datenerfassung, -auswertung und Verbesserung des Betriebes der hydrologischen Messeinrichtungen wurden folgende Vorhaben vorbereitet bzw. realisiert:

- Bearbeitung des Jahresberichtes 2003 zur Eigenüberwachung der Talsperre Farpen
- Vorbereitung und Vergabe von Pegelanschlussnivelements mit Pegelprüfung für 12 Standorte  
in den Fließgewässern und für 10 Standorte in den Standgewässern
- Bau der DFÜ-Station Tressow/Tressower See zur digitalen Wasserstandserfassung und Abflußermittlung
- Planung und Auftragserteilung Instandsetzung der 27 Pegelhäuser einschließlich der Spülung  
aller Zulaufleitungen zu den Pegelhäusern
- Planung und Durchführung der Umbau-und Modernisierungsarbeiten  
(Ultraschallmessanlage)  
am Pegel Garlitz/Sude
- Reparaturleistungen am Pegel Börzow/Stepenitz
- Beginn der Planung und technischen Realisierung der Grundwassermessnetz-Optimierung  
(Sanierung, Rückbau und Neubau von Grundwassermessstellen)

#### **3.2.6.5 Vorhaben der Wasserbeschaffenheit**

Neben der Beprobung und Datenerfassung entsprechend dem Erlass einschließlich der aktuellen Fortschreibungen zur Gewässerüberwachung in Mecklenburg-Vorpommern wurden folgende Vorhaben realisiert:

- Untersuchung der Gewässer im Küsteneinzugsgebiet (Redentiner Mühlbach, Farpener Bach/Plastbach, Lischower Graben, Klützer Bach, Tarnewitzer Bach) für Beschaffenheitslängsschnitte
- Untersuchung der Gewässer im Einzugsgebiet der Warnow mit Mildenitz und verschiedenen  
anderen Nebenflüssen für Beschaffenheitslängsschnitte
- Erfassung des Makrozoobenthos im Ostsee-Einzugsgebiet ( Harkenbäk, Tarnewitzer Bach,  
Grundshagener Bach, Klützer Bach, Zierower Bach, Redentiner Mühlbach, Farpener Bach/

- Plastbach) zur Beurteilung des ökologischen Zustandes im Rahmen einer ersten Bestandsaufnahme zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie
- Untersuchungen von Grundwasserproben auf den Abwasserverwertungsflächen in Schwerin-Süd
  - Machbarkeitsstudien zur Restaurierung des Dümmer Sees und des Ventschower Sees

### **3.2.6.6 Aufgaben zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL)**

Nach der Auflösung des StAUN Lüz zum 01.04.2004 ist das StAUN Schwerin federführende Behörde für die Bearbeitungsgebiete Küstengebiet West, Stepenitz, Sude und Elde/Müritz. Für den dazu gekommenen Landkreis Parchim ist das StAUN Schwerin zurbeitspflichtig an das StAUN Rostock im Einzugsgebiet der Warnow (zuvor galt dieses nur für Teile des Kreises Norwestmecklenburg).

Nachdem der erste Bearbeitungsschritt der Bestandsaufnahme, d.h. der Datenabgleich und die Einbindung in die Datenbanken des WRRL-Projekts im Wesentlichen noch im Jahre 2003 abgeschlossen werden konnte, lag der Schwerpunkt der Arbeit 2004 neben der ständigen Aktualisierung und Korrektur der Daten in den Arbeitsschritten 2 und 3.

Der 2. Arbeitsschritt diente der Ermittlung provisorischer Wasserkörper, welche Gewässerabschnitten gleichen Zustandes entsprechen sollen. Hierzu waren sogenannte Gütebänder des ökologischen Zustandes (allgemeine physikalisch-chemische, hydromorphologische, spezifisch chemische und biologische Qualitätskomponenten) mit dem Güteband des chemischen Zustandes zu verschneiden. Die Wasserkörper stellen die kleinste zu betrachtende Einheit des WRRL-relevanten Gewässernetzes dar. Nach Art. 4 der WRRL sind für die Einzugsgebiete Bewirtschaftungspläne festzulegen und durchzusetzen, welche die Verschlechterung des Zustandes aller Oberflächenwasserkörper verhindern und die Oberflächenwasserkörper mit der Zielstellung „guter Zustand in 2015“ schützen, verbessern und sanieren. Nach Anhang VII der WRRL stellt die Kartierung der Lage und Grenzen der Wasserkörper ein grundsätzliches Element der Bewirtschaftungspläne für die Einzugsgebiete dar.

Die GIS-technischen Arbeiten wurden wie im 1. Bearbeitungsschritt an Ing.-büros vergeben, die fachlichen Zuarbeiten sowie die Kontrolle und Korrektur wurden über das Dezernat 340 abgesichert.

Der 3. Arbeitsschritt umfasste die Ausweisung der Wasserkörper. Dazu waren Lage und Grenzen der für die Bestandsaufnahme maßgeblichen Wasserkörper der Fließgewässer des WRRL-relevanten Gewässernetzes (Fließgewässer mit Einzugsgebieten von 10 km<sup>2</sup> und mehr) auf der Grundlage der provisorischen Wasserkörper zu ermitteln; als Kriterien kommen dafür die Grenzen der erheblich veränderten/ künstlichen Wasserkörper und die naturräumlichen Grenzen der Gewässertypen zur Anwendung. Die Einteilung in 3 Arbeitsschritte war notwendig, da die gültige Typologie der Fließgewässer erst im Frühjahr 2004 vorlag und deshalb zunächst provisorische Wasserkörper (Schritt 2) ausgewiesen werden mussten. Dieser 3. Arbeitsschritt wurde nicht wie ursprünglich vorgesehen vergeben, sondern in vollem Umfang durch StAUN und LUNG vollzogen, wozu zahlreiche Arbeitstermine in Schwerin und Güstrow nötig waren.

Nachdem das Bearbeitungsgebiet Elde/Müritz und Sude aufgrund der engen Termine in der Flussgebietseinheit Elbe im Frühjahr 2004 abgeschlossen wurden, gingen die Arbeiten in den übrigen Gebieten bis zum 1. September 2004. Ebenfalls abgeschlossen wurde die Ausgrenzung der Wasserkörper im Bearbeitungsgebiet Warnow (federführend StAUN Rostock). Das StAUN Schwerin war an dieser Arbeit beteiligt, da Teile des Bearbeitungsgebiets Warnow im Kreis Parchim und Nordwestmecklenburg und somit in der örtlichen Zuständigkeit des StAUN Schwerin liegen. Gemäß Absprache mit dem StAUN Neubrandenburg wurde auch der Oberlauf der Nebel (Kreis Müritz) mit bearbeitet, da dieser

Teil in der örtlichen Zuständigkeit des StAUN Lüz lag und die Erfahrung im StAUN Schwerin vorhanden war.

Die Ausweisung der Wasserkörper erbrachte folgende Ergebnisse:

	<b>Elde/Müritz</b>	<b>Küste-West</b>	<b>Stepenitz</b>	<b>Sude</b>
<b>Wasserkörper</b>	136	34	42	108
<b>in km</b>	1110	243	375	1111
<b>davon Seen</b>	33	2	4	6
<b>in km</b>	177	5	22	31
<b>Fließgewässer</b>	103	32	38	102
<b>in km</b>	933	198	353	1081
<b>erh. veränd.</b>	64	9	18	79
<b>in km</b>	633	62	138	832
<b>gut</b>	8	8	3	3
<b>in km</b>	85	58	24	35
<b>gefährdet</b>	31	15	17	20
<b>in km</b>	215	117	191	214

Die Ergebnisse der Bestandsaufnahme wurden in mehreren Veranstaltungen Vertretern anderer Behörden und Verbände dargestellt und erläutert.

Die Aufstellung der Monitoringprogramme (Termin Ende 2006) ergibt einen Forschungs- und Entwicklungsbedarf insbesondere im Bereich der biologischen Güteparameter. Hier ist das StAUN Schwerin an Forschungsprojekten der Uni Essen an Kalibrierungsmessungen im Land MV beteiligt gewesen. Es wurden in mehreren Ortsterminen geeignete Fließgewässerabschnitte zum Biomonitoring ermittelt und vergleichende Untersuchungen (Aufsammlung des Makrozoobenthos) durchgeführt.

### **3.3 Ausblick auf das Jahr 2005**

Auch im Jahre 2005 wird bei dem bestehenden Aufgabenprofil gemäß wasser- und bodenschutzrechtlichen Vorschriften und dem gesetzlichen Auftrag entsprechendem Geschäftsverteilungsplan das ganze Spektrum wasserwirtschaftlichen Handelns gefragt sein.

Die Vorbereitung und Durchführung von Investitionen für den Hochwasserschutz Elbe bzw. Küste stellt mit seinen teilweise im Vorfeld erforderlichen Planfeststellungsverfahren einen besonderen Schwerpunkt dar. Dies gilt umso mehr, als die für das Hochwasserschutzprogramm Elbe zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auch 2005 zeitgerecht und zweckentsprechend vorbereitet, umgesetzt und abgerechnet werden müssen.

Der wasserrechtliche Vollzug ist an den aktuellen Anforderungen auszurichten und hat sich an der Verbesserung der Gewässerqualität und der Wirksamkeit ökonomischer Instrumentarien

z. B. in Form von Abwasserabgabe zu orientieren. Insbesondere ist im Rahmen der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie aufbauend auf den Ergebnissen der Bestandsaufnahme intensiv an der weiteren Umsetzung in der Arbeitsgruppe, insbesondere im Hinblick auf die nächsten Schritte (Aufstellung von Monitoringprogrammen sowie später von Maßnahmenprogrammen und Bewirtschaftungsplänen) zu arbeiten.



Für die Siedlungswasserwirtschaft bleibt die Umsetzung des Generalplanes Abwasser eine besondere Herausforderung insbesondere unter dem Aspekt der knapper werdenden staatlichen Zuschüsse.

Aus der Sicht des Gewässerschutzes haben Abwasserentsorgungsvorhaben im Zweckverband Parchim-Lübz, Zweckverband Radegast und Zweckverband kommunale Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Vorrang.

Um die Fördermittel weiterhin wirkungsvoll einsetzen zu können, muss im Jahre 2005 der vorgenannte Generalplan überarbeitet und an die aktuellen Bedingungen angepasst werden, auch und insbesondere im Hinblick auf die Wasserrahmenrichtlinie.

Ein weiterer Schwerpunkt für die Siedlungswasserwirtschaftler ist die Aufgabe als staatliche Bauverwaltung für Baumaßnahmen, welche durch das Wirtschaftsministerium und durch das Bau- und Arbeitsministerium gefördert werden, denn ohne moderne Abwasserentsorgung und

–behandlung ist keine Ansiedlung von Industrie und Gewerbe möglich. Hierbei gilt es im Jahre 2005 insbesondere, die wasserwirtschaftlichen Voraussetzungen in Parchim, Hagenow, Boizenburg, Wismar und Gadebusch zu schaffen.

Es gilt auch weiterhin, das System der Datenerfassung, Auswertung sowie Aufrechterhaltung und Automatisierung des Betriebes des Hydrologischen Beobachtungsnetzes weiter zu vervollkommen. Auch muss mit großer Kontinuität die Beprobung der Fließgewässer, Standgewässer und des Grundwassers und die Untersuchung der Wasserbeschaffenheit an ausgewählten Kleingewässern abgesichert werden, um auch weiterhin insbesondere die Angaben als technische Fachbehörde für die Wasserbehörden zuverlässig und in gebotener Qualität wahrnehmen zu können.

Bei abgeminderter Fördermittelbereitstellung im Rahmen der Projektförderung für die Gewässerunterhaltung und einer Vielzahl von investiven Maßnahmen Nichtstaatlicher Wasserbau gilt es die Wasser- und Bodenverbände fachtechnisch zu beraten und bei der Umsetzung ihrer Gewässerpläne zu unterstützen.

Der Umsetzung der novellierten „Richtlinie zur Förderung von Unterhaltungsmaßnahmen an Gewässern zweiter Ordnung“ (FöRiUV) gilt 2005 ein gewichtiges Augenmerk. Von der bisherigen Praxis der Anteilsfinanzierung wurde zur Festbetragsfinanzierung gewechselt.

Mit der Ende November 2004 bestätigten Projektliste können 2005 zur Förderung wasserwirtschaftlicher Vorhaben im nichtstaatlichen Wasserbau 16 neue Vorhaben – soviel, wie in keinem Jahr zuvor - in Angriff genommen werden. Das bedeutet aber auch eine gewaltige Kraftanstrengung bei der Umsetzung.

Auch 2005 wird die weitere Reduzierung des Personalbestandes bei mindestens gleichbleibender Aufgabenzuweisung in der Abteilung Wasser und Boden anhalten.

Das Ausscheiden weitere Mitarbeiter wird auf Grund der knappen Kassenlage des Landes zu Minderbesetzungen führen und ist im Rahmen einer gewogenen Aufgabenverteilung zu verifizieren.

## **4. Abteilung Immissions- und Klimaschutz, Abfall und Kreislaufwirtschaft**

### **4.1 Allgemeine Angaben**

Ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt im Jahr 2004 war die Durchführung des Genehmigungsverfahrens für die mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage der RABA Ihlenberg GmbH. Im Rahmen dieses Verfahrens, welches unter Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt wurde, sind 90 gültige Einwendungen erhoben worden, die bei der Erarbeitung der Entscheidung zu beachten waren.

Weitere Schwerpunkte der Genehmigungstätigkeit waren die Verfahren für die Schweinehaltungsanlagen in Fahrbinde und Wendisch Priborn sowie für die Anlagen zur Biomasseverstromung in Hagenow und Wismar. Die Begleitung der Errichtung der Thermischen Abfallbehandlungsanlage in Ludwigslust, die bereits Ende des vergangenen Jahres genehmigt werden konnte, war für die Kontrolltätigkeit von besonderer Bedeutung.

Daneben musste in Umsetzung des im Jahr 2001 in Kraft getretenen Artikelgesetzes die Bearbeitung der angezeigten Rinderanlagen fortgeführt werden. Die zur Verbesserung der Kontrolltätigkeit im vergangenen Jahr neben der anlassbezogenen Überwachung eingeführte Regelüberwachung der genehmigungsbedürftigen Anlagen wurde konsequent weitergeführt.

Mit der Auflösung des Staatlichen Amtes für Umwelt und Natur Lübz erweiterte sich der Zuständigkeitsbereich am 01. April 2004 um den Landkreis Parchim. Damit erhöhte sich die Zahl der zu kontrollierenden Anlagen um 270 in Betrieb befindliche und 23 stillgelegte Anlagen. Zusätzlich wurden für 20 beantragte Anlagen die laufenden Genehmigungsverfahren übernommen.

Wichtige Standorte von genehmigungsbedürftigen Anlagen im Zuständigkeitsbereich sind neben der Hansestadt Wismar beispielsweise die Städte Ludwigslust, Hagenow, Parchim und Lübz. In den Kleinstädten und Gemeinden des Territoriums sind vorwiegend Klein- und Mittelbetriebe des Handwerks, der Industrie und der Landwirtschaft mit regionaler Bedeutung angesiedelt. Die genannten Produktionsstätten stellen neben dem Kraftfahrzeugverkehr Emissions- und Lärmquellen dar, die besonderer Beachtung bedürfen.

Auch im Jahr 2004 traten wiederum zahlreiche neue oder geänderte Gesetze sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene in Kraft. Neben dem bereits Ende 2003 verkündeten Zweiten Gesetz zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vom 22.12.2003 ergaben sich weitere gesetzliche Veränderungen auf Bundesebene beispielsweise durch die Verordnung über Emissionsgrenzwerte für Verbrennungsmotoren (28. BImSchV) vom 20.04.2004, die Neufassung der Verordnung über Emissionserklärungen und Emissionsberichte (11. BImSchV) vom 29.04.2004, die Verordnung über die Beschaffenheit und die Auszeichnung der Qualitäten von Kraftstoffen (10. BImSchV) vom 24.06.2004, das Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz vom 08.07.2004, die Änderung der Verordnung über Immissionswerte für Schadstoffe in der Luft (22. BImSchV) vom 13.07.2004, die Neufassung der Verordnung über die Festlegung von Konzentrationswerten (23. BImSchV) vom 13.07.2004, die Neufassung der Verordnung über Großfeuerungs- und Gasturbinenanlagen (13. BImSchV) vom 20.07.2004, das Zuteilungsgesetz 2007 vom 26.08.2004, die Zuteilungsverordnung 2007 vom 31.08.2004 und die Emissionshandelskostenverordnung 2007 vom 31.08.2004.

Auf Landesebene wurde im Zusammenhang mit dem Schiffsabfallentsorgungsgesetz vom 16.12.2003 die Schiffsabfall-Kostenverordnung vom 01.04.2004 in Kraft gesetzt. Weitere gesetzliche Veränderungen ergaben sich durch die Erste Verordnung zur Änderung der Abfall-Kostenverordnung vom 27.04.2004, die Dritte Verordnung zur Änderung der Abfall- und Bodenschutz-Zuständigkeitsverordnung vom 27.04.2004 und das Gesetz zur Umsetzung der Zoo-Richtlinie und weiterer EG-Richtlinien vom 24.06.2004.

In Anbetracht der angespannten Personalsituation in Verbindung mit der Übernahme von zusätzlichen Aufgaben aufgrund von veränderten gesetzlichen Bestimmungen, wurde am 01.11.2003 die Abteilung neu strukturiert. Die bestehenden fünf Dezernate wurden zwecks Erreichung von Synergieeffekten zu drei Dezernaten zusammengeführt, wobei die Einbindung von Aufgaben und Mitarbeitern durch die Auflösung des Staatlichen Amtes für Umwelt und Natur Lübz zum 01.04.2004 bereits berücksichtigt wurde.

#### **4.1.1 Personal und Organisation**

Zur Wahrnehmung der Aufgaben ist die Abteilung in drei Dezernate mit folgenden Schwerpunkten gegliedert:

Dezernat 400: Regionaler und produktbezogener Umweltschutz, verwaltungs- und 4 Dienstposten verfahrenstechnische Angelegenheiten

Dezernat 410: Genehmigung und Überwachung von Anlagen nach der 4. BImSchV, außer 9 Dienstposten Nr. 8.3 bis Nr. 8.15

Dezernat 420: Genehmigung und Überwachung von Deponien und Anlagen nach Nr. 8.3 8 Dienstposten bis Nr. 8.15 der 4. BImSchV, Vollzug der Nachweisverordnung, Überwachung von Abfallentsorgungsanlagen nach Baurecht

Im Zuge der Auflösung des Staatlichen Amtes für Umwelt und Natur Lübz wurden zwei Mitarbeiterinnen (Frau Ziegler, Frau Baran) und ein Mitarbeiter (Herr Bliemeister) übernommen.

Zeitgleich erfolgte die Versetzung von Herrn Dr. Fietz an das Umweltministerium. Die nahtlose Besetzung der zuvor von ihm begleiteten Dezernentenstelle wurde durch eine weitere Mitarbeiterin aus dem Staatlichen Amt für Umwelt und Natur Lübz (Frau Hahn) ermöglicht.

Im September 2004 ist ein Mitarbeiter innerhalb des Amtes aufgrund einer Vakanz umgesetzt worden (Herr Lückstädt). Dieser Dienstposten ist bisher leider noch nicht wieder besetzt, obwohl dies insbesondere für die Bearbeitung der mit der Deponie Ihlenberg verbundenen Probleme dringend erforderlich wäre.

Durch das **Dezernat 400** werden die umweltschutzrechtlichen Vorschriften des Chemikalien- und Gentechnikrechts sowie produktbezogene Vorschriften des BImSchG überwacht. Desweiteren werden Fördermittelanträge zum Klimaschutzkonzept bearbeitet und kontrolliert.

Die fachliche Berichterstattung ist ebenso Aufgabe dieses Dezernates wie die Führung des Emissions- und Abfallkatasters sowie der Datenverarbeitungspakete AIS-I für den Bereich Immissionsschutz und ASYS für den Bereich Abfallwirtschaft. Im Rahmen des datentechnischen Vollzuges der Nachweisverordnung sind jährlich zehntausende Begleitscheine zu bearbeiten. Schließlich sind hier Stellungnahmen zu Planungsmaßnahmen im Rahmen der Bauleitplanung zu erarbeiten, um spätere Nutzungskonflikte aus abfall- oder immissionsschutzrechtlicher Sicht von vornherein zu vermeiden.

Die **Dezernate 410** und **420** genehmigen und kontrollieren Anlagen, die nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigungsbedürftig sind. Die Aufgabenteilung erfolgt dabei technologiebezogen.

Im **Dezernat 410** werden folgende technologische Bereiche bearbeitet:

- Wärmeerzeugung, Bergbau, Energie
- Steine und Erden, Glas, Keramik, Baustoffe
- Stahl, Eisen und sonstige Metalle einschließlich Verarbeitung
- Chemische Erzeugnisse, Arzneimittel, Mineralölraffination und Weiterverarbeitung
- Oberflächenbehandlung mit organischen Stoffen, Herstellung von bahnenförmigen Materialien aus Kunststoffen, sonstige Verarbeitung von Harzen und Kunststoffen
- Holz, Zellstoff
- Thermische Verfahren zur Behandlung von bestimmten Stoffen sowie Deponiegasfackeln
- Nahrungs-, Genuß- und Futtermittel, landwirtschaftliche Erzeugnisse
- Lagerung, Be- und Entladen von Stoffen und Zubereitungen
- Emissionsrelevante Verfahren spezieller Art.

Als Schwerpunkte sind vor allem Heizwerke, sowohl GuD-Kraftwerke als auch Holzverbrennungsanlagen, Tierhaltungsanlagen, speziell größere Rinder- und Schweinehaltungsanlagen, Schlacht- und Lebensmittelverarbeitungsbetriebe, Räuchereien, Trocknungsanlagen, Hafen- und Umschlaganlagen, Anlagen zur Lagerung von bestimmten gefährlichen Stoffen, Beton- und Asphaltmischanlagen, Windkraftanlagen, Werften, Motorsport-, Schieß- sowie Kälteanlagen zu nennen.

Im Jahr 2004 wurde der vorzeitige Baubeginn für die Erweiterung eines Polystyrenwerkes in Wismar, für eine Schweinemastanlage in Fahrbinde und eine Autowrackanlage in Kobande zugelassen. Außerdem wurde ein Vorbescheid und 2 Teilgenehmigungen für eine Anlage zur Biomasseverstromung in Wismar erteilt.

Desweiteren wurden sechs Rinderanlagen in Glaisin, Goldenstädt, Kleekamp, Prestin, Rastow und Wendisch Waren, drei Schweinehaltungsanlagen in Fahrbinde, Wendisch Priborn und Tessenow, zwei Blockheizkraftwerke in Degtow und Selmsdorf, eine Anlage zur Biomasseverstromung in Hagenow, die Erweiterung eines Polystyrenwerkes in Wismar, eine Seehafenumschlaganlage in Wismar, eine Windfarm in Neuenhagen, eine Biogasanlage in Rückkamp, eine Deponiegasfackel in Degtow, ein Umspannwerk in Barnin, ein Asphaltmischwerk in Wismar, eine Flüssiggasanlage in Basthorst und die Erweiterung einer Gerberei in Neustadt-Glewe genehmigt.

Durch das **Dezernat 420** werden Abfallbehandlungsanlagen genehmigt und kontrolliert, wobei neben den genehmigungsbedürftigen Anlagen auch baurechtlich zugelassene Abfallentsorgungsanlagen aus abfallrechtlicher Sicht kontrolliert werden. Ferner werden Planfeststellungs- und Plangenehmigungsverfahren für Deponien durchgeführt sowie Deponien kontrolliert bzw. überwacht. Dies betrifft neben der Deponie Ihlenberg, als dem Aufgabenschwerpunkt, auch die stillgelegten und zu rekultivierenden Deponien.

Weiterhin erfolgt im Dezernat der Vollzug der Nachweisverordnung insbesondere hinsichtlich der Zulässigkeit vorgesehener Entsorgungen. Schließlich werden grenzüberschreitende Verbringungen von Abfällen bearbeitet sowie Transportgenehmigungen und Freistellungen erteilt.

Im Jahr 2004 wurde der vorzeitige Baubeginn für eine mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage in Selmsdorf und eine Autowrackanlage in Kobande zugelassen. Außerdem wurde eine Plangenehmigung zur Abdeckung von Sickerwasserspeicherbecken erteilt.

Desweiteren wurden zwei Biogasanlagen in Karft und Parum, eine mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage in Selmsdorf, ein Schrottlager in Holthusen und eine Recyclinganlage in Neustadt-Glewe genehmigt.

#### 4.1.2 Technische Ausrüstung

Zur Gewährleistung einer effizienten Bearbeitung, speziell von größeren Datenmengen, sind alle Arbeitsplätze mit einem PC ausgerüstet. Neben den Standardprogrammen WORD und EXCEL stehen die fachspezifischen Programmpakete AIS-I für den immissionsschutzrechtlichen und ASYS für den abfallrechtlichen Teil zur Verfügung. Damit sind die gesamten Genehmigungs- und Kontrolltätigkeiten ebenso abrufbar wie die Begleitschein- und Nachweisverfahren.

Zur Darstellung der existierenden Anlagen in einem kartographischen System steht desweiteren das Programm ARC-VIEW bzw. ein Kartenexplorer zur Verfügung. Dies dient neben der Emissionsberichterstattung vor allem auch der effektiven Erarbeitung von Stellungnahmen zu Planungsmaßnahmen im Rahmen der Bauleitplanung oder von Einzelbauvorhaben, da damit eine genaue Betrachtung der Wechselwirkungen einer geplanten Maßnahme mit der Umwelt ermöglicht wird.

Für die überschlägige Ermittlung von Lärmemissionen steht ein integrierter Schallpegelmesser des Typs 2238 Mediator der Firma Brüel und Kjaer zur Verfügung. Mit diesem Gerät kann ein schneller Überblick über die Lärmsituation an einem bestimmten Ort gegeben werden, was sich insbesondere bei der Bearbeitung von Beschwerden über Lärmemissionen des öfteren bewährt hat. In vielen Fällen konnten die notwendigen Schritte zur Abstellung unzulässigen Lärms dadurch zügig, gezielt und begründet eingeleitet werden.

Im September 2004 erfolgte ein teilweiser Austausch alter Rechner durch neue und schnellere PC-Technik. Durch die verstärkte Nutzung der elektronischen Post konnte die Arbeit sowohl innerhalb als auch außerhalb des Geschäftsbereiches wesentlich effizienter gestaltet werden. Anfragen von Bürgern oder anderen Behörden waren unter Nutzung dieser Möglichkeiten sehr viel schneller und umfassender zu bearbeiten.

#### 4.2 Arbeitsergebnisse in 2004 (Zeitraum 01.01. bis 31.10. 2004)

##### 4.2.1 Zusammenstellung der wichtigsten Ergebnisse

<b>Genehmigungsverfahren nach BImSchG</b>	<b>2004 Anzahl</b>
Neugenehmigungen (§ 4, 8 und 9 BImSchG)	21
- davon Zulassung vorzeitigen Beginns (§ 8a BImSchG)	2
Änderungsgenehmigungen ( § 16 BImSchG)	19
- davon Zulassung vorzeitigen Beginns (§ 8a BImSchG)	4
Prüfung von Anzeigen (§ 15 BImSchG)	46

<b>Gebühren für Genehmigungen nach BImSchG (in T€)</b>	<b>2004 T€</b>
Gebühren für Genehmigungen (§§ 4, 8 und 9 BImSchG)	467,1
Gebühren für Änderungsgenehmigungen (§ 16 BImSchG)	99,7
Gebühren für Zulassung vorzeitigen Beginns (§ 8a BImSchG)	28,8
Gebühren für Prüfung von Anzeigen (§ 15 BImSchG)	14,9

<b>Tätigkeiten im Innen- und Außendienst</b>	2004 Anzahl
Kontrollen, Überprüfungen an genehmigungsbedürftigen Anlagen	310
Anordnungen (§§ 17, 20, 28 BImSchG, §§ 21, 35, 36 KrW-/AbfG und § 82 SOG)	49
Bearbeitung von Beschwerden bei genehmigungsbedürftigen Anlagen	14
- davon wegen Lärm	2
- davon wegen Staub	1
- davon wegen Gerüchen	11
Stellungnahmen im Rahmen der Benehmensregelung für EFB	5
Stellungnahmen zur Bauleitplanung	149
Erteilung von Transportgenehmigungen/Änderungsbescheiden	7
Bearbeitung von Entsorgungsnachweisen	81
Bearbeitung von Begleitscheinen	15.800
Genehmigte Abfallexporte und –importe	22
Prüfung von Fördermaßnahmen zum Klimaschutzkonzept	37
Prüfung von Fördermaßnahmen zur kommunalen Abfallwirtschaft	3

<b>Bewilligte Fördermittel (in T€)</b>	2004 T€
Fördermaßnahmen zum Klimaschutzkonzept	212,0
Fördermaßnahmen zur kommunalen Abfallwirtschaft	100,0

#### **4.2.2.1 Thermische Abfallbehandlungsanlage am Standort Ludwigslust**

Die im Oktober 2003 genehmigte thermische Abfallbehandlungsanlage am Stadtrand von Ludwigslust kann nach derzeitigem Stand wie geplant Mitte kommenden Jahres regulär in Betrieb gehen. Der Probebetrieb soll bereits Anfang Mai beginnen.

In der Anlage mit einem Jahresvolumen von 50.000 Tonnen soll der Hausmüll aus den Landkreisen Ludwigslust und Parchim thermisch behandelt werden. Hintergrund ist, dass Hausmüll ab Mitte des kommenden Jahres nicht mehr unbehandelt auf Deponien entsorgt werden darf.



Der Kreistag Ludwigslust hat sich im Jahr 2001 für das Verfahren der Müllverbrennung entschieden und nach einer europaweiten Ausschreibung der Firma RWE Umwelt Mecklenburg-Vorpommern GmbH den Zuschlag für den Bau und den Betrieb der Anlage erteilt.

Bei der nach einer umfassenden Umweltverträglichkeitsprüfung durch das Staatliche Amt für Umwelt und Natur Schwerin genehmigten Anlage handelt es sich um eine konventionelle Abfallverbrennungsanlage, die als sogenannte Kompaktanlage speziell für die dezentrale Behandlung des Abfallaufkommens einer Region ausgelegt ist. Bestandteile der Abfallbehandlungsanlage sind ein Flachbunker mit Anliefer-, Lager- und Vorlagebereich, die thermische Behandlung (Rostfeuerung, Kessel und Entaschung), die Wärmenutzung (Turbine-/Generatoranlage und Luftkondensator) und die Abgasbehandlungsanlage.

Das zu verarbeitende Heizwertband erstreckt sich von 7.750 kJ/kg bis zu 18.000 kJ/kg. Der nominale Auslegungspunkt der Anlage liegt bei einem Auslegungs-heizwert von 9.600 kJ/kg und einer Durchsatzmenge von 6 Mg/h bei einer thermischen Leistung von 16 MW.

Die Anlage ist als Rostfeuerung mit einer quasi-trockenen-Abgasbehandlung konzipiert. Die ausgekoppelte Energie wird im wesentlichen in Form von elektrischer Energie genutzt.

Die Abfallverbrennung geschieht auf den seit Jahren bewährten „Von-Roll-Vorschubrosten“, bestehend aus einer Kombination von luft- und wassergekühlten Rostzonen. Durch die Wasserkühlung der ersten und zweiten Rostzone ist die Rostkühlung unabhängig von der Verbrennungsluftmengenregelung gewährleistet. Dadurch lassen sich die für den Verbrennungsvorgang optimalen Verhältnisse einstellen.



Die Abgasbehandlung, bestehend aus einer DeNO<sub>x</sub>- Anlage zur Entstickung und der quasi-trockenen Abgasbehandlung zur Entfernung der übrigen Schadstoffe, ist für die sichere Einhaltung der Emissionsgrenzwerte der 17. BImSchV ausgelegt.

Um die Einhaltung dieser Grenzwerte sicherzustellen, erfolgt im Kamin eine kontinuierliche Messung der Emissionen von CO, C<sub>ges</sub>, Staub, NO<sub>2</sub>, Hg, HCl und SO<sub>2</sub>. Außerdem werden der Sauerstoff- und Feuchtegehalt sowie Abgasmenge, Abgastemperatur und Abgasdruck bestimmt. Ein Emissionsrechner gemäß der 17. BImSchV registriert und klassifiziert die Messwerte und wertet sie aus.

Nachdem im März 2004 der Grundstein für den Bau der Anlage auf dem ehemaligen Flugplatzgelände gelegt wurde, sind nun die Rohbau- und die Stahlbauarbeiten im Wesentlichen abgeschlossen.



#### **4.2.2.2 Geruchsminderungsmaßnahmen auf der Deponie Ihlenberg**

Die Ihlenberger Abfallentsorgungsgesellschaft mbH (IAG) betreibt am Standort Ihlenberg eine Deponie mit Nebenanlagen.

Der Betrieb einer Deponie bringt Geruchsemissionen mit sich, die gemäß den rechtlichen Vorschriften zu minimieren bzw. zu reduzieren sind. Aufgrund vieler in der Vergangenheit eingegangener Beschwerden wegen vom Standort Ihlenberg ausgehender Gerüche wurden vielfältige Untersuchungen zur Identifizierung der konkreten Geruchsemittenten am Standort Ihlenberg und zu wirksamen Möglichkeiten der Geruchsminderung durchgeführt. Die Ergebnisse der Untersuchungen haben zu einem betrieblichen Geruchsminderungsmanagement geführt, in dessen Rahmen die zur wirksamen Geruchsminderung erforderlichen Maßnahmen umgesetzt werden sollen.

Als eine bzw. die wesentliche Quelle für Geruchsemissionen haben sich die offenen Sickerwasserspeicherbecken erwiesen. Die Sickerwasserspeicherbecken gehören zur Sickerwasserbehandlungsanlage, die wiederum Nebenanlage der Deponie Ihlenberg ist.

Der Maßnahmenplan des betrieblichen Geruchsminderungsmanagements sieht daher u. a. die Abdeckung von Sickerwasserspeicherbecken und die Behandlung der aus den abgedeckten Becken abgeführten Abluft vor.



Teilansicht Deponie Ihlenberg

In diesem Zusammenhang war vorgesehen, das Sickerwasserspeicherbecken 1.5 mit einer schwimmenden Folie abzudecken, das Sickerwasser unter der Abdeckung zu belüften und die Luftschadstoffe aus der Abluft über eine Abluftbehandlungsanlage, bestehend aus einem zweistufigen Abluftwäscher und Biofilter, zu eliminieren, um die Geruchsemissionen am Standort zu verringern.

Die Abdeckung des Sickerwasserspeicherbeckens 1.5 ist mittels Folie aus LD-PE, Nenndicke 2,0 mm, vorgesehen. Die derzeitige Beckenauskleidung besteht aus HDPE - Folie. Eine direkte Materialverbindung zwischen beiden Werkstoffen ist technisch schwierig und wegen der an eine dauerhaft dichte Abdeckung gestellten Sicherheits- und Qualitätsanforderungen nicht realisierbar. Die Befestigung der Abdeckung erfolgt daher mittels eines umlaufenden Beton-Streifenfundamentes.



Die Abluft wird über einen Ventilator angesaugt und durch den zweistufigen Wäscher und den Biofilter geleitet. Die Vorkonditionierung der Abluft erfolgt über ein Wäschersystem. Hier erfolgt die notwendige Anfeuchtung der Abluft bis zur Sättigung mit Wasser.

Die in der Sickerwasserabluft in hohen Konzentrationen vorhandenen anorganischen Verbindungen, Schwefelwasserstoff und Ammoniak werden vor Eintritt in den Biofilter durch eine alkalische, bzw. eine alkalisch/oxidative und eine saure Wäsche abgeschieden. Die Abluftwäscher arbeiten nach dem Prinzip des Kreuzstromwäschers.

Das im Kreislauf geführte Waschwasser wird über ein Düsensystem in den Abluftstrom gesprüht. Es bildet sich ein Sprühnebel, bestehend aus einer Vielzahl von Kleinsttröpfchen, die eine größtmögliche Oberfläche bilden. Dies ist Voraussetzung für den intensiven Kontakt zwischen den Abluftschadstoffen und dem Waschmedium, wobei sich die Schadstoffabsorption vollzieht.

In der Waschzone wird das Medium in den Abluftstrom verdüst. Im nachgeschalteten Tropfenabscheider wird die Abluft von den mitgerissenen Tröpfchen separiert. Der Tropfenabscheider ist als Lamellenabscheider ausgeführt, in dem durch die Geometrie der Lamellen unterschiedliche Trägheitskräfte wirksam werden, welche die Tröpfchen von der Luft trennen. Es sind zwei Lamellenpakete hintereinander angeordnet. Um die Wäscherwirkung zu erhöhen, sind zwei Abluftwäschereinheiten hintereinander geschaltet, wobei in der zweiten Wäscherstufe Frischwasser eingeleitet wird, das durch einen Überlauf in die 1. Stufe geführt wird. Nach einer gewissen Betriebsdauer ist in Abhängigkeit von den Einsatzbedingungen das Waschwasser verbraucht und die Sättigung von Schadstoffen im Wasser lässt nur noch eine geringe Absorption von Schadstoffen zu. Deshalb muss von Zeit zu Zeit das Waschwasser teilweise oder vollständig erneuert werden. Durch eine regelmäßige Regenerierung des Waschwassers wird vermieden, dass das Waschmedium für die Aufnahme der Schadstoffe nur noch beschränkt einsatzfähig ist.



Die erste Stufe des Wäschers wird durch Zuführung von  $H_2SO_4$  sauer und die zweite Stufe wird durch die Zuführung von  $NaOH$  alkalisch betrieben. Der pH-Wert des Waschmediums wird von den pH-Sonden im Umpumpbehälter erfasst und am pH-Wert-Regler angezeigt. Der Regler steuert das Automatikventil, dass an die Druckleitung des Dosiermediums angeschlossen ist, an.

Im nachgeschalteten Biofilter wird die so vorkonditionierte Abluft mit einer Restbelastung durch biologisch aktive Schüttungen geleitet. Bei Durchgang durch diese Schüttungen erfolgen die Abscheidung und der Abbau der Abluftinhaltsstoffe durch die im Filtermaterial fixierten Mikroorganismen.

Der Biofilter ist in modularer geschlossener Bauform ausgeführt. Durch die Kapselung werden Außeneinflüsse weitgehend reduziert und beeinflussbar. Durch die Homogenisierung und gute Steuerbarkeit der Betriebsbedingungen im Biofilter wird eine deutliche Steigerung der Abbauleistung gegenüber den herkömmlichen offenen Biofiltern erreicht. Eine weitere Steigerung der Abbauleistung und der Betriebssicherheit wird durch eine zweistufige Ausführung der Biofilter bewirkt. Der Stoffübergang wird durch die erzwungene turbulente Durchströmung erreicht. Die Erstbefüllung erfolgt mit ca. 56 m<sup>3</sup> Biofiltermaterial aus ca. 10 m<sup>3</sup> Drainagematerial (Hackholz, Körnung 60-100 mm) und ca. 46 m<sup>3</sup> hochaktiver Filtermaterialmischung auf Basis fraktionierter Rinde.

Die erforderliche Genehmigung für das genannte Vorhaben erfolgte mit Bescheid vom 07. Juli 2004. Bis zum 10.09.2004 wurde die Anlage errichtet und am 27.09.2004 in Betrieb genommen.



#### **4.2.2.3 Betonsteinwerk am Standort Wittenburg**

Die EHL Aktiengesellschaft ist darauf spezialisiert, Betonformelemente herzustellen. Das Hauptsortiment liegt im Bereich der Betonpflastersteine zur Straßen- und Wegepflasterung sowie der Betonformelemente für die Gestaltung von Außenanlagen im Bereich Haus, Garten und öffentliche Grünanlagen.

Mit Datum vom 18.12.2000 hat die EHL Baustoffwerke Dessau GmbH & Co. KG beim Staatlichen Amt für Umwelt und Natur Schwerin einen Antrag auf Errichtung und Betrieb eines Betonsteinwerkes in Wittenburg gestellt. Im November 2003 war der Baubeginn, die Inbetriebnahme erfolgte im September 2004.

Die beantragte Anlage zur Herstellung von Formstücken aus Beton unterliegt der Nr. 2.14 Spalte 2 der Anlage zur 4. BImSchV. Emissionen, die von der Anlage ausgehen können, sind Staub, Lärm, Schwingungen und Erschütterungen. Dem Arbeitsschutz ist, bei den hier zum Einsatz kommenden Maschinen und Ausrüstungen, eine besondere Aufmerksamkeit beigemessen worden.

Die vorgelegten Unterlagen zu den Formsteinmaschinen, den Zementsilos, den Lager- und Transportaufgaben und das erarbeitete Schallgutachten lassen erkennen, dass bei der Planung und der Investitionsvorbereitung die notwendige Schutz- und Vorsorgepflicht gegenüber den Mitarbeitern und der Umwelt eingehalten wird.

Die Zuschlagstoffe (Sand, Splitt, Kies) werden in mehreren Stahlhochsilos gelagert. Die Lagerung der unterschiedlichen Bindemittel erfolgt ebenfalls in speziellen Stahlhochsilos. Die Befüllung der Bindemittelsilos erfolgt direkt vom Fahrzeug aus, die Einblasluft wird mittels Spezialfilter gereinigt.

Im Prozess der Steinfertigung werden Zuschlagstoffe, Bindemittel, Wasser und, wenn erforderlich, spezielle Farbstoffe in die Mischeranlage gegeben. Die Mischeranlage ist staubgekapselt und zusätzlich mit einem Expansionssack ausgerüstet.

Von der Steinfertigungsmaschine selbst gehen Emissionen in Form von Lärm, Schwingungen und Erschütterungen aus. Dieser Teil der Produktionsanlage wurde mit einer Lärmschutzkabine eingehaust. Die Fertigung der einzelnen Betonsteine erfolgt in Formen auf speziellen Unterlagebrettern, befüllt wird die jeweilige Form von einem Füllwagen, verdichtet wird der frische Beton von einem integrierten Rütteltisch. Dem Antrieb des Tisches sind stufenlos verstellbare Unwuchten zugeordnet, die Rüttelkraft kann so der jeweiligen Betonmasse angepasst werden. Das Brett mit dem frischen Stein wird mittels Vorschub auf eine Kettenbahn gestoßen und gelangt in spezielle Stapelpaletten. Eine festgelegte Verweildauer gibt dem Frischbeton hier die Zeit zum Abbinden. Die gesamte Anlage arbeitet vollautomatisch.

Anschließend werden die Steine von den Brettern genommen und zu Steinpaketen formatiert. Für das endgültige Abbinden und Aushärten der Betonsteine transportiert ein Gabelstapler die Steinpakete in das Freilager. Von hier aus werden die Steine für den Verkauf kommissioniert.

Es ist vorgesehen die Anlage im 3-Schichtsystem an 5 Tagen in der Woche zu betreiben. Mit der Investition werden voraussichtlich 29 Arbeitsplätze am Standort Wittenburg geschaffen.

#### 4.2.2.4 Sicherung und Rekultivierung der Hausmülldeponie Plau

Die Deponie Plau wurde von 1980 bis 1994 in einer ehemaligen Tongrube des Ziegelwerkes Plau betrieben. Es wurde hauptsächlich Bauschutt, Sperrmüll und Hausmüll aus der Umgebung der Stadt Plau abgelagert.

Das Deponievolumen beträgt ca. 600.000 m<sup>3</sup>. Es handelt sich um eine 5,2 ha große und ca. 4-6 m tiefe ehemalige Grube.

In der Vergangenheit gab es immer wieder Beschwerden von Anwohnern, die sich über den Geruch, der von der Deponie ausging, beschwerten. So wurden diverse Provisorien zur Minimierung des Geruches geschaffen. Es wurde versucht, Sauerstoff in den Deponieteich zu pumpen. Der Erfolg war aber gering. Nur die endgültige Sicherung und Sanierung der Deponie konnte die Ursachen beseitigen.

Die erste Sicherung der Deponie erfolgte 2001, es wurde die Profilierung als Auflager für die Dichtungsschicht und die Abgrenzung zum Deponieteich fertiggestellt.

Ab 2003 erfolgte der qualitätsgerechte Einbau von 4 Lagen a 0,25 m von mineralischem Dichtungsmaterial. Zum Abschluss wurde noch eine ca. 0,8 m starke Rekultivierungsschicht und 0,20 m dicke Oberbodenschicht aufgebracht.

Neben der Deponie wurde eigens zur Sicherung und Rekultivierung der Deponie ein Tontagebau durch das Bergamt Stralsund bergrechtlich genehmigt. Dadurch konnte der benötigte mineralische Boden (ca. 80.000 m<sup>3</sup> Ton) kostengünstig bereitgestellt werden. Um den Tontagebau trocken zu legen und den Ton abzubauen, wurden 155.000 m<sup>3</sup> Wasser in die Vorflut (Müritz-Elde-Wasserstraße) gepumpt.

Die Wasserqualität erlaubte die Einleitung in die Vorflut, es wurden die Wasserqualitäten ständig beprobt.

Bei dem Material für die Rekultivierungsschicht handelt es sich um Abraumboden aus dem Kieswerk Ganzlin.

Auf dem Oberboden wurde Gras ausgesät, durch den dann entstehenden Bewuchs soll Regenwasser besser verdunsten und überschüssiges Wasser in den Randgraben in den beiden Teichen abgeleitet werden.

Die gesamte Deponiefläche einschließlich Tontagebau ist mit einem 2 m hohen Zaun gegen unbefugtes Betreten gesichert.

Alle Arbeiten wurden durch einen Qualitätssicherungsplan gewährleistet. Es wurden insbesondere die Prüfparameter für den Einbau der mineralischen Dichtung und des Oberbodens durch die Eigen- und Fremdüberwachung analysiert und gesichert.

Diese Arbeiten wurden durch die Genehmigungsbehörde, das StAUN Schwerin, ständig auf den Bauberatungen kontrolliert. Verstöße gegen die Auflagen im Qualitätssicherungsplan wurden nicht festgestellt.

Mit der Sicherung der Deponie beginnt die ca. 10 bis 15 Jahre währende Nachsorgephase. Es werden dabei jährlich die Grundwasser- und Oberflächenwasserqualitäten sowie das Setzungsverhalten der Deponie überwacht.

Der Tontagebau wird sich in den nächsten Monaten wieder mit Oberflächenwasser füllen und es besteht dann die Möglichkeit, die Wasserflächen an einen Anglerverein zu verpachten.

Der letzte Bauabschnitt für die Baumaßnahme zur Sicherung und Rekultivierung der Deponie Plau war ursprünglich für 2005 geplant, es ist alles besser gelaufen und das Wetter

spielte ebenfalls mit. So werden die eingeplanten Investitionskosten und damit auch bereitgestellte Fördermittel geringer ausfallen.

Die Gesamtinvestitionskosten für die Sicherung der Deponie Plau betragen 1.674.714,00 EURO. Das Land M-V hat sich mit 837.357,00 EURO Fördermitteln beteiligt. Für die Stadt Plau werden jährliche Kosten von ca. 5.000,00 EURO anfallen.



Bild 1 Böschungsgestaltung, Abgrenzung zum Deponieteich



Bild 2 Einsatz der Schürfkübelraupe zum aufbringen der mineralischen Dichtungsschicht





#### **Lösung erreicht (Schweriner Volkszeitung vom 13.10.2004)**

#### **Deponie Plau abgeschlossen/Finanzieller Aufwand: 1,7 Millionen Euro**

Nach dreijähriger Bauzeit wurden gestern die Sicherungsmaßnahmen auf der Abfalldeponie Plau offiziell abgeschlossen. Das Besondere: Die Arbeiten wurden kostengünstiger als geplant durchgeführt werden.

Norbert Reier (PDS) erinnert daran, dass bis zur Stilllegung der rund 6,25 Hektar großen Deponie im Jahre 1995 dort rund 250 000 bis 300 000 Kubikmeter Abfall abgelagert wurde. Dabei handelte es sich zu rund 90 Prozent um Bauschutt bzw. Bauabfälle. Der Rest bildeten Hausmüll und Gewerbeabfälle.

Probleme habe es hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse nach der Wende gegeben. Der Landkreis sei für die Abfallentsorgung zuständig, und damit auch für die Sicherung der Deponie. Es habe sogar ein Gerichtsverfahren gegeben. Letztlich sei die Stadt Plau als Betreiber in der Pflicht gewesen, die Deponie zu sichern.

"Die Arbeiten konnten in einem relativ kurzen Zeitraum durchgeführt werden, wobei die Kosten geringer als ursprünglich geplant ausgefallen sind", so der Bürgermeister. Als vorteilhaft und kostenreduzierend habe sich vor allem erwiesen, dass die zur Herstellung des Dichtungssystems erforderlichen Sedimente fast vollständig aus dem im Eigentum der Stadt Plau befindlichen Tontagebau kamen. Durch den konzentrierten Einsatz technischer und personeller Kapazitäten, den Einsatz einer neuen Technologie und die gute Zusammenarbeit aller an der Maßnahme beteiligten Unternehmen konnte die Bauzeit um rund acht Monate verkürzt werden.

Nach Aussage des Bürgermeisters beliefen sich die Kosten auf 1 675 000 Euro. Zum Vergleich: Ursprünglich waren Kosten in einer Höhe von rund 20 Millionen DM veranschlagt worden. Dabei wurden 50 Prozent der Kosten vom Umweltministerium gefördert. 90 Prozent der Restsumme waren Sonderbedarfsmittel, die durch das Innenministerium zur Verfügung gestellt wurden. Damit belief sich der Anteil der Stadt auf zehn Prozent.

In diesem Zusammenhang verwies Norbert Reier auf die angespannte Finanzlage der Stadt, die seit 1997 keinen ausgeglichenen Haushalt vorweisen konnte.

Dass die Sicherung der Plauer Deponie "preiswert" war, verdeutlicht ein Vergleich mit der Deponie in Paarsch, die etwa die gleiche Größe hat und für deren Sicherung 5,5 Millionen Euro aufgewendet wurden. Auf Grund unterschiedlicher Bedingungen waren hier u. a. der Bau eines Entgasungssystems und eine Sickerwasserbehandlung erforderlich. Nicht zu vergessen, die laufenden Kosten. Während für die Paarscher Deponie jährlich rund 45 000 Euro aufgewendet werden müssen, sind es in Plau am See "nur" 5000 Euro.

Gunnar Benter vom Referat für Abfallwirtschaft und Chemikaliensicherheit des Schweriner Umweltministeriums wertete den Abschluss der Sicherungsmaßnahmen an der Plauer Deponie als ein "besonderes Ereignis" und stellte insbesondere die erreichte kostengünstige Lösung heraus. Für die Deponie müsse mit einer 10- bis 15-jährigen Nachsorgephase gerechnet werden.

Benter unterstrich, dass in Mecklenburg-Vorpommern noch rund 100 Deponien bzw. Teilabschnitte ordnungsgemäß stillzulegen sind, deren Betrieb jedoch schon eingestellt sei.

**Jürgen Dembski**



#### **4.2.2.5 Abschluss des 2. Bauabschnittes der Hähnchenmastanlage Tramm**

Im Jahr 1999 wurde die Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb einer Hähnchenmastanlage mit 550.000 Mastplätzen in der Gemarkung Tramm erteilt. Bei dem

Standort handelte es sich um eine ehemalige Jungrinderaufzuchtanlage, die über mehrere Jahre nicht mehr genutzt wurde. Betreiber ist die Fa. WeHaFri Geflügelmast GmbH & Co.

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens wurde eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt. Die Realisierung des Bauvorhabens erfolgte in 2 Bauabschnitten. Der 1. BA umfasste den Umbau bzw. die Umnutzung eines vorhandenen Kompaktbaues und Mehrzweckgebäudes zu einem Hähnchenmaststall mit 264.100 Tierplätzen in Bodenhaltung auf Einstreu. Die Inbetriebnahme der ersten drei Ställe erfolgte Anfang August 1999. Drei weitere Ställe wurden dann im September belegt. Nach 29 bis 31 Masttagen werden die Tiere mit einem durchschnittlichen Gewicht von ca. 1500 g ausgestellt. Die Serviceperiode, in der alle Ställe und Ausrüstungen gereinigt und desinfiziert werden, beträgt zehn bis zwölf Tage. Im Jahr werden acht Mastdurchgänge erreicht. Der Transportstress ist für die Tiere sehr gering, da die Brüterei und der Schlachthof nur ca. 20 km entfernt liegen.

Aufgrund der guten Haltungsbedingungen konnten nach einjährigem Betrieb bei orientierenden Messungen Ammoniakemissionsfaktoren von ca. 20 g/a und Tierplatz ermittelt werden. Der Wert der TA Luft beträgt 48,6 g/a und Tierplatz. Auch bei Geruchsemissionen wurden Werte ermittelt, die erheblich unter den üblichen Literaturangaben liegen. Die Tierverluste sind ebenfalls sehr gering.

Die positiven Erfahrungen aus den Haltungsbedingungen der Ställe aus dem 1. BA sind in den Planungen für die sieben weiteren Ställe des 2. BA berücksichtigt worden, der in der zweiten Jahreshälfte 2003 realisiert wurde. Auf dem Anlagengelände erfolgten umfangreiche Abrissmaßnahmen verschlissener Bausubstanz. Der Anlagenbetreiber bemüht sich um eine weitere Eingrünung der Anlage.



Hähnchenmastanlage Tramm

#### **3.1.1.6 Schiffsabfallentsorgung in Mecklenburg-Vorpommern geregelt**

Der Müll auf und in den Meeren ist eines der dringendsten Probleme der Welt. Jedes Jahr kosten die entsorgten Überbleibsel Tausenden von Organismen das Leben, indem sie daran

ersticken oder darin verwickelt werden. Der Müll beeinträchtigt auch wichtige marine Lebensräume als Ganzes, wie die Korallenriffe und Seegrasbänke.



Plastikflaschen gelangen in den offenen Atlantik und der schwimmende Müll über die Ozeanströme bis in die Arktis und Antarktis. Im Jahr 2000 entdeckten Umweltschützer an einem einzigen Tag an den Stränden der Welt mehr als 6 000 Tonnen Müll: Sie fanden 13 000 Einwegspritzen und 373 verschiedene Tierarten, die sich im Müll tödlich verstrickt hatten.



Die Mitgliedstaaten der EU sind allesamt Unterzeichnerstaaten des internationalen Übereinkommens von 1973 zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe in der Fassung des Protokolls von 1978. Trotz bestehender internationaler Übereinkünfte werden jedoch immer noch beträchtliche Mengen von Schiffsabfällen bis hin zu Altöl ins Meer geleitet. Weltweit wird die Meeresumwelt erheblich durch die illegale Verklappung von Abfällen und Ladungsrückständen auf See geschädigt. Eine in Großbritannien durchgeführte Studie ergab, daß mindestens 15% des an den englischen Küsten angespülten Mülls von Schiffen stammen (vgl. Bericht Lagendijk (GRÜNE/NL) über den Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über Hafenauffanganlagen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände Dok. A4-23/99).

Um dies künftig zu verhindern, haben die Helsinki- Kommission für die Ostseeanrainer und die Europäische Kommission für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union Regelungen erlassen, nach denen grundsätzlich alle Schiffe in jedem Hafen, den sie anlaufen, entsorgungspflichtig sind. Ergänzt wird diese Pflicht durch eine im Wesentlichen von der entsorgten Abfallmenge unabhängige Abgabepflichtigkeit des Schiffes in jedem Anlaufhafen. Dadurch wird es für den Schiffsführer wirtschaftlich uninteressant, Abfälle auf See zu verklappen.

Im Dezember 2003 ist das Gesetz über die Entsorgung von Schiffsabfällen und Ladungsrückständen im Land Mecklenburg-Vorpommern (Schiffsabfall-entsorgungsgesetz –

SchAbfEntG M-V) in Kraft getreten. Mit dem Gesetz wird die Richtlinie 2000/59/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2000 über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände, veröffentlicht im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft vom 28.12.2000 (EU-RL), umgesetzt. Durch die mit den anderen Küstenländern der Bundesrepublik Deutschland abgestimmten Regelungen wird der Zweck verfolgt, im Wesentlichen gleiche Kriterien in allen deutschen Häfen zugrunde zu legen, um einer Wettbewerbsverzerrung entgegenzuwirken.

Zweck der Regelungen ist ein verbesserter Schutz der Meeresumwelt. Durch das Bereitstellen und die Inanspruchnahme von Hafenauffangeinrichtungen soll erreicht werden, dass Schiffsabfälle und Ladungsrückstände nicht auf See entsorgt werden. Ein detailliert geregeltes Meldeverfahren soll gewährleisten, dass Häfen sich gegenseitig über Schiffe informieren, die in ihrem Hafen keine Entsorgung vorgenommen haben und behaupten, dies am Zielhafen tun zu wollen.

Alle Schiffe, unabhängig von ihrer Größe und der Flagge, unter der sie fahren, werden von der Geltung des Gesetzes erfasst. Nach Absatz 1 gelten die Vorschriften dieses Gesetzes daher für alle Schiffe in den Seegewässern und –häfen von Mecklenburg-Vorpommern. Ausgenommen vom Geltungsbereich sind Kriegsschiffe, Flottenhilfsschiffe, Lotsenschiffe und Schiffe, die hoheitliche Aufgaben wahrnehmen.

Auch den Schiffen, die nicht unter den Geltungsbereich dieses Gesetzes fallen, wird die Möglichkeit eröffnet, auf eigene Kosten ihre Schiffsabfälle und Ladungsrückstände im Sinne der Vorschriften dieses Gesetzes in Hafenauffangeinrichtungen zu entsorgen.

Die Hafenbetreiber sind verpflichtet, die erforderlichen Anlagen und Vorrichtungen zur Entsorgung von Schiffen sowie zur Verhütung schädlicher Umwelteinwirkungen einzurichten, zu betreiben und zu unterhalten. Den Hafenbetreibern ist es grundsätzlich freigestellt, ortsfeste Auffangeinrichtungen vorzusehen oder Dienstleister zu benennen, die im Bedarfsfall mobile Einheiten für die Aufnahme von Abfällen in den Häfen bereitstellen. Damit eine sowohl Entsorgung zu vergleichbaren Bedingungen als auch eine bedarfsgerechte Entsorgung stattfindet, müssen die Hafenbetreiber im Benehmen mit den Betreibern der Hafenauffangvorrichtungen für jeden Hafen einen Abfallbewirtschaftungsplan aufstellen, bekannt machen und fortschreiben. Gleichzeitig ist ein kostendeckendes Abgabensystem einzuführen.

Um die Einhaltung und Überprüfbarkeit der ordnungsgemäßen Umsetzung der Richtlinie 2000/59/EG sowie die Aktualisierung der Abfallbewirtschaftungspläne zu gewährleisten, regelt das Gesetz die Genehmigung in Form einer Bestätigung.

Die Zuständigkeit für die Bestätigung und die Überwachung der Abfallbewirtschaftungspläne sowie für die Erteilung von Ausnahmen in den Abfallbewirtschaftungsplänen ist den Staatlichen Ämtern für Umwelt und Natur für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich übertragen worden. Die staatliche Verwaltungsebene ist erforderlich, um eine auf Landesebene durchgängige Struktur zur Erfassung des Entsorgungsgeschehens und der daraus resultierenden statistischen Daten zu schaffen. Diese sind Grundlage der Berichterstattung, zu der der Bund gegenüber der EU nach Artikel 17 der Richtlinie 2000/59/EG verpflichtet ist. Die Bewertung der Abfallbewirtschaftungspläne bietet für das Land Mecklenburg-Vorpommern auch die Möglichkeit, flankierend frühzeitig landesplanerische, abfall- oder förderrechtliche Maßnahmen zu ergreifen, um die Entwicklung der Abfallwirtschaft in den Häfen - nicht zuletzt im Hinblick auf den europäischen Wettbewerb - zu unterstützen (vgl. Begründung zu § 13 Schiffsabfallentsorgungsgesetz – SchAbfEntG M-V).





Im Seehafen Wismar werden jährlich ca. 2,9 Millionen Tonnen Güter umgeschlagen. Die Anzahl der Schiffe liegt zur Zeit bei jährlich 1300. Es können Schiffe bis 45.000 BRT (max. Tiefgang bis 8,40 Meter, Länge bis 210 Meter, Breite bis 28 Meter) im Hafen abgefertigt werden.

Nach einer Studie des Ingenieurbüros IWR Rostock werden die jährlichen Abfallmengen mit ca. 543 m<sup>3</sup> ölhaltigen Abfällen und ca. 81,5 t haushälterischen Abfällen angenommen.

Über das Aufkommen an ladungsbedingten Abfällen (Kanthölzer, Ladungssicherungsmaterial), Schiffsabwässer sowie Ladungsrückstände gibt es keine Erfahrungswerte. Hier wird sich der im Hafen tätige Entsorger operativ auf die Anforderungen einstellen (vgl. Abfallbewirtschaftungsplan der Seehafen Wismar GmbH).



Auf der Grundlage des o.g. Gesetzes gewährleistet die Seehafen Wismar GmbH ab dem 01.05.2004 die Entsorgung von Schiffsabfällen in ihrem Verantwortungsbereich. Für die Entsorgung wurde ein zertifizierter Entsorgungsfachbetrieb vertraglich gebunden. Der Abfallbewirtschaftungsplan wurde dem Staatlichen Amt für Umwelt und Natur Schwerin zur Prüfung vorgelegt, anschließend bestätigt und die bis zum Jahr 2007 befristete Genehmigung erteilt.



Seehafen Wismar

#### 4.3 Ausblick auf das Jahr 2005

Neben der Genehmigung und Kontrolle von Anlagen nach BImSchG wird auch weiterhin die Deponie Ihlenberg einen Schwerpunkt der Tätigkeit darstellen. Dabei wird besonderer Wert auf die Umsetzung der Maßnahmen zur Erhöhung der Dauerstandfestigkeit und zur Verminderung der Geruchsemissionen gelegt.

Da ab dem 01. Juni 2005 keine unbehandelten Siedlungsabfälle mehr abgelagert werden dürfen, müssen die erforderlichen und genehmigten Anlagen zur Behandlung der Abfälle in der verbleibenden Zeit errichtet und in Betrieb genommen werden.

Nach dem Inkrafttreten der Verordnung zur umweltverträglichen Ablagerung von Siedlungsabfällen und zur Ablagerung von mechanisch-biologisch behandelten Abfällen dürfen dafür sowohl Verbrennungsanlagen als auch Anlagen zur mechanisch-biologischen Behandlung eingesetzt werden.

Die Thermische Abfallbehandlungsanlage in Ludwigslust ist gegenwärtig noch im Bau. Der Probetrieb soll im 1. Halbjahr 2005 aufgenommen werden.

Für die geplante mechanisch-biologische Behandlungsanlage am Standort Ihlenberg wurde die Genehmigung Ende September 2004 erteilt. Der Baubeginn ist derzeit noch nicht erfolgt. Die Überwachung der ordnungsgemäßen Errichtung und Inbetriebnahme dieser beiden Anlagen ist eine wichtige Aufgabe im Jahr 2005.

Einen sehr großen Arbeitsaufwand erfordert weiterhin die Bearbeitung und Kontrolle der mit dem Inkrafttreten des Artikelgesetzes nach BImSchG genehmigungsbedürftigen Altanlagen. Die Zahl dieser zu bearbeitenden Anlagen ist sehr hoch, so dass selbst bei gleichbleibendem Personalbestand diese Aufgabe nicht ohne Einschränkungen zu bewältigen sein wird. Dies trifft aufgrund der Personalreduzierung auch auf die Bearbeitung der stillgelegten und zu rekultivierenden Deponien zu.

Durch die Übertragung von Aufgaben ohne Zuführung des dazu erforderlichen Personals im Jahr 2004 wird sich auch in den kommenden Jahren die Personalsituation weiter verschärfen.

So sind im Zusammenhang mit der Umsetzung des Zoogesetzes in den nächsten drei Jahren zahlreiche Genehmigungen für Tiergehege zu erarbeiten und die dazugehörigen Kontrollen durchzuführen, auch wenn dieses in einer abteilungsübergreifenden Arbeitsgruppe geschieht.

Bei der Umsetzung des Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes sind Abstimmungen mit den Teilnehmern am Emissionshandel erforderlich, die Anzeigen der Betreiber zu bearbeiten

und notwendige Angaben für die beim Umweltbundesamt angesiedelte Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) bereitzustellen. Da diese Aufgaben jährlich neu anfallen und mit der Ausweitung des Emissionshandels auf weitere Parameter immer mehr zunehmen, ist damit ein ständig steigender Arbeitsaufwand verbunden.

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 30. Juni 2004 zur Genehmigung von Windfarmen führt dazu, dass der Großteil der bisher durch die Bauordnungsämter bearbeiteten Genehmigungsanträge nunmehr durch die StÄUN zu bearbeiten sind. Auch aufgrund von damit verbundenen zahlreichen ungeklärten Fragen und Widersprüchlichkeiten dürfte diese zusätzliche Aufgabe einen erheblichen Teil der verfügbaren Arbeitskapazität im Jahr 2005 beanspruchen.

Die Neufassung der Emissionserklärungsverordnung (11. BImSchV) schreibt abweichend vom bisherigen vierjährigen zukünftig einen dreijährigen Berichtsrythmus vor. Das Jahr 2004 stellt dabei ein Berichtsjahr dar, so dass im Jahr 2005 die Emissionsberichte der Anlagenbetreiber anzufordern, entgegenzunehmen und zu bearbeiten sind.

Die angeführten Beispiele zeigen deutlich, dass sich durch neue Aufgaben bei geringer werdendem Personalbestand die vorhandenen Probleme immer weiter verschärfen. Die Schere zwischen der angestrebten qualitativ hochwertigen Aufgabenbearbeitung und den vorhandenen Möglichkeiten geht dabei in den nächsten Jahren immer weiter auseinander.

## 5. Personalrat

Mit dem Beschluss der Landesregierung zu den „Eckpunkten der Reform in der öffentlichen Verwaltung“ zum weiteren Vorgehen bei der Verwaltungsreform wurde festgelegt, dass die Modernisierung der Verwaltung als wichtiger Teil der Modernisierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in mehreren Etappen umgesetzt werden soll.

Die Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung wissen sehr wohl, dass ein Anpassen an die finanziellen Möglichkeiten des Landes, d.h. eine effiziente Behördenstruktur aufzubauen, unumgänglich ist. Um dieses Ziel zu einem guten Ende zu bringen, fehlt nach Dafürhalten der Personalvertretung ein guter Beginn der Reform.

Benchmarking hat in Mecklenburg – Vorpommern einen hohen Stellenwert eingenommen. Was genau ist eigentlich Benchmarking – Der Vergleich mit den Besten - ? Der Begründer der Benchmarking – Methodik, Robert C. Camp, beschrieb seinen Kerngedanken mit der folgenden Definition: Benchmarking ist die Suche nach Lösungen, die auf den besten Methoden und Verfahren der Industrie, den „Best Practices“, basieren und ein Unternehmen zu Spitzenleistungen führt. Der Schwerpunkt von Benchmarking liegt nicht darin, die Unterschiede zu anderen Unternehmen hervorzuheben, vielmehr gilt es die „Besten Praktiken“ zu identifizieren, mit denen überdurchschnittliche Ergebnisse nachhaltig erreicht werden können.

Um die ständig wiederkehrende Frage: „Warum machen es andere besser und was können wir daraus lernen?“ zu beantworten, braucht es

- intensiver Recherche
- Zeit
- die Einbindung und Motivation der Mitarbeiter

Benchmarking als ein neues einfaches Wundermittel zur Schaffung einer effizienten Behördenstruktur zu verstehen, ist sicherlich falsch.

Als Personalvertretung haben wir uns wiederholt die Frage gestellt, ob die Voraussetzungen

- Beherrschung der Benchmarking – Methode
- wurde dem Team, das mit Benchmarking arbeitet, ausreichend Zeit eingeräumt (Benchmarking kann nicht nebenbei erledigt werden)
- steht die Behördenleitung hinter dem Vorhaben und wie aktiv wird sie eingebunden

für ein erfolgreiches Benchmarking vorhanden sind.

An der Darstellung des Aufgabenvergleichs mit dem Staatlichen Umweltamt Kiel ist deutlich zu erkennen, dass die Prüfung von

- Organisationsstrukturen
- Funktionen
- Produkte
- Kosten und Kennzahlen

erheblich tieferer Analysen bedarf, um daraus Erkenntnisse für eine nachahmenswerte effiziente Behördenstruktur ableiten zu können.

Die Bedenken der Beschäftigten, dass es aufgrund der sich abzeichnenden Personaleinsparungen bereits vor 2009 zu wesentlichen Veränderungen im nachgeordneten Bereich kommen wird, sind weder mit der Bildung einer Arbeitsgruppe, die an den Konzepten zur Umgestaltung der staatlichen Umweltverwaltung mitwirkt, noch durch das Einbinden der Personalvertretung wirkungsvoll zu beseitigen. Der Hinweis an die Beschäftigten, bereits zum jetzigen Zeitpunkt verstärkt Fortbildungsangebote zu nutzen, um sich gegebenenfalls den folgenden Strukturänderungen anpassen zu können, trägt nicht zur Beruhigung der Beschäftigten bei. Eine Antwort darauf, in welche Richtung kann, darf, soll, muss sich jeder Einzelne bewegen, gibt es zurzeit jedoch nicht. Bis zum Vorliegen abschließender Entscheidungen wie:



- Welche Aufgaben werden wohin verlagert bzw. entfallen?
- Vorlage eines Personalkonzeptes
- Grundsätze zum Finanzausgleich
- Grundregelungen zur Personalüberleitung

werden die Beschäftigten mit Informationen aus den Medien und dem eigenen Ressortbereich überschüttet. Wie soll der einzelne Beschäftigte aber darauf reagieren – sich ruhig verhalten oder in Panik verfallen?

Und wie verhält sich die Personalvertretung? Ruhig oder leidenschaftlich auf alle neuen Informationen reagieren? Bei Betrachtung der Allgemeinen Aufgaben einer Personalvertretung, die u.a. sind, darüber zu wachen, dass die zugunsten der Beschäftigten erlassenen Gesetze, Verordnungen, Tarifverträge etc. eingehalten werden, bleibt als Resümee, dass der aktive Gestaltungsspielraum auf Überwachungsaufgaben begrenzt ist – nicht auf den Erlass von Gesetzen, Rechtsvorschriften, Änderungen tarifrechtlicher Bestimmungen etc.

Die Personalvertretung beteiligt sich aktiv am anstehenden Reformprozess mit den Möglichkeiten der Vorlage von Stellungnahmen zum jeweiligen Verfahren. Ob diese allerdings in die anstehenden Beschlussvorlagen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass das Land Mecklenburg – Vorpommern in den nächsten Jahrzehnten politisch handlungsfähig bleiben muss und die Kommunen zukunftsfähige Strukturen schaffen müssen, einfließen, ist fraglich.

Bei allem Respekt davor, dass es in Zeiten allgemeiner öffentlicher Finanznot nicht nur in Bereichen des Umweltschutzes, sondern auch in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen kaum möglich sein wird, eine für alle Beteiligten befriedigende Situation zu erreichen, fordert die Personalvertretung, dass im Rahmen der Erörterung des Gesetzes zur Verwaltungsmodernisierung für die Beschäftigten annehmbare Regelungen, insbesondere im Bereich Personalübergang, erarbeitet werden. Es ist nicht hinnehmbar, den Personalbestand des Landes bis 2010 an das Niveau der westdeutschen Flächenländer – Reduzierung des Personalbestandes auf insgesamt 19,5 Stellen pro 1000 EW - zu reduzieren. Bis heute liegen keine anerkannten Indikatoren und Kriterien zur Ermittlung vor.

## 6. Anhang

### Organisationsplan

Staatliches Amt für  
Umwelt und Natur  
PF 160144  
19091 Schwerin

